

Das größte Fachmagazin für Österreichs Gemeinden

KOMMUNAL

Offizielles Organ des Österreichischen Gemeindebundes

Wir sind
Österreich

11 · 2008

THEMA

Finanzen: Gemeinden außer Gefahr, aber nächste Zeit wird schwierig ► 22

PRAXIS

Moderne Haustechnik: So fühlen sich Gemeinden auf Knopfdruck wohl ► 54

CHRONIK

Gemeindetag Tirol: Im „heiligen Land“ stehen Zeichen auf Sturm ► 82



THEMA

Raumplanung: Das Geheimnis der kurzen Wege

Erste Raumordnungskonferenz seit fast zehn Jahren: Gemeinden gestalten kleine Räume – droht trotzdem ein „Land ohne Leute“? KOMMUNAL beleuchtet die Raumordnungspolitik.

SEITE 8

DVR: 0930 423



IN MEINER GEMEINDE KANN ICH ~~VIELLEICHT~~ NOCH EINIGES BEWEGEN.

Die Public Sector Finanzberatung der Bank Austria ist dank 8 regionaler Betreuungszentren, maßgeschneiderter Lösungen und kompetenter Beratung der perfekte Partner für Gemeinden. Nähere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Betreuer oder unter „Firmenkunden“ auf www.bankaustria.at

Let's start.  **Bank Austria**
UniCredit Group

Bankenkrise, Steuerreform, Postamts-Kahlschlag

Täglich ein neues Problem

Fad wird den Vertretern der österreichischen Gemeinden derzeit nicht. Fast täglich wird uns eine neue Überraschung oder besser gesagt ein neues Problem präsentiert, das die Gemeinden trifft und gelöst werden soll. Einige aktuelle Beispiele zeigen, wie notwendig es ist, rasch zu reagieren und Entscheidungen zu treffen.

In der letzten Nummer unseres KOMMUNAL haben wir noch mit Stolz und Freude über das 50-Jahr-Jubiläum der Kommunalkredit und ihre Erfolgsgeschichte berichtet, wenige Tage später musste die Bank von der Republik Österreich übernommen werden. Die Hauptgründe dafür sind, dass einerseits Investitionen in Fonds und Anleihen plötzlich massiv an Wert verloren, andererseits die Beschaffung von Geldern sehr teuer wurde und damit ein massiver Liquiditätsengpass entstanden ist. Natürlich war es unser Anliegen, dass einerseits die Bank, die mit dem Großteil der österreichischen Gemeinden in Geschäftsbeziehungen steht, nicht in ausländische Hände gerät, andererseits dass die mit den Gemeinden vereinbarten Darlehensbedingungen auch in Zukunft eingehalten werden. Und deshalb wird der Einstieg des Bundes auch begrüßt. Der Finanzminister war sich der großen Verantwortung bewusst und hat die Anteile von der Volksbank und der französischen Dexia, die mittlerweile auch verstaatlicht ist, übernommen. Die neue Führung der Kommunalkredit hat bereits signalisiert, dass sie ihren Schwerpunkt in der Gemeindebetreuung und Finanzierung sieht und an der bewährten Zusammenarbeit mit dem Gemeindebund festhalten will.

Rasch geeinigt haben sich auch die Koalitionsverhandler auf ein Vorziehen der Steuerreform von 2010 auf das Jahr 2009. So wirtschaftlich notwendig diese Maßnahme auch ist, so müssen wir auch darauf hinweisen, dass die Maßnahmen, die am 24. September beschlossen wurden und die geplanten Erleichterungen durch die

Steuerreform für die Gemeinden einen Einnahmehausfall von rund 300 Millionen Euro bedeutet. Und wie sich insgesamt die Steuereinnahmen im kommenden Jahr entwickeln, kann ohnedies niemand sagen. Zur Belebung der Wirtschaft wird es allerdings notwendig sein, dass die Gemeinden ihr Investitionsvolumen nicht eindämmen, sondern erhöhen. Wie wir dann den Stabilitätspakt mit einem Null-Defizit erfüllen, ist noch nicht geklärt. Ziel sollte jedenfalls sein, dass wir rasch ein Konjunkturbelebungs paket auf Gemeindeebene schnüren, weil die Gemeindeinvestitionen im Gegensatz zu den Großprojekten des Bundes rasch und unbürokratisch umgesetzt werden können und unmittelbar den kleineren Unternehmen in der Region zugute kommen.

Zu allem Überdross platzte dann auch noch die „Geheimbombe“, dass die Post bis zu 1100 der insgesamt 1300 Postämter schließen und rund 9000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abbauen will. Diesen Kahlschlag der für die Gemeinden so wichtigen Infrastruktur können und werden wir sicher nicht hinnehmen. Auch wenn auf europäischer Ebene die Liberalisierung beschlossen wurde, so hat die Politik dafür zu sorgen, dass eine Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Es kann nicht sein, dass Dienstleistungen nur mehr dort erbracht werden, wo es sich wirtschaftlich lohnt. Die Lebensqualität in Österreich ist deshalb so hoch, weil es neben pulsierenden Zentralräumen auch funktionierende ländliche Gemeinden und Regionen gibt. Diese zu vernachlässigen, indem dort die Qualität der Dienstleistungen eingeschränkt oder abgebaut wird, können und dürfen wir nicht akzeptieren. Bei allem Verständnis für Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit dürfen die soziale und regionale Verantwortung niemals aufgegeben werden!

Helmut Mödlhammer



Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen
Gemeindebundes

Zur Belebung der Wirtschaft wird es allerdings notwendig sein, dass die Gemeinden ihr Investitionsvolumen nicht eindämmen, sondern erhöhen.



THEMEN

Gemeindebund

- 8 Raumplanung und die Möglichkeit dramatischen Trends entgegenzusteuern: Das Geheimnis der kurzen Wege
- 12 Wie kann die Wohnbauförderung/Klimaschutz fördern? 40 Antworten auf fünf Fragen
- 17 Neue Verpackungsverordnung: Gemeindebund setzt auf Tempo
- 18 Teil 2 der großen Bürgermeister-Umfrage: Gesundheits- und Pflegekosten sind massive Belastung
- 26 In Memoriam: Mit DI Peter Gattermann und Dr. Helmut Zilk verlieren Gemeinden wichtige Freunde

Recht & Verwaltung

- 21 „Parkpickerl“ nur bei „Hauptwohnsitz“: Wenn Begriffe etwas zu eng ausgelegt werden

Finanzen

- 22 Bankenkrisen: Die Finanzen der österreichischen Gemeinden sind nicht in Gefahr
- 24 Gemeindefinanzen: Die guten Jahre sind vorerst vorbei

Europapolitik

- 30 Kleinstädtenetzwerk tagt in Budapest: Gemeinden sind Grundsteine des Gebäudes „Europa“
- 32 Gemeindeentwicklung in Zentraleuropa: Wie können Gemeinden grenzüberschreitend voneinander lernen
- 36 „Union für den Mittelmeerraum“: Gemeinden sollen Rolle der Brückenbauer übernehmen
- 38 Aus dem EU-Parlament: 347 Milliarden Euro bis 2013 für die EU-Strukturpolitik



Impressum

Herausgeber:

Österreichischer Gemeindebund,
Löwelstraße 6, 1010 Wien

Medieninhaber:

Österreichischer
Kommunal-Verlag GmbH.,
Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien,
Tel. 01/532 23 88,
Fax 01/532 23 77,
E-Mail:
kommunalverlag@kommunal.at

Geschäftsführung:

Walter Zipmer
Sekretariat: Patrizia Poropatits
E-Mail:
patrizia.poropatits@kommunal.at

www.kommunal.at

Redaktion:

Mag. Hans Braun - DW 16 (Leitung)
Mag. Helmut Reindl - DW 15
Natalie Pillwatsch - DW 37
Tel.: 01/532 23 88
E-mail: redaktion@kommunal.at

Anzeigenberatung:

Tel.: 01/532 23 88
Mag. Sabine Brüggemann - DW 12
sabine.brueggemann@kommunal.at
Gerhard Klodner - DW 14
gerhard.klodner@kommunal.at

Grafik:

Ernst Horvath,
grafik@kommunal.at
Fotos: www.bilderbox.at
www.bilder.services.at

Redaktionsbeirat:

Mag. Ewald Buschenreiter
(Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ)
Mag. Jürgen Beilein (BM für Gesundheit, Familien und Jugend)
Mag. Martin Brandstötter (BM für Inneres)
Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund)
Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft)
Mag. Michael Girardi (BM für Inneres)

Prof. Dr. Roman Häußl
(Experte für Gemeinderecht)
Mag. Petra Hafner (BM für Unterricht, Kunst und Kultur)
Dr. Robert Hink (Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes),
Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung)
Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes)
Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)
Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft & Arbeit)
Eduard Olbrich (BM für Soziales und Konsumentenschutz)
Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes)
Dr. Walter Reichel (Bundeskanzleramt)
Univ. Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes Kepler-Universität Linz)
Walter Zipmer (Geschäftsführer)
Cornelia Zoppoth (Bundeskanzleramt)

Hersteller:

Leykam Druck, 7201 Neudörfel

Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Mit „E.E.“ gekennzeichnete oder unter der Bezeichnung „Service“ laufende Artikel sind bezahlte Informationen und fallen nicht in die Verantwortlichkeit der Redaktion.



Druckauflage: 34.106
(Jahresdurchschnitt 2007)

Teilen dieser Ausgabe liegen Informationen des WIFI Wien bei.

PRAXIS

- 54 Intelligente und moderne Haustechnik: So fühlen sich Gemeinden auf Knopfdruck wohl
- 68 UV-Licht härtet Harz und müde Rohre: Revolution bei der Kanalsanierung
- 72 Das Burn-Out-Syndrom: Arbeitsschutz 2008 ist nicht mehr nur „Schutz an der Maschine“



CHRONIK

- 80 Der neue Vizepräsident des Gemeindebundes: Ernst Schmid, Bürgermeister von Oggau
- 82 Tiroler Gemeindetag '08: Im „heiligen Land“ stehen die Zeichen auf Sturm
- 84 KfV: Gefahrenzone Schutzweg
- 86 Aus den Bundesländern
- 90 Info-Mix
- 94 Service & Vorschau



Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns nun alle erfasst und in ihren Bann gezogen. Große und kleine Firmen sagen ihre Weihnachtsfeiern ab, streichen die Weihnachtsgeschenke, die Flüge für die Mitarbeiter und stornieren die Schulungen und Seminare für 2009. Die Ungewissheit, was weiter passieren wird und die Panik vor weiteren Schreckensmeldungen regieren in den Unternehmen und führen dazu, dass alle auf die Bremse steigen. Österreichs Gemeinden wurden im letzten Monat auch nicht verschont: denken wir nur an die überraschend schnelle Übernahme der Kommunalkredit durch die Republik und die an-



Walter Zimper
Geschäftsführer

gekündigte massive Schließung der Postämter. Die Post ist ein Stück Heimat und Lebensqualität – das sollte in der politischen Diskussion nicht vergessen werden!

Wir wissen, dass mit Zurückhaltung und Pessimismus die Zukunft nicht gestaltet werden kann. Gerade in Krisenzeiten sind Mut, Entschlossenheit und offensives Vorgehen besonders gefragt. Und da sind, wie in vielen anderen Bereichen auch, wieder einmal Österreichs Gemeinden Vorreiter. Die Gemeinden werden und dürfen ihre Investitionstätigkeit nicht

einstellen, weil diese Investitionen den Betrieben direkt vor Ort zugute kommen.

In eigener Sache wollen wir uns von ÖISS-Direktor Peter Gattermann verabschieden, der viel zu früh von uns gegangen ist. Wir durften mit ihm das Fachmagazin „Schule und Sportstätte“ produzieren und verlieren einen aufrichtigen und verlässlichen Freund. DI Gattermann war auch stets ein starker Partner unserer Gemeinden und hat sich mit seinem engagierten Wirken ausgezeichnet. Wir werden ihm ein würdiges Andenken bewahren.

W. Zimper

Jubiläum: 90 Jahre Republik Österreich

Der Föderalismus ist der Träger der Demokratie

Der Föderalismus der Länder hat als integrative Kraft nicht nur zur Gründung der Republik Österreich geführt, er ist auch Träger der parlamentarischen Demokratie. Die Länder und Gemeinden sollen nach Scheitern auf Bundesebene auch den Anstoß zur dringend notwendigen Verfassungs- und Verwaltungsreform geben. Das waren die Botschaften des glanzvollen Festaktes „90 Jahre Republik Österreich“ im Palais Niederösterreich in Wien, zu die Landtagspräsidenten der österreichischen Bundesländer eingeladen hatte. Zahlreiche Spitzenvertreter des Staates, der Länder und der Gemeinden waren erschienen. Am 21. Oktober 1918 hatten sich die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten im NÖ Landhaus als Provisorische Nationalversammlung des neu zu gründenden Staates Deutsch-Österreich konstituiert. Bei dieser

Staatsgründung spielte das gemeinsame Bekenntnis der historischen österreichischen Länder zum neuen Staat die entscheidende Rolle, Föderalismus und Integrationswille waren die Basis des neuen Staates. Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll unterstrich die besondere Rolle Niederösterreichs bei der Staatsgründung: Im NÖ Landhaus entstand 1918 der neue Staat, und erst bei den Länderkonferenzen im Herbst 1945, ebenfalls im Landhaus, wurde durch das Bekenntnis der Länder und Gemeinden zum wiedergegründeten Staat Österreichs Zukunft gesichert. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die den Bundespräsidenten vertrat, bekannte sich zur friedlichen Austragung von Konflikten im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Dem Vertrauensverlust des Parlamentarismus müsse



NÖ Landeshauptmann Erwin Pröll, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und NÖ Landtagspräsident Hans Penz.

durch ein hohes Maß an politischer Kultur begegnet werden. Niederösterreichs Landtagspräsident Penz unterstrich die Notwendigkeit des innerstaatlichen nationalen Zusammenhalts auf föderaler Basis ebenso wie der internationalen Ausrichtung

Im November 1918 war die Rampe des Parlaments in Wien „gerammelt“ voll.

Österreichs im Rahmen der EU. Diese sei für Staat, Länder und Gemeinden unverzichtbar. Penz setzte sich für lebendige, starke Landtage sowie dafür ein, dass seitens der Länder und Gemeinden ein neuer Anlauf zur Verfassungs- und Verwaltungsreform kommen sollte.

von Prof. Dr. Franz Oswald

Verkehrssicherheit: Österreich hat Ziel nicht erreicht 670 Verkehrstote befürchtet



Besonders viel Gefahr gibt es auf Burgenlands Straßen.

Der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) trat mit einer traurigen Nachricht an die Öffentlichkeit: 2008 konnte Österreich sein Verkehrssicherheitsziel nicht erreichen – nach aktuellen Zahlen wurde das Ziel von 577 Verkehrstoten bereits überschritten. Man rechnet mit mehr als 670 tödlich Verunglückten. Besonders im Burgenland bewegt man sich gefährlich fort, die meisten Verkehrstoten gibt es aber im nö. Horn. Dort gibt es 2,85 Verkehrstote pro 10.000 Einwohner. Mehr auf www.vcoe.at

Wahlordnung: Vorbereitungen nehmen Formen an Experten-Kommission tagt

Die Vorbereitungen für die von den Gemeinden massiv eingeforderte Änderung der Wahlordnung, nehmen konkrete Formen an. Bei einer Expertenkonferenz beraten Vertreter der Gemeinden und des Innenministeriums die gewünschten Änderungen. Mit Recht waren die Gemeinden über das Vorziehen der Nationalratswahlen wenig erfreut. In kaum bewältigbarer Geschwindigkeit mussten die Vorbereitungen für die Wahlen mitten in der Urlaubszeit getroffen werden. Für zusätzlichen Ärger

sorgten die teils anachronistischen Bestimmungen der Wahlordnung, die u.a. vorsieht, dass die Wählerverzeichnisse auch am Wochenende zur öffentlichen Einsicht aufgelegt werden müssen. In vielen Gemeinden zog das eine erhebliche Überstundenbelastung nach sich. Der Gemeindebund wurde deshalb zur Teilnahme an einer Expertenkonferenz des Innenministeriums am 18. November 2008 eingeladen. KOMMUNAL wird in der kommenden Ausgabe ausführlich berichten.

Katastrophenschutz: Versicherungsbranche fordert umfassende Lösung

Kommt Pflichtversicherung für Hochwasser?

Die jüngsten Naturkatastrophen in Österreich sind noch in lebhafter Erinnerung: Die Stürme Paula und Emma haben in diesem Jahr versicherte Schäden von mehr als 250 Millionen Euro verursacht. Geowissenschaftler sprechen von einer stetigen Zunahme von Naturkatastrophen – zudem sind gefährdete Regionen durch den technischen Fortschritt immer besser zu erkennen. Das könnte dazu führen, dass Menschen, die in den als gefährdet eingestuften Regionen leben, bald nicht mehr von einer Versicherung als Kunde akzeptiert werden. Zehn Prozent der Häuser in Österreich stehen in ausgewiesenen Hochwasserzonen. Die Gefahren durch Hochwasser, Lawinen oder Erdbeben können weder allein vom Staat, über den Katastrophenfonds, noch über die private Versicherungswirtschaft abgesichert werden, warnt die Versicherungsbranche. Daher schlägt sie eine Pflichtversicherung gegen Naturkatastrophen vor. Dabei sollten sich Erstversicherer, Rückversicherer und Staat an einem gemeinsa-



Jeder Hausbesitzer und Wohnungsmieter soll künftig verpflichtend eine Katastrophenversicherung abschließen.

men Pool beteiligen. So könnten sofort Kosten bis zu drei Milliarden Euro abgedeckt werden. Der Österreichische Gemeindebund warnt jedoch vor negativen Verteilungseffekten aus versicherungspolitischer Sicht. Der auf dem Prinzip der Solidarität beruhende Katastrophenfonds hat sich bewährt. Es gilt, das staatliche System des Katastrophenfonds weiter zu entwickeln.

men Pool beteiligen. So könnten sofort Kosten bis zu drei Milliarden Euro abgedeckt werden. Der Österreichische Gemeindebund warnt jedoch vor negativen Verteilungseffekten aus versicherungspolitischer Sicht. Der auf dem Prinzip der Solidarität beruhende Katastrophenfonds hat sich bewährt. Es gilt, das staatliche System des Katastrophenfonds weiter zu entwickeln.

EU: Schengen-Erweiterung

Geschenk aus Brüssel

Die Schengen-Erweiterung schreitet voran – noch im Dezember könnte die Schweiz ihre Grenzbalken abbauen. In Brüsseler Kreisen spricht man von einem „Weihnachtsgeschenk“ an die Schweiz. Als mögliche Daten gelten der 12. oder der 15. Dezember, der genaue Schengenbeitritts-Termin ist noch nicht fixiert. Die Schweiz wird damit das 25. Land sein, welches das Schengen-System anwendet. Außer 22 EU-Ländern zählen derzeit Island und Norwegen zur Zone. Von den EU-Mitgliedern nicht dabei sind Großbritannien, Irland, Bulgarien, Rumänien und Zypern.

Abfallwirtschaft: AVE fordert strengere Kontrollen

Illegalen Mülltourismus stoppen

Der Müllentsorger AVE warnt davor, dass durch illegale Müllentsorgung die hohen österreichischen Standards gefährdet sind. Es bestehe der Verdacht, dass „signifikante Mengen“, so der AVE-Geschäftsführer Helmut Burger, nach

Deutschland gehen und dort billiger und illegal in Tongruben verschwinden. Das erhöhe den Tarifdruck auf jene, die ihren Abfall legal entsorgen. Bürger fordert strenge Grenzkontrollen, das Umweltministerium kontrolliere zu selten.

Umwelt: Förderungen

EU-Geldregen für Umweltprojekte

Rund elf Millionen Euro für vier Umweltprojekte hat die EU-Kommission bewilligt. Dabei handelt es sich um ein Projekt zur Luftverbesserung in Klagenfurt und Lienz und um ein Müllmanagement-Projekt in Wien. In NÖ wird die Deregulierung von Flussgebieten sowie ein Projekt zur Rettung der Aulandschaften bezahlt.

Gemeindebund

Die nächste Reise geht nach Prag

Nach den großen Erfolgen der vergangenen Reisen des Gemeindebundes nach Laibach und Paris führt die nächste Bildungsfahrt von **14. bis 16. Mai 2009** in die „Goldene Stadt“ Prag. Vorbereitet werden Treffen mit Vertretern Tschechischer Gemeindeverbände, dem Bürgermeister Prags und der österreichischen Botschafterin in Prag. Mehr Infos in Kürze auf www.gemeindebund.gv.at

Dienstrecht: Novelle lockert Kündigungsschutz

Beamte werden leichter kündbar

Die neue Dienstrechtsnovelle sieht vor, dass „untragbare“ Beamte künftig leichter zu entlassen sind. Anlass der Novelle war eine Beamtin, die nach mehreren Diebstählen im eigenen Unternehmen immer noch nicht gekündigt werden konnte. Ein „Zuckerl“ für Beamte enthält die Gesetzesnovelle aber doch: Die Vorsorgekassen erhalten künftig höhere Arbeitgeberbeiträge. Konkret werden auch

Faktoren wie Überstunden und das 13. und 14. Gehalt berücksichtigt.

Ursprünglich geplant war auch die Abschaffung der „Feiertagsregel“, die jetzt vorerst bleiben wird. Die Feiertagsregel sieht vor, dass öffentlich Bediensteten ein Urlaubstag zusteht, wenn während der Ferien ein Samstag gleichzeitig ein Feiertag ist.



Raumplanung und die Möglichkeit dramatischen Trends entgegenzusteuern

Das Geheimnis der kurzen Wege



Wenn es um die Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes geht, sind die Gemeinden meist die ersten Ansprechpartner der Menschen. Sie sind auch oft gefordert, als Sprachrohr ihrer Bürgerinnen und Bürger einen Druck an die Gestalter großräumiger Politiken weiterzugeben. Das betonte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer im Rahmen der politischen Raumordnungskonferenz, die Ende Oktober in Wien stattfand.

Mag. Nicolaus Drimmel

Die Gemeindeverantwortlichen können nur in einem beschränkten Bereich selbst strategische Entscheidungen für die ihnen überantwortete Region fällen. Viele Sektorpolitiken und „betriebswirtschaftliche“ Strategien der im allgemeinen Interesse tätigen Dienstleister fallen den kleinen und ländlichen Gemeinden aber vielfach in den Rücken. Der Gemeindebund-Präsident verlangte daher im Rahmen der ersten politischen Raumordnungskonferenz nach neun Jahren die finanzielle und soziale Evaluierung von raumwirksamen Maßnahmen übergeordneter Behörden oder privater Universaldienstleister, die eingebettet sein müssen in einem Masterplan für den ländlichen Raum. Die Gemeinden sind sehr wohl bereit, effizienzorientierte Kooperationen mit anderen Gemeinden und Privaten einzugehen, um sich nicht gegenseitig nieder zu konkurrenzieren. Freilich wird die kommunale Forderung nach Mitsprache bei struk-

turrelevanten Entscheidungsabläufen etwa von Kapitalgesellschaften von letzteren müde belächelt. Die jüngsten Informationen aus dem Bereich der österreichischen Post AG lassen Schlimmes befürchten. Mindeststandards für Infrastruktur sind im kommunalen Bereich deswegen so wichtig, um auch jenen Menschen, die in den Ungunstlagen leben, ein Mindestmaß an Struktursicherheit zu geben. Dies gilt vor allem für die Leistungen der Daseinsvorsorge, die ja die Grundvoraussetzungen einer lebenswerten Umwelt ausmachen, wie etwa Schule, Nahversorgung, kommunale Netzleistungen etc. In unserer vor komplexen Lebensabläufen strotzenden modernen Zeit ist das Bündel dieser Leistungen auch ein äußerst vielfältiges, es hat große Bedeutung für jüngere Menschen in ihrer Entscheidung, wo sie sich für die kommenden Jahre längerfristig niederlassen wollen.

Vernetzung ist alles

Der Gemeindebund weist in seinem Masterplan für den ländlichen Raum auf die Aufgaben der Gemeinden hin, den ländlichen Raum als Lebensraum stetig abzusichern, zu gestalten und fortzuentwickeln. Vor allem die ländlichen Gemeinden sind dabei einem harten Standortwettbewerb ausgesetzt. Wer sich hier nicht vernetzt, setzt manch-

Mindeststandards für Infrastruktur sind im kommunalen Bereich deswegen so wichtig, um auch jenen Menschen, die in den Ungunstlagen leben, ein Mindestmaß an Struktursicherheit zu geben.

mal Investitionen in den Sand. Ein Beispiel, dass der Wettbewerb bei Strukturleistungen in den Ungunstlagen nicht den positiven Effekt der Ersparnis, sondern den negativen der Ausdünnung bringt.

Ein Lösungsansatz muss daher die koordinierte Entwicklung aller wirtschaftlich relevanten Akteure miteinbeziehen und weniger die Mobilität der Menschen einfordern, als auf kurze Wege zu setzen. Nur dann kann man auf den Menschen und seine Bedürfnisse entsprechend eingehen. Das Setzen auf kurze Wege stützt nicht nur die generelle Entwicklung im ländlichen Raum, sondern ist auch ein ent-



„Künftig sollen verstärkt Aktionen der Gemeinden zur Dorferneuerung gesammelt und einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.“ Das beschloss Anfang November der Strukturausschusses des Gemeindebundes unter Leitung von Präs. Bgm. Leo Radakovits (2. von links). Mit dabei in Stadt Haag (NÖ) waren unter anderem auch Gemeindebund-General Robert Hink (ganz links) und Bgm. Valentin Happe (Kärnten, 3. von links).

Das Setzen auf kurze Wege stützt nicht nur die generelle Entwicklung im ländlichen Raum, sondern ist auch ein entscheidender Beitrag für eine wirkungsvolle Klimapolitik.

scheidender Beitrag für eine wirkungsvolle Klimapolitik. Die ortsnahe Verschränkung von Lebens- und Arbeitswelten ist ein Schlüssel zur nachhaltigen Lösung der nicht unbedeutenden Probleme der Gegenwart. In diesem Sinn hat der Bürgermeister von Wolfurt und Mitglied des Ausschusses der Regio-



Es darf nicht so weit kommen, dass man ganze Talschaften aufgibt.

Erwin Mohr, Bürgermeister von Wolfurt und Mitglied des Ausschusses der Regionen beim europäischen Kleinstädtenetzwerk in Budapest (siehe auch Seite 30 dieser Ausgabe)

nen, Erwin Mohr, die Forderung Mödlhammers aufgegriffen und beim europäischen Kleinstädtenetzwerk (siehe auch Seite 30 dieser Ausgabe) am 31. Oktober auf internationaler Ebene in einem vielbeachteten Statement unterstrichen. Es dürfe nicht so weit kommen, dass man ganze Talschaften aufgeben. Die Bürgermeister wollen im Sinne des Kulturlandes Gestalter und keine Befehlsempfänger und Ortsverwerfer sein. Das Setzen auf die gewachsene Mobilität sei besonders für den ländlichen Raum ein Trugschluss, da dieser durch die demografische Entwicklung doppelt hart getroffen werde, indem er überproportional altere und die Jugend an die Ballungszentren verliere. Kurze Wege kommen vor allem den Erfordernissen der Schwächeren in unserer Gesellschaft entgegen, hier sind es vor allem die Alten und die Kinder. „Wer will schon, dass schon Schulkinder zu Pendlern werden?“, formulierte es der Gemeindebund-Präsident. Und übrigens: das „Ja zu Familien“ mit Kindern bietet nicht nur eine Entwicklungsperspektive für die Gemeinden, sondern es ist unter anderem auch ein Ja zu einer sozial nach-

haltigen und nachweislich klimaschonenderen Lebensform. Aber der ländliche Raum muss auch als Arbeitsraum erhalten bleiben. Leider bietet die Post AG mit den kürzlich publik gemachten Plänen zur Personal- und Filialkürzung ein anschauliches Beispiel, wie Entwicklungsstrategien mehr oder weniger privater Universaldienstleister jegliche Planung der Gemeinden im ländlichen Raum umstoßen können. Auch die gebündelten Universaldienste bieten einer Gemeinde Standort- und Lebensqualität, solche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind aber auch wichtig für die Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Ein neuer Wettbewerb soll helfen

Das Bündel dieser Angebote kann durch vielfältige Aktionen zur Dorferneuerung erhalten und gesteigert werden. In vielen Bereichen hat dies zu breit angelegten Initiativen zur Dorfkernerneuerung geführt. Der Österreichische Gemeindebund plant daher einen Wettbewerb zur Ortskernbelebung, der im kommenden Jahr lanciert wer-



OReg. Rat Mag. Nicolaus Drimmel ist Jurist im Österreichischen Gemeindebund

den soll. Anfang November wurde dafür in der Stadt Haag (NÖ) eine Sitzung des Strukturausschusses des Gemeindebundes unter Leitung von Präs. Bgm. Leo Radakovits abgehalten und festgehalten, dass künftig verstärkt Aktionen der Gemeinden zur Dorferneuerung gesammelt und einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden sollen. In einem Wettbewerb soll gute kommunale Praxis für die Öffentlichkeit vor den Vorhang geholt werden.

Gerade die Stadt Haag bietet mit der neuen Stadtplatzgestaltung und der dadurch möglich werdenden Initiativen bis hin zum Haager Theatersommer ein anschauliches Beispiel für eine gelungene Ortskernbelebung und die Forcierung der kurzen Wege. Erst kürzlich wurde dieses Konzept der kurzen Wege auch von fachlicher Seite mit Bestnoten bedacht.

Raumplanung und Klimapolitik gehen Hand in Hand

In einer Informationsveranstaltung des Klimabündnisses Österreich gemeinsam mit dem Lebensministerium am 6. November legte die Ordinaria des Institutes für Raumplanung an der Universität für Bodenkultur, Univ. Prof. Dr. Gerlind Weber, ein klares Bekenntnis für eine verstärkte Ortskernbelebung

Die ortsnahe Verschränkung von Lebens- und Arbeitswelten ist ein Schlüssel zur nachhaltigen Lösung der nicht unbedeutenden Probleme der Gegenwart.

und daher für einen quantitativen Bodenschutz ab. Allein durch die Initiativen der Dorferneuerung ergebe sich eine verbesserte CO₂-Bilanz, da die Entscheidung über die Standorte ein viel höheres Potenzial für den Klimaschutz in sich trägt, als nur die bauliche Sanierung oder Effizienzsteigerung. So kann Raumplanung nicht nur einen bedeutenden Beitrag zur ländlichen Entwicklung, sondern auch zur nachhaltigen Klimapolitik leisten.



Landflucht als Bedrohung für ländliche Regionen

Immer noch starke Abwanderungstendenzen

Von 7. bis 8. November 2008 fand in Wels (OÖ) eine Herbsttagung zum Thema „Land ohne Leute?“ statt. Dabei wurden verschiedene Lösungswege und Chancen für die demografische Herausforderung in den ländlichen Räumen durch zahlreiche Fachvorträge und Diskussionen aufgezeigt.

Die sogenannte Landflucht wird in einigen Regionen Oberösterreichs immer deutlicher spürbar. Aus den Grenzregionen des Mühl- und Innviertels wandern vor allem junge Menschen ab, weil es dort keine Arbeitsplätze gibt. Bei der Herbsttagung des Ökosozialen Forums in Wels wurde Hagenberg im Mühlkreis als gegenteiliges Musterbeispiel dargestellt. Aus dem einst verschlafenen Ort im Bezirk Freistadt wurde ein europaweit beeindruckendes Forschungs- und Ausbildungszentrum mit 1000 Arbeitsplätzen geschaffen.

Ein Software-Park mit Fachhochschule macht es Hagenberg möglich, über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt zu sein. „Als ich im Jahr 1979 Bürgermeister wurde, hatte Hagenberg 1500 Einwohner. Mittlerweile ist die Anzahl auf 2600 Einwohner gestiegen“, betont Bürgermeister Dir. Rudolf Fischerlehner. Die oberösterreichische Kommune sei ein blühendes Technologiezentrum. „Es ist hier das verwirklicht worden, was die Landesregierung sehr oft sagt: 'man müsse die Arbeitsplätze zu den

Menschen bringen“, so der Ortschaft. Heute gibt es in Hagenberg mehr als 1000 Arbeitsplätze in der Forschung, der Ausbildung und Anwendungen der Wirtschaft.

Hagenberg ist aber eher die Ausnahme. Im nördlichen Mühlviertel und im Bezirk Schärding sind starke Abwanderungstendenzen bemerkbar. Die Einwohnerzahl im Zentralraum zwischen Linz und Wels steigt dafür stark an, was früher oder später zu Problemen führen wird. „Die Ballungsräume werden explodieren, dort wird es Verkehrsprobleme und riesige Probleme mit der Raumordnung geben“, erklärt Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer.

Bei der Herbsttagung des Ökosozialen Forums in Wels wurde diese Problematik erörtert und über Lösungswege diskutiert. „Wir dürfen keine Räume aufgeben, wir müssen um diese Räume kämpfen. Wir müssen auch die Infrastruktur dorthin bringen, weil nur dann wenn es billiges Wohnen, Arbeitsplätze und Straßen gibt, werden die Leute dort bleiben“, betont Mödlhammer.

Ein weiteres Problem ergibt sich durch eine veränderte Altersstruktur, denn die Lebenserwartung steigt und die Geburtenzahlen sinken. Laut der Statistik Austria ist österreichweit in Zukunft mit rückläufigen Bevölkerungszahlen in den peripheren ländlichen Regionen zu rechnen.

Die Wohnbau-Landesräte der Bundesländer im KOMMUNAL-Interview

Wie kann die Wohnbauförderung Klimaschutz steuern?

Nachdem der Österreichische Gemeindebund in seinem Forderungspapier an die Regierung mehr Förderungen für Klimaschutzmaßnahmen – insbesondere im Wohnbau – gefordert hatte, sind nun alle zuständigen Landesräte gefragt: KOMMUNAL hakte nach, was die einzelnen Länder tun, um die Gemeinden beim energieeffizienten Bauen und Sanieren zu entlasten. Fünf Fragen – vierzig Antworten.

Welches Volumen deckt die Wohnbauförderung für Maßnahmen zur thermischen Sanierung, zur Verwendung alternativer Energien – generell gesagt zu Energieeffizienz – ab?

„Das Land Tirol investierte im Rahmen der Wohnhaussanierung im Jahr 2007 rund 36,6 Millionen Euro in energiesparende und umweltschonende Sanierungsmaßnahmen“, erklärt der Tiroler LH-Stv. und Wohnbau-Referent Hannes Gschwendtner. „Das entspricht einem Anteil von mehr als 85 Prozent der Gesamtausgaben im Sanierungsbereich.“ In der Steiermark wurden im Bereich der kleinen Sanierung im Vorjahr für energiesparende Maßnahmen rund 46,8 Millionen Euro an Förderungen genehmigt. „Diese Sanierungsmaßnahmen umfassen Wärmedämmungen, Fenster, Außentüren und Heizungen“, so der steirische Wohnbau-Landesrat Johann Seitinger. In Oberösterreich, wie der zu-

ständige Landesrat Hermann Kepplinger erklärt, waren im Jahr 2007 rund 58 Prozent der sanierten Wohneinheiten hochwertige thermische Sanierungen. „Dafür werden Annuitätzuschüsse im Ausmaß von 57,16 Millionen Euro geleistet“, so Kepplinger.

Im Burgenland hat man noch viel vor: Laut Wohnbau-Referent und Landeshauptmann Hans Niessl wird „die burgenländische Wohnbauförderung im kommenden Jahr 143 Millionen Euro für die Errichtung und Sanierung von Wohnbauten sowie für die Nutzung alternativer und erneuerbarer Energieträger zur Verfügung“ stellen.

Bei der Wohnhaussanierung in Vorarlberg sei die thermische Sanierung das zentrale Thema, so Wohnbau-Landesrat Manfred Rein. „Für das Jahr 2009 ist im Landesvoranschlag eine Erhöhung der Landesmittel um fünf Millionen Euro geplant, da-

mit stehen nächstes Jahr 15 Millionen Euro für die Sanierung zur Verfügung.“ Daneben seien im Jahr 2008 rund 2,8 Millionen Euro zur Förderung von Solaranlagen aufgewendet worden.

Seit 1993 hat die

Salzburger Wohnbauförderung ein Fördersystem entwickelt, das energiesparende und ökologische Bauweisen und den Einsatz umweltfreundlicher Energie besonders forciert. „Aufgrund des unverändert großen Bedarfs an neuen Wohnungen muss der Spagat zwischen hoher Neubaulistung und Forcierung der Sanierung gelingen“, sagt der Salzburger LR Walter Blachfellner.

„Im Landesvoranschlag für 2009 sind 240 Millionen Euro für neue Darlehensförderungen vorgesehen. Es ist geplant, speziell in der Sanierungsförderung unser Förderungsangebot zu erhöhen.“

In Kärnten beträgt das Fördervolumen für energetisch bzw. thermische Sanierungsmaßnahmen jährlich rund 30 Millionen Euro, wie LH-Stv. und Wohnbau-Referent Uwe Scheuch erläutert. Der Niederösterreichler Wolfgang Sobotka, zuständiger Landesrat für Wohnbaufragen, hat hier den größten Brocken zu Verfügung: „Es werden jährlich zirka 400 Millionen Euro für die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen verwendet“, so Sobotka.

Inwiefern können Gemeinden und ihre Initiativen zur thermischen Sanierung Vorbildwirkung haben?

Die steirischen Gemeinden können Vorbildwirkung etwa mit dem so genannten „e5-Programm“ erreichen, wie Johann Seitinger erklärt: „Das Programm wurde 2006 gestartet, um aktive Gemeinden bei ihren Bemühungen zur Steigerung der Energieeffizienz zu unterstützen.“ Dabei werde die Arbeit der Gemeinde regelmäßig evaluiert und von einer Kommission bewertet. Bei erfolgreicher Umsetzung gebe es eine Auszeichnung in Form von „e“, ähnlich wie bei einem Fünf-Sterne-Hotel.

„Im Gebäudebestand liegt ein außerordentlich hohes Potential

Gemeinden als Eigentümer von Wohngebäuden können im Rahmen der großvolumigen Wohnungssanierung Wohnbauförderungen zuerkannt werden, wenn die energetischen Mindeststandards erfüllt werden.

Wolfgang Sobotka, Niederösterreichs Wohnbaureferent über die Initiativen des Landes



der Energieeinsparung“, so Hannes Gschwendtner aus Tirol. „Es ist unbestritten, dass dabei auch die vorbildhafte Sanierung von Kommunalbauten Vorbildwirkung hat und möglicherweise auch eine Art ‚Wettbewerb‘ unter Gemeinden auszulösen vermag.“ Eine Lanze im Sinne des „Tue Gutes und sprich darüber“ bricht Wolfgang Sobotka für die niederösterreichischen Gemeinden: „Vorbildwirkung wird dann erzielt, wenn die Initiativen zur thermischen Sanierung effektiv und professionell sind und einem großen Kreis an potentiellen Nachahmern bekannt gemacht wird.“

Der Oberösterreicher Hermann Kepplinger hingegen sieht Potential darin, dass bereits „einige Gemeinden etwa Zusatzförderungen für den Einbau von Solaranlagen“ leisten. „Auch Fernwärmeanschlüsse sind ein Handlungsfeld für Initiativen“, so Kepplinger.

Für Hans Niessl sind die Gemeinden vermehrt mit Initiativen zur thermischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden ein Vorbild. „Wir haben daher als gemeinsames Projekt zwischen Energieagentur, Dorferneuerung und Leader das Projekt EKKO – Energiekonzepte für Kommunen entwickelt, das nachhaltige Lösungen für Energiefragen in unseren Gemeinden erarbeiten aber auch umsetzen soll“, erklärt Burgenlands Landeshauptmann.

„Ohne die Gemeinden im Land Vorarlberg sind die ambitionierten Ziele nur schwer zu erreichen“, sagt der Vorarlberger Manfred Rein. Ein guter Ansatz sei etwa die Anwendung in der Wohnbauförderung entwickelten ökologischen Kriterien bei sämtlichen Gemeindebauten.

Der Salzburger Landesrat Walter Blachfellner glaubt, dass die öffentliche Hand eine große Vor-

bildwirkung hat. „Wenn es um Wohngebäude und Wohnheime von Gemeinden geht, unterstützt die Wohnbauförderung des Landes die Gemeinden gerne, mit Sanierungen des Bestandes als Vorbild voranzugehen“, fügt Blachfellner hinzu.

Auch für den Kärntner LH-Stv. Scheuch können die Gemeinden „durch Vorzeigebispiele besonders energieeffizienter Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden und öffentlichen Gebäuden einschließlich deren Dokumentation“ durchaus Vorbildwirkung für eine noch konsequentere Ausrichtung umweltpolitischer Maßnahmen haben.

Welche Initiativen gibt es auf Landesebene, um den Gemeinden zu diesen Zwecken Fördergelder zu erschließen?

„Gemeinden als Eigentümer von Wohngebäuden können im Rahmen der großvolumigen Wohnungssanierung Wohnbauförderungen zuerkannt werden, wenn die energetischen Mindeststandards erfüllt werden. Weitere Initiativen sollten bei den Abteilungen Finanzen und Gemeinden erfragt werden, insbesondere betreffend Bedarfszuweisungen an Gemeinden“, beantwortet Wolfgang Sobotka die unvermeidliche Frage nach dem Geld.

In Tirol werde über die Abteilung Gemeindeangelegenheiten im Rahmen des Gemeindeausgleichsfonds ein Förderungsinstrument zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gemeindegebäuden in Form von Bedarfszuweisungen zur Verfügung gestellt, so LH-Stv. Hannes Gschwendtner.

Der steirische Landesrat Seitinger nennt unter anderem die Thermografie- und Beratungsaktionen für Eigenheime und Mehr-



Das Land Tirol hat im Vorjahr mehr als 85 Prozent der Gesamtausgaben im Sanierungsbereich in die thermische Sanierung investiert.

Hannes Gschwendtner
Landeshauptmann Stellvertreter und
Wohnbau-Referent in Tirol

familienhäuser, die seit 2005 durchgeführt werden, als erfolgreiche Initiativen. „Darüber hinaus wurde ein Sanierungsratgeber herausgegeben, der an alle steirischen Gemeinden im Jahr 2007 versandt worden ist“, so Seitinger.

Die Gemeinden in Oberösterreich wiederum haben „selbstverständlich Zugang zu Wohnbauförderungsmitteln für die Errichtung mehrgeschossiger Wohnbauten, für Sanierungsmaßnahmen an diesen oder für die Errichtung von Alten- und Pflegeheimen“, erklärt LR Kepplinger. Aber „da die Mittel der Wohnbauförderung exklusiv für den Wohnbau bzw. verwandte Bereiche reserviert sind, können für Gemeindebauten selbst keine besonderen Initiativen aus der Wohnbauförderung getätigt werden“, fügt Kepplinger hinzu.

Das Burgenland setzt auf ihr Projekt EKKO: „Wie bereits erwähnt sollen Gemeinden über dieses Projekt mit Unterstützung des Landes und mit EU-Fördergeldern maßgeschneiderte Energiekonzepte erarbeiten“, so LH Nies-



Ohne die Gemeinden sind die ambitionierten Ziele nur schwer zu erreichen.

Manfred Rein, Wohnbau-Landesrat in Vorarlberg über die Rolle der Gemeinden bei energieeffizientem Bauen und Sanieren



In der Steiermark werden unter anderem seit 2005 Thermografie- und Beratungsaktionen für Eigenheime und Mehrfamilienhäuser durchgeführt.

Johann Seitinger, Wohnbau-Landesrat der Steiermark über die Initiativen des Landes im Bereich Wohnbau

sl. „Ziel dabei ist es, Energieeffizienz und Sparpotentiale zu erheben und dann auch umzusetzen.“

Im Ländle, wie LR Rein erklärt, beschäftige sich aktuell eine Arbeitsgruppe des Landes in Zusammenarbeit mit dem Vorarlberger Umweltverband und dem Energieinstitut mit der Anpassung der Gemeindeförderungsrichtlinien, um entsprechende finanzielle Anreize für die Forcierung der thermischen Sanierung zu schaffen.

Die Salzburger Wohnbauförderung, wie LR Blachfellner erklärt, forcieren sowohl bei Wohnbauten wie auch bei Heimbauten von Gemeinden mit Förderungzuschlägen höchste thermische Qualitäten, das gelte für den Neubau wie auch in der Sanierung. „Mit einer Novelle 2007 zum Wohnbauförderungsgesetz haben wir auch eine neue Förderungsschiene ‚Sanierung von Wohnheimen‘ geschaffen. Speziell mit dieser Förderung wollen wir die Gemeinden im Bereich der Seniorenwohnheime bei der Verringerung des Energieverbrauches im Interesse der Umwelt und niedrigerer Energiekosten besonders unterstützen“, so

setzung im Bereich der Wohnhaussanierung durch die Erhöhung der Förderungssätze für energiesparende und umweltschonende Maßnahmen nicht nur einen Beitrag zu den Klimaschutzzielen leisten wird, sondern auch einen wichtigen Impuls für die heimische Bauwirtschaft und Konjunkturbelebung bedeuten. „Mit den budgetierten Fördermitteln für den Bereich der Wohnhaussanierung wird erwartet, dass ein Bauvolumen von mehr als 120 Millionen Euro ausgelöst wird. Wir rechnen, dass sich jeder eingesetzte Wohnbauförderung-Euro vervierfacht.“ Zudem seien Sanierungsmaßnahmen arbeitsintensiv und daher werde ein positiver Impuls auch auf dem Beschäftigungsmarkt erwartet.

„Mit der Artikel 15a Vereinbarung wird ein neues Fördermodell im Rahmen der Wohnhaussanierung eingeführt“, sagt auch der Steirer Johann Seitinger. „Es werden künftig Förderbeiträge in der Höhe von 15 Prozent der Kosten der Maßnahmen für 3.000 Wohnungen zur Verfügung gestellt bzw. für finanzschwache Förderungswerber wird ein 30-prozentiger An-

nuitätenzuschuss für Bankdarlehen mit einer Laufzeit von 14 Jahren für weitere 3.000 Wohnungen zur Verfügung gestellt“, erklärt Seitinger. Oberösterreichs zuständiger Landesrat Kepplinger ist der Ansicht, dass „aus

wirtschaftspolitischer Sicht die Vorgaben der 15a-Vereinbarung mit attraktiven Förderinstrumenten und einem dezidierten Projekt-Vorzieh-Programm kombiniert“ werden sollten. „Denn es ist allgemein anerkannt, dass Maßnahmen im Bausektor, verteilt auf das gesamte Bundesgebiet, eine hohe Inlandswirksamkeit haben.“ Weiters seien viele heimische Unternehmen führend im Bereich energiesparender Bauweise und bei der Herstellung von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen und

Baustoffen. „Im Hinblick auf diese Tatsachen tragen die qualitativen Vorgaben der 15a-Vereinbarung sicherlich zu einer Stabilisierung der Konjunktur und den Erhalt von Arbeitsplätzen in diesen Branchen bei“, ist Kepplinger überzeugt.

„Der Entwurf einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen, welche derzeit ratifiziert wird, betont die Notwendigkeit des nachhaltigen energieeffizienten und energieverbrauchsminimierenden Bauens und Sanieren. Ziel ist unter anderem eine Steigerung der Sanierungsrate. Insofern kann in diesen Branchen eine Konjunkturbelebung erwartet werden“, ist Niederösterreichs Wolfgang Sobotka überzeugt. Für Burgenlands LH Niessl soll die 15a -Vereinbarung einerseits den Bund aber auch die Länder verpflichten, verstärkt Anreizsysteme für die Sanierung von Wohnungen zu schaffen. „Sie soll aber andererseits auch die Gebietskörperschaften verpflichten, energiesparende Maßnahmen bei ihren Objekten für die Konjunkturbelebung vorzuziehen“, fügt Niessl hinzu. Vorarlbergs Wohnbau-Landesrat

Die Gemeinden sind mit ihren Initiativen zur thermischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden ein Vorbild.

Hans Niessl, Landeshauptmann und Wohnbau-Referent des Burgenlands über die Vorbildwirkung der Kommunen



Blachfellner.

In Kärnten seien, so Uwe Scheuch, keine spezifischen Initiativen, um den Gemeinden Fördergelder für Sanierungsmaßnahmen zu erschließen, bekannt.

Welche Rolle spielt die 15a-Vereinbarung als Anreiz-System und als Möglichkeit der Konjunkturbelebung unter besonderer Berücksichtigung der Gebietskörperschaften (Gemeinden)?

Der Tiroler Wohnbau-Referent Gschwendtner ist überzeugt, dass die geplante Schwerpunkt-



Gemeinden können durch Vorzeigebispiele besonders energieeffizienter Sanierungsmaßnahmen an Wohn- und öffentlichen Gebäuden Vorbildwirkung für eine noch konsequentere Ausrichtung umweltpolitischer Maßnahmen haben.

Uwe Scheuch, Wohnbau-Landesrat und LHStv. in Kärnten

Rein ist überzeugt, dass durch die derzeit vorliegende 15a-Vereinbarung und die Vorbereitung der Nachfolgevereinbarung Energiestandards festgelegt werden, die insbesondere die Nachhaltigkeit unterstützen und für eine bessere Bausubstanz im Hinblick auf den Heizwärmebedarf Sorge tragen. Eine positive Auswirkung auf die Gemeinden sei, so Rein, dass in Vorarlberg der gemeinnützige Mietwohnungsbau nur noch gefördert wird, wenn Passivhausobjekte zur Errichtung gelangen. Der Salzburger Landesrat Blachfellner ist ganz der Meinung des öö. Landesrat Kepplinger: „Die 15a-Vereinbarung ist nicht nur sinnvoll im Sinne des Klimaschutzes, sondern auch für die Konjunktur und den Arbeitsmarkt wirkungsvoll.“ Es seien rund 240 Millionen Euro im Voranschlag 2009 im Landeswohnbaufonds Salzburg für die Gewährung von Darlehen vorgesehen. „Mit diesen Ausgaben werden in Salzburg jährlich zwischen 6.000 und 7.000 Arbeitsplätze mit Hilfe der Wohnbauförderung geschaffen bzw. gesichert“, so LR Blachfellner. Uwe Scheuch, Kärntens Landeshauptmann-Stellvertreter, denkt, dass „die Art 15a-Vereinbarung selbst kein Anreizsystem, sondern erst die Fördermaßnahmen, die die Länder auf Grund dieser



Durch unser nachhaltiges und stabiles Förderungsinstrument ist die Salzburger Wohnbauförderung krisensicher.

Walter Blachfellner, Wohnbau-Landesrat in Salzburg über die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Wohnbauförderung

Vereinbarung umzusetzen haben“ bildet. „Ein verstärkter Fördereinsatz soll jene Anreize auslösen, um vermehrt Sanierungen in Angriff zu nehmen, die letztendlich auch zu einer Konjunkturbelebung führen“, so Scheuch.

Haben die aufgrund der Finanzkrise möglicherweise steigenden Kreditzinsen Auswirkungen auf die Fördersysteme?

„Steigende Kreditzinsen wirken sich kostenerhöhend aus. Höhere Kosten bedeuten meist auch einen höheren Förderungsaufwand“, darüber sind sich der Tiroler Hannes Gschwendtner, der Oberösterreicher Hermann Kepplinger, der Steirer Johann Seitinger und der Kärntner Uwe Scheuch einig. „Da in der Steiermark das Finanz-

finanzierungssystem im Rahmen der Wohnbauförderung großteils über Bankenfinanzierung mangels vorhandener Landesdarlehen vorgenommen wird, haben steigende Kreditzinsen natürlich eine Auswirkung auf das Förderungssystem“, sagt LR Seitinger. „So bedeutet zum Beispiel eine Erhöhung der Kreditzinsen um ein Prozent im Wohnungsneubau eine monatliche Mehrbelastung von rund 0,75 Euro pro Quadratmeter.“

Der Oberösterreicher Kepplinger weiß, dass eine der Hauptfunktionen der Wohnbauförderung nun mal das Garantieren einer stabilen Finanzierungssäule für die Oberösterreicherinnen und Österreicher ist. „Daher müssen Zinsschwankungen am Kapitalmarkt wie wir sie derzeit beobachten, durch die öffentliche Hand abgefangen werden. So bleibt das Wohnen auch in schwierigen Zeiten leistbar.“

Burgenlands Landeshauptmann Niessl ist der Meinung, dass die Finanzkrise keine unmittelbare Auswirkung auf die Fördersysteme habe, „da es sich bei unseren Wohnbauförderungen um Direktarlehen handelt“.

„Steigende Kreditzinsen sind aber grundsätzlich für die Investitionsbereitschaft von Privaten

aber auch für Gebietskörperschaften nicht förderlich. Sie könnten dazu führen, dass bestimmte Investitionen wie thermische Sanierungen sowohl von Privaten als auch von Gebietskörperschaften zeitlich versetzt oder überhaupt verschoben werden“, so LH Niessl.

In Vorarlberg habe man unter anderem im Bereich Wohnen frühzeitig auf die zu erwartende negative Finanzentwicklung mit einem Bündel konjunkturfördernder Maßnahmen reagiert, sagt LR Rein. „Unter anderem wird



Die Vorgaben der 15a-Vereinbarung tragen sicherlich zu einer Stabilisierung der Konjunktur und den Erhalt von Arbeitsplätzen bei.

Hermann Kepplinger, Wohnbau-Landesrat in Oberösterreich

die Wohnbauförderung für Eigenheime verbessert – bis zu 25 Prozent höheren Fördersätzen pro Quadratmeter – und die Wohnbeihilfe um durchschnittlich mehr als 20 Prozent angehoben.

Bei neuen Förderungen werde die Finanzkrise keine Auswirkungen auf das Fördersystem haben, betont auch der Salzburger Wohnbau-Landesrat Blachfellner. „Wir haben mit dem 2006 geschaffenen Landeswohnbaufonds ein nachhaltiges und stabiles Förderungsinstrument aufgebaut, das mit zinsstabilen Förderungsdarlehen operiert“, so Blachfellner. „Dadurch ist die Salzburger Wohnbauförderung ‚krisensicher‘.“

Niederösterreichs Landesrat Wolfgang Sobotka zu dieser Frage: „Aufgrund der steigenden Kreditzinsen werden für Darlehen, die bei Banken für Sanierungsmaßnahmen aufgenommen werden und für die ein Annuitätzuschuss zuerkannt wird, Höchstzinssätze vorgeschrieben werden. Es ist geplant, wahlweise statt Annuitätzuschüsse zu Bankdarlehen für Sanierungsmaßnahmen nicht rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren.“



Chancen für mehr Kooperation und Koordination? Die politische Diskussionsrunde bestand aus den Landesräten Walter Blachfellner und Sepp Eisl, LH-Stv. Wilfried Haslauer, Moderator Michael Mair, Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer und Abt.-Leiter Wolf Huber (BKA, Abt. IV/4: Raumordnung und Regionalpolitik). Am Rednerpult Arno Gasteiger, Vize-Präsident der Industriellenvereinigung Salzburg.

Salzburger Fachveranstaltung zum Thema „Raum und Infrastruktur“

Raumordnung: Wirtschafts- und Standortpolitisches Planungsinstrument

Anfang November diskutierten Experten und Politiker bei einer von Land Salzburg und Industriellenvereinigung (IV) Salzburg ausgerichteten Veranstaltung über das Thema „Raum- und Infrastruktur – eine gemeinsame Entwicklung?“. Arno Gasteiger, Vize-Präsident der Industriellenvereinigung Salzburg, hob die Bedeutung der Raumordnung hervor: „Die wichtigste wirtschaftspolitische Kompetenz der Länder ist die Raumordnung“. Daraus ergäben sich für Gasteiger folgende Forderungen: „Raumordnung muss langfristig und vorausschauend sein. Sie muss abgestimmt und wie aus einem Guss sein und darf nicht an Grenzen halt machen.“

Im Panel „Chancen für mehr Kooperation und Koordination? Herausforderungen und Perspektiven aus Sicht politischer Entscheidungsträger“ kam die Politik zu Wort. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, beklagte, dass man zu wenig über die gesamtösterreichische Entwicklung bei Infrastrukturprojekten Bescheid wisse: „Ich wünsche mir einen bundesweiten Investitions-Masterplan für Infrastruktur, aber auch für die Menschen.“ Damit regte er an, neben der Planung von Infrastrukturprojekten auch einen umfassenden Plan über Einrichtungen wie Postämter, Polizeiposten oder Spitäler vorzulegen. So sei es dann auch möglich, für benachteiligte Gemeinden einen Ausgleich zu schaffen. Besondere Vorsicht sei geboten, da sich Österreich verändern

Ich wünsche mir einen bundesweiten Investitions-Masterplan für Infrastruktur, aber auch für die Menschen.

Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer regt eine gesamtösterreichische Entwicklung an

werde: „Zwei Drittel der Räume werden (an Bevölkerung, Anm.) verlieren. Es kann nicht sein, dass wir die Hände in den Schoß

legen und Räume aufgeben.“ Mehr Infos und Bilder auf www.iv-salzburg.at

Informationsbedarf in Gemeinden weiter groß

Aktion „Europaschirm“ verlängert

Fast hundert Gemeinden haben sich bisher an der Aktion „Europaschirm“ beteiligt. Die Partner haben daher beschlossen, dieses Kommunikationsprojekt für Europa über das Jahresende hinaus zu verlängern.

„Wir waren uns ja am Anfang nicht sicher, ob diese Idee von den Gemeinden überhaupt angenommen wird“, so Gemeindebund-General Dr. Robert Hink. „Bei der Präsentation der Idee hatten wir große Ziele, dann kam die Nationalratswahl dazwischen, und die Gemeinden hatten andere Dinge zu tun. Dennoch haben fast 100 heimische Kommunen bisher an dieser Aktion teilgenommen und sie damit zu einem riesigen Erfolg gemacht.“

Bei der Aktion „Europaschirm“ geht es darum, im Rahmen von Festen, Kirtagen oder sonstigen Gemeindeveranstaltungen die Bürgerinnen und Bürger direkt vor Ort zu informieren. Der Gemeindebund und seine Partner stellen dafür kostenfrei die Sonnenschirme sowie umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung, das jede Gemeinde

unbürokratisch und einfach auf www.gemeindebund.at/europa.php bestellen kann. „Es ist ganz etwas anderes, wenn der Bürgermeister und seine Gemeinderäte die Menschen direkt informieren“, weiß Hink.

„Wir brauchen keine teuren Werbe- und Imagekampagnen. Die Menschen wollen direkte Ansprechpartner in den Gemeinden, die mit ihnen vorurteilsfrei über die Vor- und Nachteile diskutieren. Dazu ist die Aktion Europaschirm da.“ Ursprünglich war diese Initiative mit Jahresende 2008 befristet. „Wegen des unglaublichen Erfolges verlängern wir sie auch für das Jahr 2009“, so Hink. „Wir sind dankbar, dass wir mit der Wirtschaftskammer, dem Bundeskanzleramt und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik so tolle Partner gefunden haben, die uns und die Gemeinden unterstützen“, so Hink.

Unter www.gemeindebund.at/europa.php können sich ab sofort wieder alle interessierten Gemeinden für die Aktion „Europaschirm“ anmelden.

Was hat die Regierungsbildung mit Recycling zu tun?

Gemeindebund setzt auf Tempo bei neuer Verpackungsverordnung

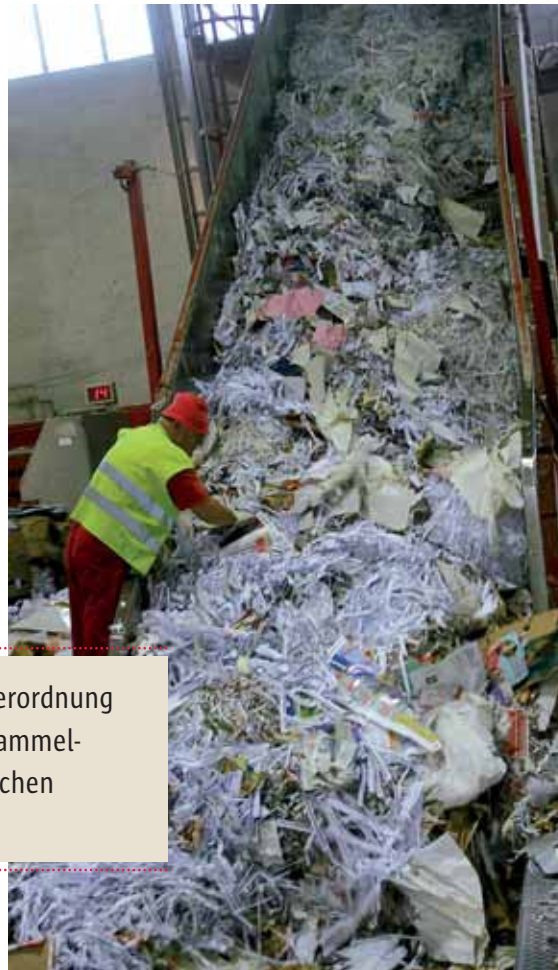
Trotz intensiver Bemühungen um eine Regierungsbildung ist die

bisherige Regierung Gusenbauer (zu Redaktionsschluss) im Amt.

Aber die Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen ist nach einer durch die Wahlen verursachten Pause wieder angelaufen.

Ob die derzeitige Regierung einer kommenden obersten Bundesverwaltung nicht oder doch vorgreifen will, ist derzeit aber offen. Faktum ist: Bei heiklen politischen und abzustimmenden legislativen Vorhaben bewegt sich das Pendel zwischen Warten und Schnellschuss.

Sehr weit oben auf der umweltpolitischen Agenda wollen die Gemeinden die Neugestaltung der Verpackungsverordnung sehen. Der Gemeindebund erwartet sich effiziente Rahmenbedingungen für einen künftigen Wettbewerb mehrerer Systeme, wie es jetzt schon etwa im Bereich der Elektroaltgerätesammlung möglich ist.



Kernpunkt einer novellierten Verordnung muss sein, dass die bisherige Sammelstruktur vor allem in den ländlichen Gebieten erhalten bleibt.

Kernpunkt einer novellierten Verordnung muss sein, dass die bisherige Sammelstruktur vor allem in den ländlichen Gebieten erhalten bleibt. Die Gemeinden und auch die Bürger haben nichts von einem Wettbewerb in der Sammlung, die in der enorm ineffizienten und teuren Vervielfachung (Duplizierung) der Sammelstrukturen münden würde. Die Gemeinden müssen daher im Sinne einer flächendeckenden Umweltpolitik und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für klare und faire

Die Gemeinden und auch die Bürger haben nichts von einem Wettbewerb in der Sammlung, die in der enorm ineffizienten und teuren Vervielfachung (Duplizierung) der Sammelstrukturen münden würde.

Grundlagen der Altstoffsammlung sorgen. Sammelstrukturen im ländlichen Raum dürfen nicht ausgedünnt werden, daher verlangt der Gemeindebund eine institutionalisierte Mitsprache in diesem Bereich, die über einen formellen Beirat hinausgeht. Es

muss in diesem Sinn gewissermaßen ein Universaldienst der Sammlung unter aktiver Beteiligung der Kommunen garantiert sein.

Die Gemeinden erwarten sich nur dort einen Wettbewerb, wo er auch zu Kostenminderungen beiträgt und schließlich den Konsumenten nützt. Wettbewerb soll daher in der Lizenzierung oder in der Verwertung gute Dienste leisten.

Wenn also die Öffnung des Marktes zum Vorteil der Konsumenten genutzt werden soll, dann muss jedenfalls ein klarer Rechtsrahmen abgesteckt werden, der faire Marktbedingungen setzt, wo der Markt sinnvoll ist.

Der Österreichische Gemeindebund hat angesichts des massiven Drängens von möglichen Wettbewerbsteilnehmern auf dem Altstoffsektor einen dringenden Appell an Lebensminister Josef Pröll gerichtet, in dem um eine raschest mögliche Umsetzung der Novelle ersucht wurde.

Die Hauptforderungen:

- ▶ Hunderprozentige Verantwortung der Wirtschaft für die gesamte in Verkehr gesetzte Verpackungsmenge
- ▶ klare Abgrenzung zwischen Haushalts- und Gewerbeschiene
- ▶ Aufrechterhaltung und Garantie der bisherigen flächendeckenden Sammelsysteme

sind in dem schon im Frühsommer formulierten Sieben-Punkte-Programm aller kommunalen Interessensvertretungen zur Novellierung der VVO enthalten. Diese wurden übrigens auch von den Landesumweltreferenten unterstützt. Das Umweltministerium hat übrigens für Anfang Dezember zu einer ersten Expertenrunde seit der Wahl geladen.

Zweiter Teil der Ergebnisse der großen Bürgermeister-Umfrage

Gesundheits- & Pflegekosten belasten Gemeinden massiv

Im Sommer 2008 hat der Österreichische Gemeindebund seine große Bürgermeister-Umfrage durchgeführt. Der Fragebogen war sehr vielfältig und umfangreich. KOMMUNAL stellt daher jetzt den zweiten Teil der Ergebnisse dieser Umfrage vor. Besonders brennende Themen in den Gemeinden sind die Kosten für Gesundheit, Pflege und Infrastruktur.

Daniel Kosak

„89 Prozent der Kommunalpolitiker wissen, dass die Kosten für die regionale Gesundheitsversorgung in den kommenden Jahren ‚sehr stark‘ oder ‚stark‘ ansteigen werden“, berichtet Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer aus den Ergebnissen der Umfrage. „Das ist ein ungeheurer Wert.“ Trotzdem die Gemeinden in vielen Bundesländern für den Betrieb der Spitäler nicht mehr zuständig sind, bereitet die Kostenentwicklung den Bürgermeister/innen große Sorge. „Die Gemeinden müssen ja an den Kosten dennoch mitzahlen, auch wenn sie die Spitäler nicht mehr selbst führen.“ Nur sechs Prozent geben an, dass die Kosten gleich bleiben werden.

Pflegekosten explodieren

Noch dramatischer stellt sich die Lage bei der Finanzierung des Pflegewesens dar. „Das liegt vermutlich auch daran, dass die Pflegeeinrichtungen zum überwiegenden Teil ja Gemeinde-sache sind, die Bürgermeister können hier den Aufwand also aus eigener Erfahrung sehr gut einschätzen.“ Kein Wunder, dass 93 Prozent der Befragten der Überzeugung sind, dass die Kosten für das Pflegewesen explodieren. „Wir haben viele, viele Gemeinden, in denen die Kostenzuwächse bei der Pflege



Besonders im Pflegebereich sehen insgesamt 93 Prozent der Befragten eine „starke“ bzw. „sehr starke“ Steigung der Ausgaben. Für nur sechs Prozent der Gemeindevertreter bleibt die Pflegeversorgung finanzierbar.

einen zweistelligen Prozentwert pro Jahr erreichen“, weiß Mödlhammer. „Die Gemeinden werden diese Zuwächse auf Dauer nicht alleine tragen können. Hier sind Bund und Länder gefordert, wenn sie ein Interesse daran haben, dass die Qualität der Pflege in diesem Land nicht abnimmt, weil sie unfinanzierbar wird.“



Daniel Kosak ist Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes

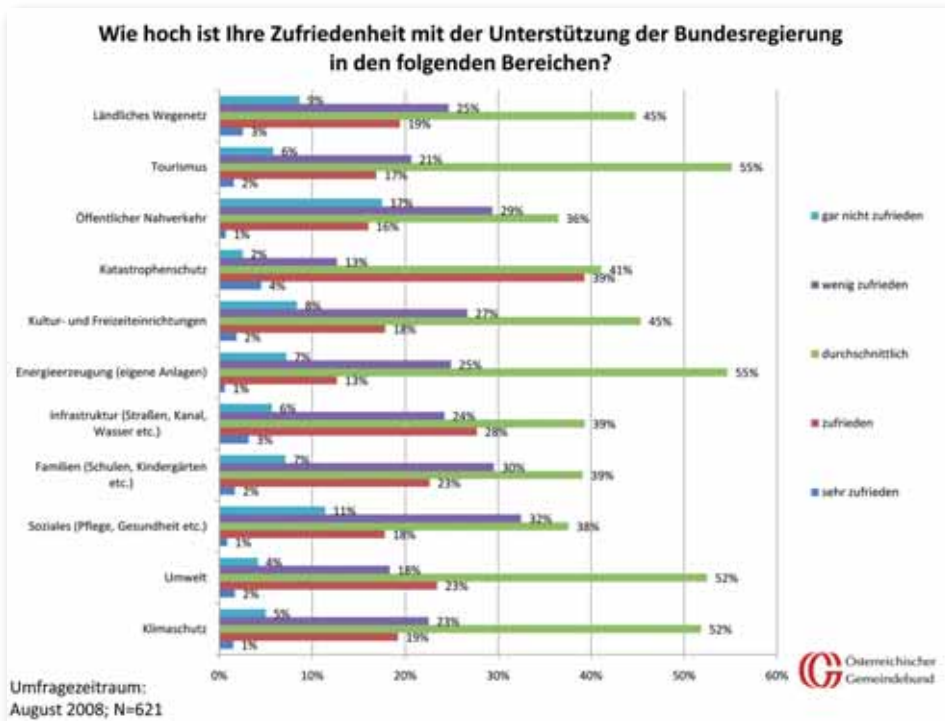
Neuordnung der Kompetenzen

Die Umfrage-Ergebnisse bestärken Gemeindebund-Chef Mödlhammer seine Forderung an Bund und Länder zu wiederholen: „Es wäre sinnvoll, wenn Ge-

sundheit und Pflege in die Zuständigkeit des Bundes und der Länder wandern, man den Gemeinden den Bereich der Kinderbetreuung aber vollständig überlässt. Damit hätte jede Gebietskörperschaft die Aufgaben, die sie am besten erledigen kann.“

Ihre eigene Situation und die Zukunft der Kommunalpolitik beurteilen die Bürgermeister/innen sehr pessimistisch. In immer mehr Gemeinden wird es schwieriger, die Menschen zu Engagement auf Gemeindeebene zu bewegen. Dies äußert sich früher oder später auch in massiven Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Kandidaten für das Bürgermeisteramt. Nur noch 42 Prozent der aktiven Bürgermeister haben ihr Amt überhaupt selbst angestrebt. „Der Rest wurde im Grunde dazu überredet, zum Teil sogar dazu gedrängt“, so Mödlhammer. „Das ist ein Alarmzeichen für die Demokratie. Von Bundes- und Landespolitik haben die Menschen vielfach ohnehin schon die Schnauze voll. Wir müssen uns Maßnahmen überlegen, dass es auf der Gemeindeebene nicht auch so weit kommt.“ Ein Grund für die zunehmenden Schwierigkeiten beim „Bürgermeister-Nachwuchs“ ist die schlechte soziale Absicherung im Amt. „63 Prozent der Bürgermeisterkollegen sind der Meinung, dass die finanzielle Entschädigung dafür ‚nicht angemessen‘ oder nur ‚durchschnitt-

In vielen Gemeinden gibt es bei der Pflege Kostenzuwächse im zweistelligen Prozentwert. Die Versorgung wird unfinanzierbar – darunter leidet die Qualität der Pflege.



Im Gesundheits- und Pflegebereich sind insgesamt 43 Prozent mit der Unterstützung der Bundesregierung „wenig“ bzw. „gar nicht zufrieden“. Auch beim öffentlichen Nahverkehr sehen sich insgesamt 46 Prozent der Gemeindevertreter eher wenig unterstützt.

lich‘ ist.“ Dabei gehe es freilich nicht nur um die Gehälter, so Mödlhammer. „Im Rahmen der großen Reformen bei den Politikerbezügen sind ja auch Pensionen abgeschafft worden.“ Von einer Arbeitslosenversicherung sei man noch weiter entfernt.

Dramatische und existenzbedrohende Schicksale

Die Beschwerden beim Österreichischen Gemeindebund häufen sich. „Erst jüngst hatten wir einen Fall, da war jemand viele Jahre lang Abgeordneter zum Nationalrat und Bürgermeister seiner Heimatgemeinde, immerhin einer Stadt. Er hat dafür seine gesamte zivile Berufskarriere geopfert, seine Familie über alle Maßen belastet, weil er über zwei Jahrzehnte lang bis zu 80 Stunden pro Woche gearbeitet hat. Nun hat er seinen Pensionsbescheid bekommen und muss feststellen, dass er nur knapp über 700 Euro Pension aus diesen beiden politischen Funktionen bekommen wird. Ich verstehe gut, dass angesichts solcher Schicksale die Lust an der Übernahme eines politischen Amtes auf Gemeindeebene immer geringer wird“, so Mödlhammer. Immerhin seien in den vergangenen Jahren in einzelnen Bundesländern kleine Fortschritte gelungen. „In Niederösterreich werden zumindest die Bürger-

meisterbezüge demnächst erhöht.“ Die Probleme bei der sozialen Absicherung sind daher auch ein wichtiger Punkt im Forderungspapier des Gemeindebundes an die neue Regierung. Auch beim Engagement der Gemeinderäte und der Bürger hapert es zuweilen. „Die Besetzung von Wahlkommissionen wird immer schwieriger.

63 Prozent beklagen, dass es hier schon zu Problemen kommt“, so Mödlhammer. Die dauernde Vorziehung von Wahlen mache es freilich auch nicht einfacher. Und im kommenden Jahr stehen zudem die Europawahlen ins Haus. „Hier sollte man sich fragen, ob man die Kommissionen nicht vielleicht verkleinern könnte.“

Vorsicht bei den Gemeindefinanzen

Mit dem Gemeindebund als Interessensvertretung zeigen sich die befragten Gemeindeoberhäupter durchwegs zufrieden. 78 Prozent gaben an, dass der neue Finanzausgleich sich ‚sehr

positiv‘ bzw. ‚positiv‘ auf die Gemeindefinanzen ausgewirkt habe. „Trotzdem werden sich die Gemeinden auf härtere Zeiten



einstellen müssen. Die Finanzkrise und die dadurch sinkenden Steuereinnahmen werden sich auch auf die Ertragsanteile der Gemeinden auswirken. Die Ertragsanteile sind bislang im Jahr 2008 durchwegs sehr gut gestiegen, im kommenden Jahr könnte damit aber Schluss sein.“ Der Gemeindebund-Chef empfiehlt daher allen Gemeinden, dies bei den bevorstehenden Budgetplanungen zu berücksichtigen und nicht mehr von gleich hohen Steigerungen wie im laufenden Kalenderjahr auszugehen.

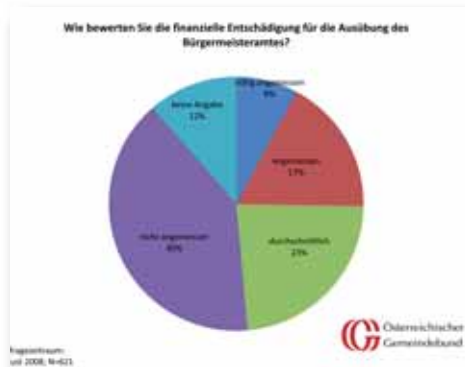
Finanzkrise: „Keine Panik!“

Im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzkrise rät der Gemeindebund-Präsident einerseits zur Vorsicht, sprach sich aber auch gegen Panikreaktionen aus. „Wichtig ist, dass die Gemeinden im direkten Gespräch mit ihren Banken klären,

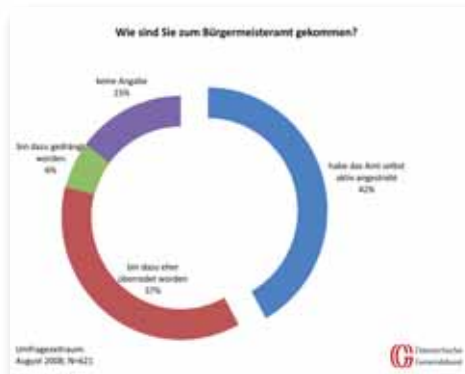
Ihre eigene Situation und die Zukunft der Kommunalpolitik beurteilen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehr pessimistisch. Kommunalpolitisches Engagement wird immer unattraktiver.

wie stark Kredite und Veranlagungen von der Finanzkrise betroffen sind. Es gibt hier keinen pauschalen Rat oder eine standardisierte Vorgangsweise. Setzen Sie sich mit ihren kommunalen Finanzberatern zusammen und analysieren Sie unaufgeregt die Situation“, so Mödlhammer.

Die große Bürgermeister-Umfrage bewerten die Gemeindebund-Spitzen als großen Erfolg. „Es ist für eine Interessensvertretung wichtig, die Meinung ihrer Mitglieder zu kennen“, so Gemeindebund-General Dr. Robert Hink. „Schließlich arbeiten wir ja ausschließlich für die Gemeinden und überprüfen unsere Schwerpunkte daher auch regelmäßig. Die Resonanz und Teilnahme an dieser Umfrage waren gewaltig. Mehr als 600 Gemeindevertreter, davon fast 80 Prozent Bürgermeister/innen, haben mitgemacht. Dafür ein herz-



Erwartungsgemäß halten volle 40 Prozent die Entlohnung für das Bürgermeisteramt unangemessen, 23 Prozent sehen sich mit ihrem Gehalt im Durchschnitt, und nur 17 Prozent halten es für angemessen.



Ein alarmierendes Ergebnis: 37 Prozent der befragten Gemeindevertreter geben an, zum Bürgermeisteramt eher überredet worden zu sein, sechs Prozent wurden sogar dazu gedrängt. Nur noch 42 Prozent der aktiven Bürgermeister haben ihr Amt überhaupt selbst angestrebt.

liches Dankeschön.“ Die vollständigen Ergebnisse und Grafiken der Umfrage können jederzeit auf www.gemeindebund.gv.at oder über Ihren Kommunalnet-Zugang abgerufen werden.

Wichtig ist, dass die Gemeinden im direkten Gespräch mit ihren Banken klären, wie stark Kredite und Veranlagungen von der Finanzkrise betroffen sind. Analysieren Sie unaufgeregt die Situation.

Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer zu den Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die Gemeinden

Prof. Roman Häußl

Hoffer meint in seinem Artikel, dass sich die Wiener Behörden dabei an der Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes orientieren. Dieser hat dazu in sein Erkenntnis vom 05.07.1996, GZ 96/02/0221, folgendes festgestellt: § 45 Abs. 4 StVO hat weder durch die B-VG Novelle BGBl 1994/504 (vgl Art 151 Abs. 9 in der zit Fassung) noch durch das HauptwohnsitzG 1994, BGBl. 1994/505 (vgl dessen Art VIII), die beiden nach der 19ten StVO-Nov in Kraft getreten sind, eine Änderung erfahren. Schon die Wortinterpretation des § 45 Abs. 4 StVO führt aber zu dem Ergebnis, dass in diesem Regelungszusammenhang nur EIN Mittelpunkt von Lebensinteressen (der durch Berücksichtigung sämtlicher Lebensumstände zu finden ist) in Betracht kommt (arg... „den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen hat“

Es ist dem Verwaltungsgerichtshof zuzustimmen, dass weder Art 151 Abs. 9 B-VG noch Art VIII des Hauptwohnsitzgesetzes einen Bezug zu § 45 Abs 4 StVO 1960 herstellt. In beiden Bestimmungen wird lediglich dargelegt, dass in den Rechtsvorschriften des Bundes bzw. der Länder mit Wirkung vom 1. Jänner 1996 der Begriff „ordentlicher Wohnsitz“ in allen seinen grammatikalischen Formen durch den Begriff „Hauptwohnsitz“ in der jeweils entsprechenden grammatikalischen Form ersetzt wird, sofern der Begriff „ordentlicher Wohnsitz“ nicht bis zum Ablauf des 31. Dezember 1995 durch den Begriff „Wohnsitz“ ersetzt wird.

Zur Wortinterpretation des § 45 Abs. 4 StVO 1960 durch den Verwaltungsgerichtshof erlaube ich mir als einer der Väter des Hauptwohnsitzgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Politische Zielsetzung des Hauptwohnsitzgesetzes war es, einen Wohnsitzbegriff zu schaffen, der objektiv feststellbar ist und der als Anknüpfungspunkt für alle Rechte und Pflichten einer Person, die sich aus verwaltungsrechtlichen Vorschriften des Bundes oder der Länder ergeben, gelten sollte. Den Redaktoren



In Wien gibt's „Parkpickerl“ nur bei „Hauptwohnsitz“

Die Definition „Hauptwohnsitz“ zu eng ausgelegt

Zu Erlangung einer Parkerlaubnis in Kurzparkzonen (Parkpickerl) verlangen die Wiener Behörden das Vorliegen eines Hauptwohnsitzes. Mag. Martin Hoffer, ÖAMTC-Rechtsexperte, stellte in seinem Artikel: Sind Zweitwohnsitzer in Wien „Menschen 2. Klasse“? (siehe *KOMMUNAL 9C/2008, Seite 38 f*) fest, dass für den ÖAMTC die Festlegung auf den Hauptwohnsitz zur Erlangung eines Parkpickerls zu weit gehe.

dieses Gesetzes war allerdings bewusst, dass die Grundaussage des Hauptwohnsitzbegriffes, nämlich, dass eine Person diesen dort hat, wo sie den Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehungen hat, auch auf mehrere Orte zutreffen kann. Demgemäß sieht die Begriffsdefinition vor, dass, wenn diese sachliche Voraussetzung bei einer Gesamtbetrachtung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbeziehungen eines Menschen auf mehrere Wohnsitze zutrifft, er jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen hat, zu dem er das überwiegende Naheverhältnis hat.

§ 45 Abs. 4 StVO 1960 verlangt für die Ausstellung des sogenannten Parkpickerls, dass der Antragsteller, der um eine solche Bewilligung einkommt, in der Kurzparkzone wohnt und dort auch den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen hat und ein persönliches Interessen nachweist, in der Nähe des Wohnsitzes zu

Auf Grund des Artikel 6 Abs 3 B-VG erkennt der Verfassungsgesetzgeber einer Person das Recht zu, auch mehrere Mittelpunkte ihrer Lebensinteressen zu haben, ... (objektive Komponente).



wirkl. Hofrat i.R.
Prof. Dr. Roman
Häußl ist Experte
für Gemeinderecht

parken. Diese Bestimmung enthält weder den Begriff des „ordentlichen Wohnsitzes“ noch des „Hauptwohnsitzes“. Ungeachtet dessen, fordern die Wiener Behörden jedoch das Vorliegen eines Hauptwohnsitzes. Diese Forderung ist überhaupt nur dann verständlich, wenn man den Begriff „Mittelpunkt seiner Lebensinteressen“ im § 45 Abs. 4 StVO 1960 mit dem Begriff „Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen“, wie er im Hauptwohnsitzgesetz und im Art 6 Abs 3 des Bundesverfassungsgesetzes normiert ist, gleichsetzt. Übersehen wird dabei offenbar aber, dass auf Grund des Artikel 6 Abs 3 B-VG der Verfassungsgesetzgeber einer Person das Recht zuer-

Dass der Antragsteller den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen, wie dies der Verwaltungsgerichtshof auf Grund einer reinen Wortinterpretation meint, nur an einem Wohnsitz haben kann, ist nach Erachten des Autors durch die Verfassungsbestimmung des Art 6 Abs. 3 B-VG als überholt anzusehen.

kennt, auch mehrere Mittelpunkte ihrer Lebensbeziehungen zu haben, sofern diese sachliche Voraussetzung bei einer Gesamtbetrachtung der beruflichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbeziehungen einer Person auf mehrere Wohnsitze zutrifft (objektive Komponente).

In diesem Fall hat sie jenen als Hauptwohnsitz zu bezeichnen, in dem sie ein überwiegendes Naheverhältnis hat (subjektive Komponente).

Eine der vorgenannten Verfassungsbestimmung vergleichbare Regelung enthält § 45 Abs. 4 StVO 1960 nicht, sondern genügt es danach lediglich, dass der Antragsteller in der Kurzparkzone wohnt und dort den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen hat. Was darunter zu verstehen ist, wird in der StVO nicht ausgeführt. Dass der Antragsteller den Mittelpunkt seiner Lebensinteressen, wie dies der Verwaltungsgerichtshof auf Grund einer reinen Wortinterpretation meint, nur an einem Wohnsitz haben kann, ist meines Erachtens durch die Verfassungsbestimmung des Art 6 Abs. 3 B-VG als überholt anzusehen, auch wenn das Hauptwohnsitzgesetz wie oben dargelegt nicht auf § 45 Abs 4 StVO 1960 Bezug nimmt.

Einer entsprechenden Bescheidbeschwerde beim Verfassungsgerichtshof sind daher durchaus gute Chancen einzuräumen.



Die Republik ist neuer Eigentümer der Kommunalkredit Austria

Finanzen der österreichischen Gemeinden sind nicht in Gefahr

Die Kommunalkredit Austria hat einen neuen Eigentümer: Mit 99,78 Prozent wird der Bund Mehrheitsaktionär. Der Gemeindebund wird seinen Anteil von 0,22 Prozent zunächst behalten. Präsident Helmut Mödlhammer spricht von einer „annehmbaren Lösung für die Gemeinden“.

Die Republik Österreich übernimmt sämtliche Anteile an der Kommunalkredit, die bisher von der Volksbanken AG (VBAG)

Mit der staatlichen Übernahme trennt sich die Kommunalkredit, die rund 60 Prozent der österreichischen Gemeinden zu ihren Kunden zählt, von allen internationalen Geschäften und Beteiligungen.

und der Dexia gehalten wurden. Der Einstieg des Bundes erfolgte, da die weltweite Vertrauenskrise am Kapitalmarkt und Ausfälle von Banken zu einem Liquiditätsengpass bei der Kommunalkredit führte. Das Jahresergebnis wird durch diese Krise und in der Folge durch Abschreibungen stark belastet. Die Kommunalkredit ist die achtgrößte österreichische Bank und gehörte zu Europas größten Finanzierern auf dem kommunalen Sektor. Sie ist aufgrund der internationalen Finanzkrise schwer ins Trudeln geraten. Rund 60 Prozent der heimischen Gemeinden stehen in Geschäftsbeziehung zur ihr, die Bilanz-

summe betrug zuletzt mehr als 30 Milliarden Euro. Mit der staatlichen Übernahme trennt sich die Kommunalkredit auch von allen internationalen Geschäften und Beteiligungen und wird auf den österreichischen Markt reduziert. Zufrieden äußert sich Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer zur erzielten Ein-

gung über die Zukunft der Bank. „In so schwierigen Zeiten war es wichtig, dass sehr rasch gehandelt wurde“, so Mödlhammer. „Für die Gemeinden wurde ein annehmbares Ergebnis erzielt.“

Dank an alle Beteiligten

Besonderen Dank spricht Mödlhammer allen beteiligten Verhandlern aus: „Sowohl vonseiten der Bank, als auch vonseiten des Finanzministeriums wurde sehr rasch und ergebnisorientiert verhandelt. Ich glaube daran, dass damit die Zukunft dieser für die Gemeinden so wichtigen Bank gesichert ist.“ Explizit

Fact-Box: Was bedeutet die Verstaatlichung für Gemeinden?

Derzeit bleibt alles beim Alten

Was geschieht mit laufenden Krediten?

Für laufende Kreditgeschäfte von Gemeinden mit der Kommunalkredit kommt es vorerst zu keinen Änderungen. Die Kommunalkredit besteht weiterhin als Bank und wird von den neuen Eigentümern weiterhin betrieben.

Wie sieht es mit künftigen Krediten aus?

Für Kreditgeschäfte in der Zukunft sind Vorhersagen sehr schwer möglich. Die internationale Finanzkrise wirkt sich sehr stark auf alle Kreditprodukte aller heimischen Banken aus. Die Kommunalkredit soll

auch unter den neuen Eigentümern wesentliches Finanzierungsinstrument für die heimischen Gemeinden bleiben.

Wie läuft die Abwicklung der Umweltförderungen künftig?

Die Kommunal Public Consult (KPC) hat bislang die Umweltförderungen des Bundes für Gemeinden treuhänderisch für die Republik Österreich abgewickelt. Daran soll sich auch künftig nichts ändern. Ansuchen für Projekte der Siedlungswasserwirtschaft oder der Altlastensanierung können auch weiterhin an die KPC gerichtet werden.



Die Versorgung der österreichischen Gemeinden und anderer öffentlicher Institutionen mit günstigen Krediten war bis zum nicht vorhersehbaren Zusammenbruch des Welt-Finanzmarktes nie in Gefahr.

bedankt sich Mödlhammer bei Finanzminister Wilhelm Molterer: „Der Finanzminister hat damit die Verantwortung der Republik für die künftige Investitionstätigkeit der Gemeinden wahrgenommen. Wir wissen das sehr zu schätzen.“

zers ausgesprochen hat. Aber angesichts der neuen Eigentümerstruktur und der neuen Basis, die für die Kommunalkredit gelegt wurden, werde vom neu zu installierenden Aufsichtsrat „ganz massiv verlangt werden, dass die Kommunalkredit in eine solide Zukunft geht. Dies ist eine Voraussetzung, damit die Bank ihre Aufgabe als wesentliches Finanzierungsinstrument vor allem für Gemeinden und Länder, aber auch für andere öffentliche Finanzierungsnotwendigkeiten erfüllen kann“, so Molterer.

Der Vizekanzler bezeichnet die Verstaatlichung der achtgrößten österreichischen Bank im Rahmen des österreichischen Bankenpakets als „neue, tragfähige Lösung“.

Das bisherige Geschäftsmodell mit den Beteiligungen der Volksbanken AG und der Dexia sei aufgrund der dramatischen Entwicklung am Welt-Finanzmarkt nicht mehr haltbar gewesen.

Die Verhandlungsergebnisse im Detail

► Die Anteile von Dexia und VBAG an der Kommunalkredit werden für je einen Euro an den Bund übertragen. Damit hält der Bund künftig 99,78 Prozent an der Kommunalkredit. Der Gemeindebund bleibt bis auf weiteres Aktionär mit 0,22 Prozent der Anteile.

► Dexia und VBAG verpflichten sich, als Eigentümerleistung das Kapital der Kommunalkredit zu

stärken und Teile ihres unbesicherten Obligos in Partizipationskapital umzuwandeln. Für die VBAG bedeutet das einen Anteil von 173 Millionen Euro. Auf die Dexia entfällt beim Partizipationskapital ein Anteil von 200 Millionen Euro. Das Partizipationskapital soll mit einer Dividende von acht Prozent ausgestattet werden und wird für die Dauer von mindestens fünf Jahren gewährt. Durch diese Maßnahmen sowie durch zusätzliche Eigenmittel des Bundes steigt die Kernkapitalquote der Kommunalkredit auf acht bis neun Prozent.

► Das bestehende besicherte Ob-

Sowohl vonseiten der Bank, als auch vonseiten des Finanzministeriums wurde sehr rasch und ergebnisorientiert verhandelt. Ich glaube daran, dass damit die Zukunft dieser für die Gemeinden so wichtigen Bank gesichert ist.

Helmut Mödlhammer spricht allen beteiligten Verhandlern seinen besonderen Dank aus

ligo der Dexia bei der Kommunalkredit bleibt bis 30. Juni 2010 als Einlage in der Bank und stärkt somit die Liquidität.

► Die Kommunalkredit-Anteile von 49,16 Prozent an der Dexia Kommunalkredit Bank (DKB) werden um einen Euro an die Dexia übertragen. Durch die vollständige Entflechtung entfallen jegliche Haftungen der Kommunalkredit gegenüber der DKB.

► Die Republik stellt mit Haftungen sicher, dass die Kommunalkredit über die nötige Liquidität verfügt. VBAG und die Dexia geben Haftungserklärungen für eventuell noch nicht bekannte Risiken in der Kommunalkredit ab. Über die Haftungssumme wurde Stillschweigen vereinbart.

Gemeindebund-Kommentar

Das vorläufige Ende eines Geschäftsmodells

Der Zusammenbruch der Kommunalkredit und die darauf folgende Übernahme durch den Staat haben einen wesentlichen Grund: Die internationale Finanzkrise und der Vertrauensverlust zwischen den Banken selbst. Die Kommunalkredit hat bis dahin – also über fünf sehr erfolgreiche Jahrzehnte – den Gemeinden einzigartige Konditionen geboten und damit viel für die Gemeinden getan. Grundlage des Geschäftsmodells war, dass die Bank sich über den internationalen Kapitalmarkt Geld zu günstigen Konditionen geliehen hat und diese günstigen Bedingungen an die Gemeinden weitergab. Davon haben fast alle heimischen Gemeinden profitiert, mit diesem Geld, diesen Krediten wurden tausende Projekte der Infrastruktur errichtet.

Dass die Grundlage dieses Geschäftsmodells nun vorerst nicht mehr existiert ist eine Folge der Turbulenzen auf den weltweiten Finanzmärkten. Über fünf Jahrzehnte hinweg hat die Kommunalkredit ihren Gründungsauftrag bestens und sehr korrekt erfüllt. Der Entschluss, die Kommunalkredit in sehr kurzer Zeit zu verstaatlichen, ist der Versuch, den Gemeinden auch künftig gute Konditionen bei der Kreditaufnahme zu sichern.

Der Österreichische Gemeindebund begrüßt unter den gegebenen Umständen die Übernahme durch den Bund. Wir wissen, wie wichtig es für die Gemeinden ist, einen soliden Finanzpartner an ihrer Seite zu wissen. Gerade in den nächsten Jahren wird es besonders wichtig sein, dass die öffentliche Hand – also auch die Gemeinden – ihre Rolle als Investoren wahrnehmen. Der Österreichische Gemeindebund wird alles dazu beitragen, dass dafür die notwendigen Finanzierungsinstrumente zur Verfügung stehen.

*Dr. Robert Hink,
Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes*

Gemeinden steht ein schwieriges Jahr bevor

Gemeindefinanzen: Die guten Jahre sind vorerst vorbei

Die internationale Finanzkrise und der daraus resultierende Konjunkturerinbruch werden auch direkte Auswirkung auf die Finanzen der Gemeinden im Jahr 2009 haben. Zudem wird ab 2009 die jährlich aktualisierte Bevölkerungszahl für die Berechnung der Ertragsanteile herangezogen. Geplant ist weiters die Vorziehung der Steuerreform in das Jahr 2009.

Dr. Robert Hink
Prof. Dietmar Pilz

Die österreichischen Gemeinden stehen vor einem schwierigen Jahr. In den vergangenen Jahren wurden zwar die Aufgaben, die Gemeinden zu erfüllen hatten,

immer mehr, selbst in diesen Jahren hat das Geld aber oft vorn und hinten nicht gereicht. Immerhin sind jedoch in den letzten beiden Jahren die Ertragsanteile deutlich gestiegen.

Mit dem Paktum für den Finanzausgleich ab dem Jahr 2008 werden die Gemeinden bis 10.000 Einwohner ab dem Jahr 2011 zusätzlich 100 Millionen Euro frisches Geld bekommen.

Das Jahr 2009 wird zuvor noch viele Veränderungen für die Gemeindebudgets bringen. Seit der im FAG 2008 gesetzlich geregelten jährlichen Anwendung der Bevölkerungszahl der Statistik Austria als der zentrale Parameter für die Verteilung der Gemeindeertragsanteile ab 2009 (nur in den Jahren 2009 und

2010 wird die Bevölkerungsstatistik zum 31.10.2008 herangezogen, ab dem Jahr 2011 bildet die Bevölkerungsstatistik zum 31.10.2008 des jeweils vorletzten Jahres die Verteilungsbasis) gehören die bisher alle zehn Jahre im Rahmen der amtlichen Volkszählungen erhobenen Einwohnerdaten für das Verteilungssystem des Finanzausgleiches des Vergangenheit an. Um sich über die Auswirkungen dieser an dem Jahr 2009 geltende Neuregelung ein Bild machen zu können, wurden die für das Jahr 2009 prognostizierten Gemeindeertragsanteile mit dem Zwischenergebnis der Bevölkerungsstatistik per 1.1.2008 verknüpft und daraus die abgestuften Ertragsanteile je Einwohner und Größenklasse länderspezifisch berechnet.

Die in der nachstehenden Übersicht abgebildeten abgestuften Ertragsanteile je Einwohner und je Größenklasse berücksichtigen bereits die Steuerprognose für 2009 (also die Entwicklung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben aufgrund des zu erwartenden Konjunkturrückganges,



votr. Hofrat Dr. Robert Hink ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes



Prof. Dietmar Pilz ist Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes



Abweichungen von den dargestellten Daten werden dann eintreten, wenn ausgelöst durch die internationale Finanzkrise die Konjunktur dynamik gebremst wird und damit einhergehend die Prognose der Ertragsanteilvorschüsse nach unten revidiert wird.

ausgelöst durch die internationale Finanzkrise) sowie die für die für das Jahr 2009 geplante Steuerreform ebenso, wie die vom Nationalrat noch vor dessen Neuwahl beschlossenen Maßnahmen.

Mit den dargestellten abgestuften Ertragsanteilen je Einwohner (Verbuchung unter 2/925 + 8594) ist es jedenfalls für jede Gemeinde möglich, diese Einnahmen für das Jahr 2009 doch

annähernd prognostizieren zu können.

Auch insgesamt sind die Zeiten, in denen die Ertragsanteile um sieben oder acht Prozent jährlich gestiegen sind, leider vorbei. Die zweite Grafik zeigt jene Summen, mit denen die Gemeinden eines Bundeslandes insgesamt im Jahr 2009 rechnen können, wobei auch hier der sich bereits abzeichnende Konjunkturabschwung sowie die für

2009 in Aussicht genommene vorgezogene Steuerreform eingebaut sind. Es ist im Schnitt mit einem Rückgang von 1 % gegenüber den Ertragsanteilen 2008 zu rechnen. Genauen Aufschluss für die Gemeindefinanzen wird der Gemeindefinanzbericht geben, der im Dezember präsentiert werden soll. Er basiert auf den Rechnungsab-schlüssen der Gemeinden für das Kalenderjahr 2007.

Diese Ertragsanteile enthalten die jeweilige Zwischenabrechnung der Vorjahre, den Getränkeabgabeausgleich, den Anteil an der Werbeabgabe, sowie die im Jahr 2008 bereits getroffenen steuerlichen Maßnahmen, wie die Erhöhung des Pendlerpauschales und die Anhebung des Kilometergeldes. In den Daten des Jahres 2008 sind auch die Auswirkungen des Finanzausgleiches ab 2008, wie zum Beispiel die Halbierung des Konsolidierungsbeitrages enthalten, jedoch ohne Auswirkungen der Abschaffung der Selbstträgerschaft. Berücksichtigt ist im

Jahr 2009 bereits die Anwendung der Bevölkerungsstatistik der Statistik Austria mit vorläufigen Werten zum Stichtag 1.1.2008.

Vorschau Ertragsanteile¹ 2008 und 2009

	2008	2009
Burgenland	206,7	204,6
Kärnten	515,9	510,7
Niederösterreich	1.300,5	1.287,5
Oberösterreich	1.253,0	1.240,5
Salzburg	554,3	548,7
Steiermark	1.014,9	1.004,7
Tirol	678,2	671,6
Vorarlberg	361,3	357,7
Wien	1.995,2	1.975,2
Summe	7.880,0	7.801,2

Beträge in Millionen Euro

Abgestufte Ertragsanteile pro Einwohner (in Euro für 2009¹)

	Bgld.	K	NÖ	OÖ	Szbg.	Stmk.	Tirol	Vlbg.
bis 10.000	554	568	584	598	557	560	647	676
10.001 – 20.000	741	632	657	664	749	623	719	351
20.001 – 50.000	–	757	779	797	–	746	719	751
über 50.001	–	884	909	931	1.023	871	1.007	–

1) Daten BMF: Prognose Ertragsanteile für 2009



DI Peter Gattermann 1954 – 2008

Wir trauern um MR DI Peter Gattermann, Direktor des Österreichischen Instituts für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS), der am 30. Oktober 2008 54-jährig völlig unerwartet verstorben ist.

DI Peter Gattermann ist 1984 in das ÖISS eingetreten und hat anfangs das Referat Sportstättenbau betreut; 1998 hat er die Leitung des Instituts übernommen. Er hat dabei die Tradition des Hauses fortgesetzt und gleichzeitig innovative Wege beschritten, neue Themenbereiche eröffnet und das Institut national und international nachhaltig positioniert.

Über sein Wirken im ÖISS hinaus ist er als Künstler und Karikaturist sowie als erfolgreicher Vielseitigkeitsreiter und Fachmann des Pferdesports bekannt und anerkannt.

Das ÖISS verliert mit Peter Gattermann eine menschlich und fachlich herausragende Persönlichkeit, die das Institut nachhaltig geprägt hat. Er war speziell in Hinblick auf Einsatz, Engagement und Teamgeist ein beispielgebendes Vorbild. Unvergesslich bleiben seine positive Aura, seine Liebenswürdigkeit und seine Hilfsbereitschaft.

Im Bemühen den durch ihn vorgezeichneten Weg weiterzugehen.

*Das Österreichische Institut für
Schul- und Sportstättenbau*

Gemeinden verlieren wichtigen Freund

Mit Peter Gattermann verlieren die österreichischen Gemeinden einen wichtigen Freund, Unterstützer und Experten.

Die Gemeinden sind ja vielfach die Hauptzuständigen für die Errichtung und Wartung von Sportstätten. Gattermann war immer ein großer Verfechter von Qualität, billige Lösungen hat er abgelehnt. Seine Arbeit im ÖISS war von unschätzbarem Wert für alle, die in diesem Bereich tätig waren. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie, seinen Freunden und seinen Kolleginnen und Kollegen im ÖISS.

*votr. HR Dr. Robert Hink
(Generalsekretär des Österreichischen
Gemeindebundes)*

Dr. Helmut Zilk

1927 – 2008

Der frühere Wiener Bürgermeister Dr. Helmut Zilk, eine der schillerndsten Personen in der österreichischen Politik, ist am 24. Oktober 2008 im Alter von 81 Jahren an Herzversagen verstorben. Als wortgewaltiger Politiker und wahrer Streiter für die Anliegen der Städte und Gemeinden prägte er die vergangenen Jahrzehnte wie wenige andere.

„Der Österreichische Gemeindebund ist sich dessen bewusst, dass die Leistungen von Dr. Zilk als Präsident des Österreichischen Städtebundes von historischer Bedeutung für die beiden kommunalen Spitzenverbände in Österreich waren und noch immer sind. Eine der größten Errungenschaften der Österreichischen Gemeinden wurde von ihm mitgetragen, nämlich als der Gemeindebund und der Städtebund im Jahr 1988 in der Bundesverfassung verankert wurden. Er war auch maßgeblich an der Integrationsarbeit der Österreichischen Kommunen am Vorabend des EU-Beitrittes beteiligt, wobei es auch auf seine Initiative zurückzuführen ist, dass die internationale Vertretung der österreichischen Kommunen auf EU und Europaratssebene neu geordnet wurde.

Helmut Zilk war ein Politiker, der für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger immer ansprechbar war, ein Bürgermeister zum Anfassen, entgegen aller Risiken. Der Tatsache zum Trotz, dass er der Bundeshauptstadt vorstand, hatte er auch immer Verständnis für die Sorgen und Anliegen der Bürgermeister kleinerer Gemeinden.

Sein Ableben hinterlässt eine große Lücke. Wir hoffen, dass sein Amtsverständnis, sein Engagement und sein Enthusiasmus für die Menschen in den Kommunen zum Vorbild vieler junger Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden.“

*Bgm. Helmut Mödlhammer
(Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)*

*votr. HR Dr. Robert Hink
(Generalsekretär des Österreichischen
Gemeindebundes)*



Neben zahlreichen Veranstaltungen in den Bundesländern diskutierten beim Wiener Event „Showtime“ die Sozialpartner und Unternehmensvertreter gemeinsam mit Staatssekretärin Christine Marek im Rahmen einer Enquete zum Thema „Job mit Zukunft? Zukunft mit Job!“.



„Tag der Lehre“ 2008 - Starkes Signal für die Qualität in der Lehre

Das Image der Lehre muss gehoben werden

Nach dem erfolgreichen Start im vergangenen Jahr fand am 16. Oktober 2008 bereits zum zweiten Mal der österreichweite „Tag der Lehre“ statt. Wirtschafts- und Arbeitsstaatssekretärin Christine Marek, die Initiatorin dieses Projekts, zeigte sich angesichts der zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen und Berichte in ganz Österreich begeistert.

„Auch heuer konnten sich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und alle Interessierten im Rahmen zahlreicher Events in ganz Österreich wieder über die umfangreichen Berufschancen durch eine Lehre informieren. Gemeinsam mit unseren Partnern aus der Wirtschaft, den Wirtschaftskammern, dem AMS und der Industriellenvereinigung wollten wir an diesem Tag ganz bewusst ein starkes Signal für die Qualität in der Lehre setzen, denn schließlich sind die Lehrlinge von heute die nachgefragten Facharbeitskräfte von morgen“, so Staatssekretärin Christine Marek.

Angesichts des aktuellen Fachkräftemangels sowie der demografischen Entwicklung ist es eine wesentliche Herausforderung für Politik und Wirtschaft, leistungsstarke Jugendliche für eine Lehre zu begeistern. Leider wird in der öffentlichen Diskussion ein Lehrabschluss immer noch viel



Staatssekretärin Christine Marek (Mitte) mit den Siegern des „Fit for Future“ Wettbewerbs.

geringer bewertet als eine Matura. „Das wollen wir mit Aktionen wie dem ‘Tag der Lehre’ ändern. Das Image der Lehre muss gehoben werden“. Neben zahlreichen Veranstaltungen in den Bundesländern diskutierten beim Wiener Event „Showtime“ die Sozialpartner und Unternehmensvertreter gemeinsam mit Staatssekretärin Christine Marek im Rahmen einer Enquete zum Thema

„Job mit Zukunft? Zukunft mit Job!“. „Die Lehre ist gerade im Umfeld einer schwächeren Konjunkturentwicklung ein krisensicherer Ausbildungsweg“, betonte Marek dabei. „Die Arbeitslosenquote von Lehrabsolventen lag 2007 mit 3,4 Prozent deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 4,4 Prozent und auch besser als unter AHS-Maturanten mit 5,9 Prozent. Dennoch haftet der Lehre in der Bevölkerung teilweise das Image an, ein Ausbildungsweg für weni-

Staatspreis
„Beste Lehrbetriebe“

„Fit for Future“ – Die Sieger

- ▶ Kategorie bis 19 Mitarbeiter/innen: Schmuck & Uhren Ute Habenicht in Klagenfurt
- ▶ Kategorie 20 bis 249 Mitarbeiter/innen: KWB - Kraft und Wärme aus Biomasse GmbH in St. Margarethen/ Raab (Steiermark)
- ▶ Kategorie ab 250 Mitarbeiter/innen: SPAR Österreichische Warenhandels-AG
- ▶ Sonderpreis „Integrative Berufsausbildung“: Diakonie Kärnten, Integrationsbetriebe in Klagenfurt



Fotos: © Thule G. Jug

ger leistungsstarke Jugendliche zu sein. Dies entspricht nicht der Realität, hier muss die Politik ansetzen.“

Staatspreis „Beste Lehrbetriebe – Fit for Future“

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Wirtschafts- und Arbeitsstaatssekretärin war es, am „Tag der Lehre“ auch die Vielfalt der Lehrberufe zu kommunizieren und jene Firmen und Institutionen „vor den Vorhang“ zu bitten, die einen wichtigen Beitrag zur dualen Ausbildung leisten. Aus diesem Grund wurden heuer zum ersten Mal im Bereich der Lehrlingsausbildung besonders erfolgreiche Unternehmen mit dem Staatspreis „Beste Lehrbetriebe – Fit for Future 2008“ ausgezeichnet.

„Die 217 Einreichungen haben gezeigt, dass die qualitativ hochwertige betriebliche Lehrlingsausbildung in sehr vielen Unternehmen bereits gelebte Realität ist. Diese Auszeichnung stellt eine Anerkennung der besonderen Leistungen im Bereich der Lehrlingsausbildung dar. Ich hoffe, dass alle Preisträger als Vorbilder wirken und viele Nachahmer finden, denn die Lehrlinge von heute sind die Fachkräfte, die wir morgen dringender denn je brauchen werden, um Österreich auch weiterhin als Qualitätsstandort im globalen Wettbewerb erfolgreich positionieren zu können“, so Marek im Rahmen der feierlichen Übergabe der Trophäen, die ebenfalls von Lehrlingen gestaltet wurden. Details und Fotos zum „Tag der Lehre“ bzw. dem Staatspreis „Beste Lehrbetriebe – Fit for Future“ finden Sie unter www.lehre-plus.at und www.bmwa.gv.at

EU-Programm: „Europa für BürgerInnen“

Zuschüsse für EU-Gemeindepartnerschaften

Im Rahmen der Aktion 1 – „Aktive BürgerInnen für Europa“ des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ werden mittels verschiedener Maßnahmen Förderungen an Projekte im Zusammenhang mit Gemeinde- und Städtepartnerschaften vergeben. Ziel ist es, Menschen aus ganz Europa zusammenzubringen.

2008 haben 21 österreichische Städte und Gemeinden eine Förderung für Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften (Maßnahme 1.1.) beantragt.

Die folgenden 13 Gemeinden werden mit einer Gesamtsumme von 88.085,19 Euro gefördert:

- **Niederösterreich:** Eggenburg, Höflein, Rastenfeld, Furth bei Göttweig, Dorfstetten
- **Steiermark:** Las-sing, Weissenbach bei Liezen, Deutschfeistritz
- **Kärnten:** Ferlach, Moosburg
- **Oberösterreich:** St. Georgen am Walde, Peuerbach
- **Salzburg:** Hüttschlag

Im Rahmen der thematischen Netzwerke zwischen Partnerstädten (Maßnahme 1.2.) werden beide eingereichten Projekte aus Österreich – Schladming (Stmk.) und Bruck an der Mur (Stmk.) – mit insgesamt 39.433,50 Euro unterstützt. Der Steiermärkische Gemeindebund erhält als eines von europaweit 16 geförderten

Projekten im Rahmen der flankierenden Maßnahmen für Städtepartnerschaften (Maßnahme 2.2.) einen Zuschuss in der Höhe von 44.480 Euro. Nähere Infos über das Programm finden Sie unter http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.htm

Best Practice: Bruck an der Mur

Wie die Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten umgesetzt wird, zeigt die Stadt Bruck an der Mur. Mit ihrer Internationalen Frauenkonferenz, die am 25. und 26. November 2008 in Bruck an der Mur stattfand, strebt die steirische Stadtgemeinde einen verstärkten Austausch mit den Partnerstädten in Deutschland, Frankreich und Italien durch Bildung eines

effizienten Netzwerkes an, andererseits soll durch diese Konferenz eine breite Öffentlichkeit für diese Thematik sensibilisiert werden.



Bei der Internationalen Frauenkonferenz konnte sich die Stadt Bruck an der Mur mit all ihren Partnerstädten austauschen.

Kontakt

Europe for Citizens
Point Austria
Dr. Sigrid Olbrich
Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur
EU-Kulturangelegenheiten
(IV/8)
Tel.: 01 / 53120 / 7695
E-Mail: sigrid.olbrich@bmukk.gv.at

Gemeinden warnen vor dramatischer Bevölkerungsentwicklung

Gemeinden sind Grundsteine des Gebäudes „Europa“

Das Netzwerk europäischer Gemeinden und Kleinstädte ist erst ein Jahr alt und umfasste bei seiner zweiten Zusammenkunft am 30. und 31. Oktober in Budapest schon Vertreter von acht Nationen. KOMMUNAL berichtet, dass das Kleinstädtenetzwerk vereinfachten Zugang von Förderungsmitteln aus dem Regionalentwicklungsfonds verlangte.

Kommunale Entscheidungsträger aus Deutschland, Spanien, Frankreich, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien und Österreich trafen sich zu einem Gedankenaustausch zu den Themen Regionalentwicklung und Daseinsvorsorge in der ungarischen Hauptstadt. Der Österreichische Gemeindebund war mit seinen Repräsentanten auf internationaler Ebene, Bgm. Erwin Mohr aus Wolfurt und Bgm. Arnold Marbek aus Poggersdorf vertreten. Die Vertreter des Gemeindebundes betonten die Bedeutung internationaler kommunaler Netzwerke. Eine gemeinsame Positionierung kommunaler Interessen muss zum Ziel haben, die europäischen Politiken an die Bedürfnisse der Gemeinden zu erinnern und die kommunale Stimme zu stärken. Die Gemeinden sind nicht nur Vermittler einer europäischen Identität, sondern die ersten Gestalter des Raumes, sie haben in ganz Europa die Aufgabe, Lei-

stungen der Daseinsvorsorge (Dienstleistungen von allgemeinem Interesse) anzubieten und den Lebensraum mit einem entsprechenden Maß an Sicherheit und Lebensqualität auszustatten. Sie stehen mitten in der Umset-

Das Potenzial der interkommunalen Zusammenarbeit soll vor allem in der Daseinsvorsorge genutzt werden. Fehlgeleitete Wettbewerbshüter dürfen diese effizienzsteigernde Kooperation nicht verhindern.

zung nationaler und europäischer Anstrengungen etwa im Bereich der Umweltpolitik und Regionalentwicklung. Sie sind daher wie kaum andere mit den globalen Herausforderungen und Megatrends der kommenden Jahrzehnte konfrontiert.

Bgm. Mohr wies auf die dramatischen Auswirkungen der demografischen Entwicklung für die

Gemeinden hin, die in den ländlichen Regionen durch Abwanderung der Jungen noch potenziert wird. Kooperation und Vernetzung werden die Schlüsselbegriffe der kommenden Jahre sein. Die EU muss die Gemeinden auch kooperieren lassen und dürfe die den Kommunen überantworteten Leistungen, die ja Standortfaktoren sind, nicht durch falsch verstandenen Wettbewerb verkomplizieren. Besonders für die Gemeinden im ländlichen Raum werde daher ein erleichterter Zugang zu den Förderungen der Strukturfonds verlangt. Mohr stellte überdies fest, dass sich die Evaluierung der Effizienz der Regionalentwicklungsfonds bisher zu sehr auf ökonomische Parameter orientiert hatte (Produktivität, Arbeitsmarktlage, regionales Wirtschaftswachstum, ...); die demografische Herausforderung wird es aber erforderlich machen, dass Parameter der Sozialorientierung und der Nachhaltigkeit einfließen müssen. Im Abschlussdokument der Konferenz von Budapest wurde die Forderung eines kommunalen Spielraumes bei den Dienstleistungen von allgemeinem Interesse verlangt. Das Potenzial der interkommunalen Zusammenarbeit soll vor allem in der Daseinsvorsorge genutzt werden. Fehlgeleitete Wettbewerbshüter



Es muss florierende kleine Gemeinden in Europa geben, um Europa als Ganzes wettbewerbsfähiger zu machen und es für seine globalen Herausforderungen zu rüsten.

Ein italienischer Vertreter brachte die Kernaussage auf den Punkt

dürfen diese effizienzsteigernde Kooperation nicht verhindern. Ein italienischer Vertreter brachte es damit auf den Punkt, dass es florierende kleine Gemeinden geben müsse, um Europa als Ganzes wettbewerbsfähiger zu machen und für seine globalen Herausforderungen zu rüsten. Weiteres Thema des Treffens war die Rolle der Gemeinden in der nachhaltigen Entwicklung, Umwelt- und Klimapolitik. Einen bedeutenden und sehr kompetenten Beitrag dazu lieferte der Staatssekretär im ungarischen Umweltministerium László Dióssy, der die ungarische nationale Umweltstrategie bis 2020 und die verstärkten Bemühungen zum Umstieg auf erneuerbare Energien darstellte. Als langjähriger Bürgermeister der Stadt Veszprém und Mitglied des Ausschusses der Regionen konnte er seine ganze kommunalpolitische Erfahrung dabei einbringen. Das Gemeinde- und Kleinstädtenetzwerk verabschiedete

schließlich eine Deklaration, die von dem Gedanken eines Europas, das auf dem Fundament der Gemeinden auf-

baut, geleitet ist. Die fundamentale Rolle der Gemeinden wird auch vom Vertrag von Lissabon festgeschrieben, in der die Gemeinde als kleinste staatliche Ebene, aber auch als autonom verwaltete gesellschaftliche Grundstruktur verankert wird. Die Kommunalvertreter dazu im O-Ton der Deklaration von Budapest:

„Gemeinden und Kleinstädte haben eine unbestrittene Legitimität. Sie sind bürgernah, Orte der lokalen Demokratie und sie gewähren direkten und humanen Zugang zu den Verwaltungseinrichtungen. Sie sind ein grundlegendes Element des Gebäudes Europa und sie tragen dazu bei, Europa seinen Bürgern näher zu bringen. Dazu ist es von grundlegender Bedeutung, die Wettbewerbsfähigkeit und den territorialen Zusammenhalt zu stärken und Identität, Kultur und Traditionen in den Vordergrund zu rücken.“

Mag. Nicolaus Drimmel

EU-Patientenrichtlinie

Auswirkungen auf Gemeinden?

Im Rahmen einer ad-hoc Arbeitsgruppe diskutierte der RGRE Ende September über die Auswirkungen der sog. Patientenrichtlinie auf die kommunale Ebene. Die Richtlinie über grenzüberschreitende Gesundheitsdienstleistungen will eine Rechtslücke schließen, die in den letzten Jahren vom EuGH Fall für Fall gestopft wurde. Hauptsächlich befasst sie sich mit den Rechten jener Patienten, die Gesundheitsdienstleistungen in einem anderen EU-Staat in Anspruch nehmen.

Da in zahlreichen Staaten die Gesundheitsfinanzierung allein oder hauptsächlich den Kommunen obliegt, entwickelte sich im RGRE eine interessante Debatte. Einige der Fragen sollten auch in Österreich näher unter die Lupe genommen werden. Die österreichischen Gemeinden sind von den Bestimmungen der Richtlinie zwar nur am Rande betroffen, dennoch ist es ratsam, die Entwicklung weiter zu verfolgen und auch als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.

Finnland: Partei „Kokoomus“ konnte sich in größeren Städten durchsetzen

Konservative siegten bei Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Finnland sind erstmals die Konservativen (Kokoomus) als Sieger hervorgegangen. Sie kamen auf 23,4 Prozent und liegen damit vor den Sozialdemokraten mit 21,2 Prozent. Die Zentrums- partei von Ministerpräsident Vanhanen, Koalitionspartner der Konservativen, rutschte auf den dritten Platz und musste sich mit 20,1 Prozent zufrieden geben. Große Zugewinne konnte für finnische Verhältnisse die populistische Partei „Wahre Finnen“ machen: Sie verbesserte ihren Anteil um 4,5 Prozent und kam auf 5,4 Prozent. Die Christ-



Foto: cache.daylife.com

Mit 23,4 Prozent trug Parteichef Jyrki Katainen den Sieg davon.

lichen Demokraten behielten ihr Gewicht und landeten bei 4,2 Prozent. Insgesamt zeigte sich ein Trend zur rechten Mitte und zu einer Zustimmung gegenüber Parteien, die sich verjüngt und erneuert präsentierten. Dies gilt vor allem für Kokoomus-Chef Jyrki Katainen – er hat sich als

Stv. Ministerpräsident und Finanzminister auch in der schwierigen Lage von Wirtschaft und Finanzen Vertrauen erworben. Wahlkampf-Themen waren neben der Finanzkrise die Gemeinde-Finanzen, Arbeitsplatzsicherheit und das Gesundheitssystem.

Gemeindeentwicklung in Zentraleuropa

Wie können Gemeinden grenzüberschreitend voneinander lernen

Die Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Union (EU) stellt diese nicht nur auf gesamtstaatlicher Ebene vor große Herausforderungen. Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen geeignete Strategien auch von den Gemeinden mitgetragen werden. Dazu gehört die Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) vor Ort.

Josef Mugler, Stephan Loidl,
Matthias Fink, Richard Lang und
Slawomir Teodorowicz

Die vorliegende Publikation „Zentraleuropäische Gemeindeentwicklung“ ist die logische Fortsetzung der 2006 erschienenen Studie „Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum“ (siehe auch *KOMMUNAL 9C/2006, Seiten 52 ff.*). War das damalige Werk ge-

prägt von der Erkenntnis, dass Klein- und Mittelbetriebe die wichtigsten Träger der Wirtschaft in ländlichen Räumen darstellen und dass Gemeinden die Rahmenbedingungen für diese Unternehmen aktiv mitgestalten können, so untersucht die aktuelle Studie die Anwendung der österreichischen Erfolgsrezepte auf die ländlichen Gemeinden der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer

Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien.

Die Arbeit beschäftigt sich in erster Linie mit der Übertragbarkeit von Know-how im Bereich wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf Gemeindeebene über nationale Grenzen hinweg. Es wird deutlich, dass sich österreichische Erfolge nicht ohne Rücksicht auf die strukturellen Gegebenheiten in den untersuchten Nachbarländern verwirklichen lassen.

Fragebögen und Interviews sind die Grundlage

Zunächst wurden knapp 2000 Bürgermeister/innen und Gemeindemandatäre über Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Infrastruktur, Betriebsansiedlungen und Gemeindegemeinschaften befragt. Mit dieser Erhebung wurde eine wichtige Wissensgrundlage geschaffen, um gezielt persönliche



Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gemeinden ist in den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern oft noch nicht möglich. So wird der ländliche Raum in vielen Fällen an ausländische Investoren ausverkauft, solange der Standort noch billig ist. Verabschieden sich die Investoren wieder, bleibt eine Gemeinde ohne Arbeitsplätze und ohne die Fähigkeit zurück, die geschaffene Infrastruktur alleine instand zu halten.

Forschungsgespräche in ausgewählten Gemeinden durchführen zu können. Die aus der Analyse dieser Gespräche gewonnenen Erkenntnisse erlauben die Formulierung von 17 Thesen zur Übertragbarkeit österreichischer Erfolgsstrategien auf ländliche Gemeinden der

Die Arbeit beschäftigt sich in erster Linie mit der Übertragbarkeit von Know-how im Bereich wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf Gemeindeebene über nationale Grenzen hinweg.

mittel- und osteuropäischen Nachbarländer sowie die Ableitung von Handlungsbedarf für Entscheidungsträger auf beiden Seiten der Grenze.

Ein weiterer Aspekt dieser Untersuchung ist das politische Erbe der ausgewählten Länder. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Gemeinden ist

Statements aus den Interviews

„Als Bürgermeister nehme ich auch die Opposition ernst“

Lebenswelt Gemeinde

„Es gibt in der Gemeinde zwei Arten von Bürgern: Diejenigen, die hier leben, und diejenigen, die hier nur wohnen. Wenn die Zahl derer, die hier bloß wohnen, die Zahl derer, die hier leben, überwiegt, dann ist es der Anfang vom Ende der Gemeinde.“

„Die Jungen denken anders als die Alten. Die Ortsgemeinschaft sollte die Jungen ranlassen, die Alten kann man abschreiben.“

„Man vermisst Räume für Jugendliche. Einst gab es davon genug, jetzt gibt es für sie keinen Platz mehr.“

Politik

„Als Bürgermeister nehme ich auch die Opposition ernst. Wenn sie eine gute Idee haben, dann unterstütze ich diese, weil jede gute Idee realisiert werden soll.“

„Die älteren Entscheidungsträger haben darauf vergessen, Führungsverantwortung an die Jungen zu übertragen. Es gibt die 50- bis 60-jährigen Gemeindeverantwortlichen, aber die 20- bis 30-jährigen fehlen komplett.“

„Es gibt keine schriftlichen Koalitionsverträge. Es ist alles mündlich abgesprochen.“

„Demokratie hat irgendwo ihre Grenzen. Ist eine Sache einmal beschlossen, kann man nicht immer wieder fragen, ob es sich jemand anders überlegt hat.“

„Wenn man heute einen Gemeindegänger fragt, weiß er nicht einmal, was sich bei uns in der Gemeinde tut und erst recht nicht, was in der Nachbargemeinde los ist.“

Wirtschaft

„Es gibt keine Gründer, die nicht wissen, an wen sie sich mit Fragen wenden sollen. Wer nichts darüber weiß, fragt gar nicht erst an.“

„Wir Unternehmer fordern von der Gemeinde nichts und die Gemeinde fordert auch nichts von uns. Wir ma-

chen unsere Arbeit. Es gibt nichts, weswegen wir mit ihnen kommunizieren sollten.“

„Einst gab es hier das erste Kino in der Umgebung, das erste Schwimmbad und Telefon. Seit damals haben wir uns etwas ausgeruht.“

„In den kleinen Siedlungen findet man Zukunftstechnologien höchstens auf dem Niveau eines ferngesteuerten Garagentores.“

Tourismus

„Der Tourismus ist kein Geschäft. Reich werden kann man damit ganz sicher nicht.“

„Durch unsere Abgeschiedenheit haben sich hier Wissen und Traditionen erhalten, die anderswo vergessen sind. Im Informationszeitalter sind solche Orte extrem interessant, denn was gibt es Schöneres als in der Natur zu leben und kreativ zu arbeiten.“

„Wir sind keine touristische Gemeinde, sondern nur ein Ausflugsziel.“

Interkommunale Zusammenarbeit

„In den Nachbargemeinden gibt es Schulen mit einer handvoll Schülern. Ich habe vorgeschlagen, dass wir uns zusammuntun. Geht aber nicht. Ein Bürgermeister, der eine Schule schließt, wird nicht mehr gewählt.“

„In der Kleinregion sind Radwanderwege angelegt worden, die sich an den Gemeindegrenzen nicht treffen.“

„Die Flächenwidmungspläne der Gemeinden werden völlig autark erstellt. Auf der einen Seite ist dann ein Gewerbegebiet, auf der anderen Seite, eineinhalb Meter daneben, eine Wohnsiedlung.“

„Hier gibt es keine lange Tradition der regionalen Zusammenarbeit. Wenn früher zwei Gemeinden für sich etwas machen wollten, dann hat die Zentralregierung Angst bekommen, ob

► Fortsetzung auf Seite 35

dort oft noch nicht möglich, also wird der ländliche Raum in vielen Fällen an ausländische Investoren ausverkauft, solange der Standort noch billig ist. Verschieden sich die Investoren wieder, bleibt eine Gemeinde ohne Arbeitsplätze und ohne die Fähigkeit zurück, die geschaffene Infrastruktur alleine instand zu halten. Vor diesem Hintergrund müssen Gemeindekooperationen und Regionalpartnerschaften ein essentieller Bestandteil der nachhaltigen Kleinraumentwicklung werden, um Wettbewerbsvorteile aufzubauen und zu sichern. Aufgrund der

ausforderungen, sondern muss auch von den Gemeinden mit geeigneten Strategien getragen werden. Dazu gehört auch die Schaffung von förderlichen Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe vor Ort. Diese sind besonders im ländlichen bzw. strukturell benachteiligten Raum die treibende Wirtschaftskraft und stehen somit im Zentrum des Interesses der Regionalentwicklung. Das unmittelbare wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Umfeld, in dem Klein- und Mittelbetriebe tätig sind, erhält daher erhöhte

Aufmerksamkeit in Politik und Forschung. Durch die erfolgreiche Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe im ländlichen Raum

Von einer positiven Entwicklung der Volkswirtschaften der MOEN und stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen in diesen Ländern profitiert nicht nur die dortige Bevölkerung, sondern der gesamte Europäische Wirtschaftsraum und besonders Österreich.

großen Bedeutung landwirtschaftlicher und handwerklicher Betriebe in den ländlichen Räumen der untersuchten Länder geht es auch um die verstärkte Förderung branchenübergreifender Kooperationen zwischen den ansässigen Klein- und Mittelbetrieben. Daraus resultieren Chancen für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Produkte regionaler Herkunft. Es gilt auch in diesen Ländern: Kommunen brauchen engagierte, innovative und nach allen Seiten gesprächsbereite Bürgermeister/innen, Bürger/innen und Unternehmer/innen, die Willens sind, die Rahmenbedingungen und Grundlagen für eine erfolgreiche Wirtschaft in der Region zu schaffen. Wie dies funktionieren kann, soll dieses Buch zeigen.

Gemeinden müssen die Integration mittragen

Die Integration in die Europäische Union (EU) stellt die neuen Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa nicht nur auf gesamtstaatlicher Ebene vor große Her-

Es gilt auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas: Kommunen brauchen engagierte, innovative und nach allen Seiten gesprächsbereite Bürgermeister/innen, Bürger/innen und Unternehmer/innen.

kann die Kommunalpolitik wesentlich zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und damit zur Verbesserung der Beschäftigungssituation vor Ort beitragen. Eine positive Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe in ländlichen Gemeinden hat überdies auch direkten Einfluss auf die Lebensqualität der Bevölkerung. Zum Ersten führt beispielsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen zu einer Erhöhung der Haushaltseinkommen bzw. des Lebensstandards und zu einer geringeren Anzahl an Auspendlern. Zum Zweiten vergrößert sich durch einen stärkeren Zufluss an Abgaben der finanzielle Spielraum der Ge-

Eine positive Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe in ländlichen Gemeinden hat direkten Einfluss auf die Lebensqualität der Bevölkerung.

meinden für Förderprogramme und Infrastrukturinvestitionen. Dieses Zusammenspiel setzt im Idealfall eine positive Entwicklungsspirale in Gang, indem es infolge steigender Kommunalsteuereinnahmen zu einer kontinuierlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bevölkerung und Unternehmerschaft und damit zu einer steigenden Gesamtattraktivität der Gemeinde kommt.

Um eine zügige Heranführung der wirtschaftlichen Strukturen sowie der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer Österreichs (in der vorliegenden Studie Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien) zu fördern und damit die Integration dieser Staaten in den Europäischen Wirtschaftsraum zu beschleunigen, gilt es, die Gemeinden in diesen Ländern bei der Entwicklung adäquater wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Dafür braucht es eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit und einen Informations- und Know-howtransfer zwischen den Gemeinden Österreichs und den Gemeinden der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer. Von einer positiven Entwicklung der Volkswirtschaften

der MOEN und stabilen gesellschaftlichen Ver-



Foto: Buenos Dias

hältnissen in diesen Ländern profitiert nicht nur die dortige Bevölkerung, sondern der gesamte Europäische Wirtschaftsraum und hier insbesondere Österreich aufgrund seiner starken Außenhandelsverflechtungen mit diesen Ländern. Als Basis für einen erfolgreichen grenzüberschreitenden Know-howtransfer braucht es zuallererst Wissen über in Österreich erfolgreiche Maßnahmen für eine positive Ausgestaltung der Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen im ländlichen Raum. Denn je besser wir die Auswirkungen verschiedener Elemente der Kommunalpolitik auf die Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelunternehmen kennen, desto zielgerichteter können wir Gemeinden im In- und Ausland unterstützen. Im Vorprojekt („Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum – Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe“ (Mugler/Fink/Loidl 2006)) wurde auf Basis eines ganzheitlichen Verständnisses den Ursachen für die unterschiedlichen Entwicklungsverläufe von österreichischen Gemeinden nachgegangen. In der Regel handelte es sich nicht um einfache, eindeutige Ursachen, sondern um komplexe Ursachengefüge. Erst auf Basis einer Rekonstruktion dieser Gefüge, die als ursächlich für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen positiver oder negativer Art in ländlichen Kleinräumen erkannt wurden, konnten Empfehlungen für Interventionen in die laufenden Entwicklungsprozesse gegeben werden. Es entstand eine Zusammenstellung von als Thesen formulierten Handlungsempfehlungen. Diese Thesen bilden die Ausgangsbasis für die aktuelle Untersuchung. Sie zielt darauf ab, die in Österreich als erfolgreich identifizierten wirtschaftsorientierten kommunalpolitischen Maßnahmen auf ihre Übertragbarkeit auf die ländlichen Gemeinden der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer zu untersuchen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass bei der Übertragbarkeit solcher Maßnahmen zwei Arten von Hindernissen auftreten:

Die Autoren Josef Mugler, Stephan Loidl, Matthias Fink, Richard Lang und Slawomir Teodorowicz sind am Institut für Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe der Wirtschaftsuniversität Wien beschäftigt.

da vielleicht Dissidenten am Werk sind.“

„Die Kooperation unter den Kleingemeinden findet statt, wenn es um Umweltschutz oder Bildung geht. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung sehen sich die Gemeinden aber als Konkurrenten und nicht als Partner.“

Kommunikation

„Ich bekomme von der Bürgermeisterin aus der Nachbargemeinde monatlich die Dorfzeitung, bunt und riesig wie die New York Times. Da steht immer drinnen, was durch das LEADER-Programm in den Gemeinden der Kleinregion alles passiert.“

Transformation

„Man kann es den Menschen nicht übel nehmen, wenn sie keine Eigeninitiative zeigen. 40 Jahre lang hat gegolten: Wer den Kopf aus der Reihe streckt, dem wird er abgeschlagen.“

„Es wurde für Jugendliche ein Internetaum eingerichtet. Aber die Leute sind noch nicht so weit, dass sie das öffentliche Eigentum schätzen und so wurden diese Computer beschlagnahmt.“

„Wir sind jetzt schon so weit, dass die Gemeinde eine eigene Homepage hat. Aber so weit, dass die dann auch aktualisiert wird, sind wir dann doch noch nicht.“

„Nein, ich bin kein Optimist, das wird noch lange dauern.“

Infrastruktur

„Jene Leute, die durch den Dreck nach Hause gehen müssen, verstehen es nur schwer, warum im Nebendorf schon Asphaltstraßen sind. Die Bürgermeister mussten ein fundamentales Interesse daran haben, dass jeder Bürger eine befestigte Straße, Abwasserkanäle oder auch Kabelfernsehen und Internetanschluss hat.“

Region

„Die umweltverschmutzenden Betriebe kommen letztlich immer dort hin, wo es am wenigsten auffällt und es den geringsten Widerstand gibt. Es finden sich immer ein paar kleine Gemeinden, wo man die Ansiedlung durchsetzen kann.“

„Mit guter Kommunikation könnte man den Leuten endlich zeigen, dass heimische Qualität hundertmal besser ist als importierte Ware. Die Paradeiser aus Spanien sind im Dezember genauso geschmacklos wie im August. Mit unserer Ignoranz töten wir unsere eigenen landwirtschaftlichen Produzenten.“

Strategische Gemeindeentwicklung

„Ich kann nicht behaupten, dass sich die Bevölkerung übermäßig stark in die Gemeindeentwicklung einbringt. Sie erwarten die Lösung immer von der Gemeinde.“

„Wenn jemand eine Idee hat oder Initiative zeigt, dann liegt es am Bürgermeister diese aufzugreifen. Werden die Vorschläge immer wieder ignoriert, dann verliert die Bevölkerung das Interesse, sich in Zukunft einzubringen.“

„In dieser budgetären Situation klingt es lächerlich über vorausschauende Wirtschaftspolitik zu reden. Ich stopfe ein Loch, indem ich ein anderes aufmache.“

„In den Gemeinden sollten verstärkt Fachkräfte und Berater tätig sein. Der Bürgermeister hat wenig Zeit, denn seine Sprechstunden sind voll mit banalen Anfragen.“

Baulandsicherung

„Ausländer haben vor einigen Jahren hier Häuser gekauft. Jetzt versuchen viele wieder zu verkaufen, weil sie zum Schluss gekommen sind, dass die Gemeinde zu weit entfernt liegt und es reiner Luxus wäre, ein Haus zu erhalten, das sie einmal im Jahr für drei Wochen benutzen.“

„Als eine Engländerin ein Grundstück gekauft hat, fürchtete sich der Bürgermeister vor dem Ausverkauf heimischen Vermögens. Das ist doch eine europäische Staatsbürgerin. Wir sind in Europa und könnten auch in England kaufen – wenn wir Geld hätten.“

„Das Problem ist die unregelmäßige Raumordnung. Selbst wenn jemand Kapital hätte, würde er keine Baubewilligung bekommen.“

- ▶ Zum einen bestehen Hindernisse der Übertragbarkeit, die den einzelnen Maßnahmen selbst anhaften (push blocker). Solche Maßnahmen können prinzipiell nicht auf eine andere Gemeinde übertragen werden, da sie von Ressourcen abhängig sind, die in keinem anderen Kontext zu finden sind. Mit diesem Wissen können sinnlose Transferversuche unterbunden werden.
- ▶ Zum anderen stößt man beim Know-howtransfer auf Hindernisse, deren Ursache in den politischen, institutionellen oder personellen Gegebenheiten in den Zielgemeinden liegen. Darunter versteht man, wenn wirtschaftspolitische Maßnahmen auf kommunaler Ebene zwar prinzipiell auf andere Gemeinden übertragbar sind, die Zielgemeinde jedoch nicht über die für die Übertragung notwendigen Voraussetzungen verfügt (pull blocker).

Nicht alles ist übertragbar

Um die ländlichen Gemeinden in den MOEN bei der Entwicklung einer leistungsfähigen regionalen Wirtschaftsstruktur unterstützen zu können, wird die Zusammenstellung der in Österreich erfolgreichen Maßnahmen auf Basis der Ergebnisse eines Expertenworkshops und einer großzahligen Erhebung in den Zielländern um jene Handlungsvorschläge reduziert, die nicht auf diese Zielgemeinden übertragbar sind. In den einzelnen Ländern wird nach Regionen differenziert, die auf Basis volkswirtschaftlicher Indikatoren gebildet wurden. So entsteht ein nach Zielregionen differenziertes Maßnahmenportfolio, aus dem jede Gemeinde in den Zielländern eine für sie entsprechende Aufarbeitung von Handlungsempfehlungen vorfindet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Analyse Defizite der Übertragbarkeit der jeweiligen Maßnahme in den einzelnen Regionen identifiziert. Es wird sichtbar, welche Voraussetzungen für die Übertragung vorerst nicht implementierbarer Maßnahmen in den Gemeinden der jeweiligen Region derzeit noch

fehlen. Daraus ergibt sich Handlungsbedarf auf kommunaler und nationaler Ebene.

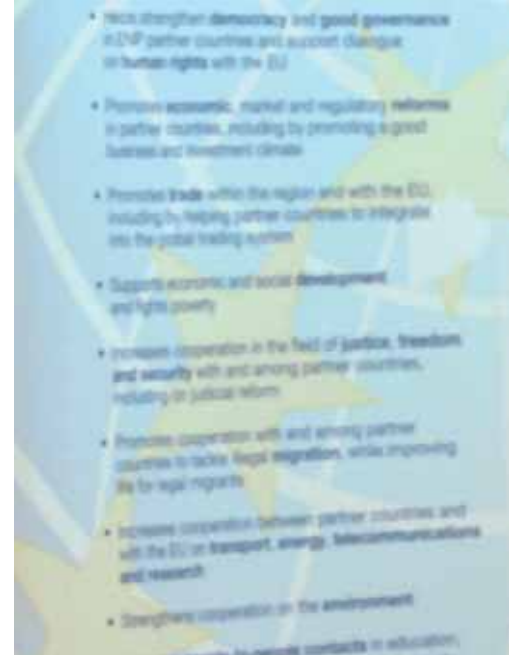
Die Ergebnisse dieser Studie machen deutlich, dass der Fokus der Regionalentwicklung verstärkt auf die Zusammenarbeit der kleinen Einheiten (Gemeinden) gelegt werden muss. Hier setzen auch Initiativen der EU (z.B. LEADER+ oder INTERREG) an, die zudem die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die Regionalentwicklung – neben Unternehmern und Gemeindeverantwortlichen – fördern. Die in dieser Studie vorgeschlagenen Maßnahmen können die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Entwicklung in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Gesellschaftsraum schaffen. Einen wichtigen Beitrag dazu kann der gezielte Know-howtransfer erfolgreicher wirtschaftsorientierter Maßnahmen auf kommunaler Ebene unter Berücksichtigung des lokalen Kontextes leisten. Den Weg für einen erfolgreichen, effizienten Knowhowtransfer soll das Projekt mitbereiten.

Die Ergebnisse der Studie werden für den gesamten Untersuchungsraum nach Themengebieten gegliedert zusammenfassend diskutiert, woraus im Buch in der Folge Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Das Buch

Mugler-Loidl-Fink-Lang-Teodorowicz, „Zentraleuropäische Gemeindeentwicklung Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe durch grenzüberschreitenden Knowhowtransfer“.

Erscheint bei MANZ im Dezember 2008, 202 Seiten, Vorzugspreis für RFG-Abonnenten ca. 38 Euro
 ISBN 978-3-214-00515-3
 Bestellhotline:
 Telefon:(01) 531 61-100
 Fax: (01) 531 61-455
 E-Mail: bestellen@manz.at



Der französische Ratsvorsitz bemüht sich um eine Neubelebung des Barcelona-Prozesses. Wie sehen Sie die Fortsetzung dieses Prozesses? Welche Rolle können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften spielen?

Benita Ferrero-Waldner: Nach dem EU-Gipfel am 13. Juli in Paris müssen wir uns daran machen, die getroffenen politischen Entscheidungen in die Tat umzusetzen. Hinter der Einleitung der Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ stand die politische Absicht, mehr greif- und spürbare Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger des Mittelmeerraums zu erwirken.

Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, brauchen wir die Unterstützung aller Partner, einschließlich des Ausschusses der Regionen, denn die Verbindungen zwischen den Menschen entstehen auf Ebene der Städte, Regionen, Verbände, Unternehmen, Studenten und Professoren, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Faktor Mensch spielt bei dieser Herausforderung eine unerlässliche Rolle, und ich zähle auf den aktiven Beitrag der europäischen Regionen beim Aufbau engerer Verbindungen zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern im südlichen Mittelmeerraum.

Der Ausschuss der Regionen beteiligt sich aktiv an der Gestaltung verschiedener Politikbereiche der Europäischen Union, darunter an erster Stelle die Nachbarschafts- und die Erweiterungspolitik. Im Rahmen einer neueren Initiative in Partnerschaft mit dem Europarat beobachtet der AdR lokale und regionale Wahlen in Drittländern.



Fotos: © European Community

Eine „alte Rolle neu definiert“ für Europas Gemeinden und Regionen

Die „Brückenbauer“ der EU

„Ich sehe Potenzial für einen echten Austausch zwischen den Regionen in der Europäischen Union und in unserer Nachbarschaft,“ so definiert Benita Ferrero-Waldner, für Europas Außenbeziehungen zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission (Bild oben), im Interview die Möglichkeiten der neuen „Union für den Mittelmeerraum“.

Wie sehen Sie dieses Engagement für die Verbreitung der Demokratie auf lokaler Ebene?

Die Kommission und der Ausschuss der Regionen verfolgen dasselbe Ziel, nämlich überall auf der Welt eine bessere Wahrung der Grundwerte Demokratie und Menschenrechte zu gewährleisten.

In den letzten Jahren sind die Beobachtungsmissionen der Europäischen Union für die Europäische Kommission zu einem sehr wichtigen und verlässlichen Instrument bei der Arbeit mit Partnerländern geworden. Die Ergebnisse dieser Missionen haben bei der Beurteilung der Fortschritte eines Landes in Bezug auf politische Reformen und die Demokratieentwicklung ein zunehmendes politisches Gewicht. Häufig erhalten wir mehr Einladungen zur Durchführung solcher Missionen als wir wahrnehmen können.

Die Wahlbeobachtungsinitiativen des Europäischen Parlaments, der OSZE und des Ausschusses der Regionen sind wichtig und

natürlich willkommen, da sie es uns ermöglichen, auf mehreren Wahlebenen (kommunal, lokal, regional und national) präsenter und wachsamer zu sein und auch wirkungsvoller handeln zu können. Außerdem können sich die Bürgerinnen und Bürger des betreffenden Landes auf die von der Mission ausgesprochenen Empfehlungen beziehen und durch ihre gewählten Vertreter eine Kontrollfunktion über deren Umsetzung ausüben.

In welchen Bereichen bestehen Ihrer Ansicht nach weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Synergie zwischen der Generaldirektion Außenbeziehungen der Europäischen Kommission und dem Ausschuss der Regionen?

Intensivere Verbindungen zwischen den Menschen in historisch, wirtschaftlich, kulturell und politisch sehr unterschiedlichen Regionen schaffen, den Meinungs- und Erfahrungsaustausch fördern – das sind meiner Meinung nach sehr wirksame Maßnahmen, um die Beziehun-

gen zwischen verschiedenen Ländern über die hohe politische Ebene hinaus zu verbessern. Ich glaube, dass das in unseren europäischen Regionen vorhandene vielfältige Fachwissen in vielen Bereichen – wie zum Beispiel Bildungsfragen, Regionalverwaltung, Förderung wirtschaftlicher Aktivitäten, Schutz des Kulturerbes, Umweltschutz, Unterstützung eines nachhaltigen Tourismus – anderen Regionen außerhalb der EU sehr hilfreich sein könnte. Gleichzeitig könnte ich mir vorstellen, dass andere Regionen in unserer Nachbarschaft über Erfahrungen verfügen, die für unsere Regionen von Nutzen sein könnten. Kurz: Ich sehe Potenzial für einen echten Austausch zwischen den Regionen in der Europäischen Union und in unserer Nachbarschaft, sei es im Mittelmeerraum oder in Osteuropa.

Infos aus erster Hand

Diese Seite ist gestaltet und autorisiert durch:

EUROPÄISCHE UNION



Ausschuss der Regionen

Rue Belliard 101,
B-1040 Brüssel
Tel: 0032/2/282 2211
Fax: 0032/2/ 282 2325
Web: www.cor.europa.eu

Europäische Raumordnungs- und Infrastrukturpolitik im Sinne der Kommunen

347 Milliarden Euro bis 2013 für die EU-Strukturpolitik

Raumordnungspolitik, als die langfristige Planung von Raumordnung und Infrastruktur in ihrer Gesamtheit, ist eines der wichtigsten Politikfelder für die Zukunft. Infrastruktur betrifft elementar die Lebensadern unserer Wirtschaft, und Raumordnung stellt sicher, dass im Spannungsfeld zwischen Mensch, Natur und Wirtschaft das Gleichgewicht gewahrt bleibt.

Mag. Othmar Karas

Keiner der drei Faktoren Mensch, Natur und Wirtschaft steht für sich allein und kann bzw. darf daher im vereinten Europa der nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft und dynamischen Entwicklung vernachlässigt werden.

Dazu ist eine grenzüberschreitende Vorgehensweise notwendig, um Reibungen zu vermeiden. Europa will Harmonisieren, wo es notwendig ist, um historische bzw. grenzbedingte Entwicklungshemmnisse zu beseitigen. Zum Wohle der in diesen Regionen beheimateten Menschen sollen etwa die unzureichende Leistungsfähigkeit von Infrastruktur, grenzüberschreitende Umweltaufgaben oder entwicklungspolitische Aufgaben, z.B. die Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Gebieten, durch verantwortungsvolle Raumordnungsmaßnahmen durchgesetzt werden. Dadurch werden Arbeitsplätze in Regionen geschaffen, deren Bewohner in der Vergangenheit in benachbarte Bal-

Eine der wichtigsten Aufgaben des EUREK wird die Entwicklung der ehemaligen Grenze zwischen Ost und West sein, die infrastrukturell und wirtschaftlich ausbaubedürftig ist.

lungszentren pendeln mussten. Die vergemeinschafteten Politikbereiche der EU (Agrarpolitik, Regionalpolitik, transeuropäische Netze für Verkehr und Telekommunikation, Umweltpolitik, ländliche Entwicklung) beeinflussen die Raumentwicklung in allen EU-Mitgliedstaaten und darüber hinaus positiv. Eine geordnete raumstrukturelle Entwicklung erfordert daher die Koordinierung der raumwirksamen Fachpolitiken unter raumordnerischen Zielvorstellungen, um negative Begleiterscheinungen zu verhindern. Die Schaffung und Fortentwicklung gemeinsamer Leitbilder und strategischer Ansätze für eine europäische Raumentwicklung ist Aufgabe des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes (EUREK http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm) Die formulierten Grundziele der EU sind die Förderung des wirt-

schaftlichen und sozialen Zusammenhalts, die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und des kulturellen Erbes, sowie die ausgeglichene Wettbewerbsfähigkeit des gesamten europäischen Raumes.

Diese Ziele wollen wir in den europäischen Institutionen gemeinsam mit den nationalen, regionalen und lokalen Regierungs- und Verwaltungsebenen erreichen. Wir wollen vor allem die Regionen und die Kommunen zu Partnern machen. Das ist einer der Gründe, warum es so wichtig ist, dass der Vertrag von Lissabon bald in Kraft treten kann. In Zukunft kann das österreichische Parlament Einspruch gegen Vorschläge der Europäischen Kommission erheben, wenn ein Vorhaben das Subsidiaritätsprinzip verletzt. Das stärkt die Rolle der nationalen, regionalen und kommunalen Parlamente, denn gleichzeitig wird die Selbstverwaltung der Regionen und der Gemeinden im Vertrag von Lissabon erstmals verbindlich anerkannt. Eine der wichtigsten Aufgaben des EUREK wird die Entwicklung der ehemaligen Grenze zwischen Ost und West sein, die infrastrukturell und wirtschaftlich ausbaubedürftig ist. Für die Haushaltsperiode 2007-2013 stehen der EU Strukturpolitik insgesamt 347 Milliarden Euro zu Verfügung. Das ist Geld, das damit zu einem erheblichen Teil Österreich zugute kommen wird. Nutzen wir diese Chance. Zum Wohle Österreichs und der Europäischen Union!



Mag. Othmar Karas
ist Abgeordneter
zum Europäischen
Parlament

Ein Überblick über die demografische, soziale & wirtschaftliche Struktur

„Ein Blick auf die Gemeinde ...“ Ihre Gemeinde in Zahlen

Mit „Ein Blick auf die Gemeinde ...“ bietet Ihnen die Statistik Austria umfassende Informationen über Ihre Gemeinde: Die laufend aktualisierte Zusammenstellung enthält die wesentlichen Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Haushalte und Familien, Gebäude- und Wohnungen, Arbeitsmarkt, Arbeitsstätten, Landwirtschaft, Tourismus, Gemeindegebarung und Nationalratswahlen.

Nutzer sind die politischen Mandatäre der Gemeinden, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Unternehmen wie Banken, Architekten, Planungsbüros, aber auch die interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Kern der 68 Seiten Broschüre sind die 55 Datenblätter, auf denen das breite Spektrum des Datenangebots zur Gemeinde dargestellt wird. Zu Vergleichszwecken sind zu vielen Statistiken die entsprechenden Werte des Politischen Bezirkes bzw. Bundeslandes angegeben.

Die Statistiken werden in jeweils passenden Präsentationsformen dargestellt, zum Beispiel als Kennziffern, Veränderungsraten, Pro-Kopf-Werte und ähnliche Maßzahlen, aber auch als Diagramme. Die Darstellungen ermöglichen einen raschen Überblick über die wesentlichen Fakten, deren Veränderungen und Entwicklungen. Wichtig für den Nutzer und die Nutzerin sind auch die ausführlichen Erläuterungen der Inhalte.

Information für die direkte Verwendung oder Weiterverarbeitung

„Ein Blick auf die Gemeinde ...“ ist gleichzeitig

- ▶ ein Nachschlagewerk in Form der Farbbroschüre und auch
- ▶ ein Datenpool,

ren Spreadsheet-Programmen ermöglichen. Die Grafiken der Broschüre können mittels einer mitgelieferten Powerpoint-Präsentation abgespielt werden.

Der „Blick-Online“

Auf der Website der Statistik Austria können zu allen österreichischen Gemeinden acht der 55 Datenblätter des „Blick auf die Gemeinde ...“ sowie Daten aus der Großzählung 2001 und zur Bevölkerungsentwicklung unentgeltlich abgerufen werden. Wir laden Sie ein, sich selbst ein Bild von unserem Service zu verschaffen, indem Sie das kostenlose Angebot des „Blick-Online“ nutzen: www.statistik.at/blickgem/index.jsp

Aktuelle Daten

Die in „Ein Blick auf die Gemeinde ...“ zur Verfügung gestellten Inhalte und Statistiken stammen aus verschiedenen statistischen Projekten, die periodisch unterschiedlich erhoben werden. Ungefähr zwei Drittel der angebotenen Datenblätter geben Inhalte von Großzählungen wieder, die im Abstand von zehn Jahren vorgenommen werden. Andere Tabellen basieren auf jährlich oder in kürzeren Intervallen wiederholten Erhebungen und werden laufend aktualisiert.



der ohne großen Aufwand und ohne zusätzliche Recherche für Präsentationen in oder über die Gemeinde, sei es bei Vorträgen, bei Informationsveranstaltungen oder in Berichten genutzt werden kann. Für die individuelle Weiterverarbeitung wird die gedruckte Ausgabe gemeinsam mit einer CD ausgeliefert, die alle Daten in weiterverarbeitbarer Form enthält und eigene, weiterführende Auswertungen auf Basis von MS-EXCEL oder ande-

Information

STATISTIK AUSTRIA
Helga Vock
Guglgasse 13
1110 Wien
Telefon +43 (1) 71128-0
Fax +43 (1) 71128-7728
helga.vock@statistik.gv.at
www.statistik.gv.at

Leader Regionen stärken ländlichen Lebens- und Wirtschaftsraum

Gebiet Fuschlsee ausgewählt

Aufgrund innovativer Planungen für regionale Entwicklungsaktivitäten der kommenden Jahre wurde die Region Fuschlsee in Salzburg neu in das Leader-Programm der EU aufgenommen.



Die Leader Gebiete in Österreich decken eine Fläche von rund 72.000 Quadratkilometern mit etwa 4,3 Millionen Einwohnern ab.

Die neue Leader-Region Fuschlsee liegt im Bezirk Salzburg Umgebung und umfasst die acht Gemeinden Ebenau, Faistenau, Fuschl am See, Hintersee, Hof bei Salzburg, Koppl, Plainfeld und Thalgau mit einer Fläche von rund 230 Quadratkilometern und mehr als 19.000 Einwohnern.

Die österreichischen Leader-Regionen tragen wesentlich zur Erhaltung, Weiterentwicklung und Stärkung eines funktionsfähigen ländlichen Lebens- und Wirtschaftsraums bei.

Landwirtschaftsminister Josef Pröll anlässlich der Auswahl des Gebiets Fuschlsee zur Leader-Region

Durch eine Vielzahl von Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Familie, regionale Wertschöpfung sowie Tourismus und Almwirtschaft soll die Attraktivität der Region Fuschlsee gesteigert werden.

Im Programm Ländliche Entwicklung für die Periode 2007 bis 2013 stehen umfangreiche Mittel für die Förderung ländlicher Regionen zur Verfügung. Gab es in der Periode 2000 bis 2006 für LEADER+ 106 Millionen Euro, sind für „Leader“ in der laufenden Periode 2007-2013 insgesamt rund 423 Millionen Euro vorgesehen, davon rund 213 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums.

Die Umsetzung von Leader erfolgt in den ausgewählten Leader-Gebieten durch sogenannte „Lokale Aktionsgruppen (LAG)“. Im Herbst 2007 fand die erste Auswahlrunde statt, 85 Leader-Regionen wurden ausgewählt. Von den Bewerbern müssen integrierte Regionalkonzepte vorgelegt werden, die die strategische Ausrichtung der regionalen Entwicklungsarbeit für die gesamte Planungsperiode darstellen. Neben inhaltlichen Positionierungen werden die Entscheidungsmechanismen und -gremien dargestellt, wobei entsprechend dem bottom-up-Prinzip die Auswahl der Leader-Projekte inner-

halb der LAG entschieden wird.

Fact-Box

Das EU-Programm LEADER wurde als Gemeinschaftsinitiative der EU Anfang der 1990er Jahre ins Leben gerufen. Es ist ein Programm zur Förderung von Innovationen im ländlichen Raum und ein Instrument der Regionalentwicklung. Insgesamt gibt es in Österreich nun 86 Leader-Regionen, für die in der Periode 2007-13 rund 423 Millionen Euro bereitstehen.

Österreichischer Klimaschutzpreis 2008

Die Sieger stehen fest

Erstmals wurde am 4. November 2008 der Österreichische Klimaschutzpreis verliehen. Vier Projekte, die zur Nachahmung einladen, haben die Fachjury und das Publikum überzeugt: Zwei Unternehmen aus Oberösterreich, eines aus Vorarlberg sowie eine private Initiative aus Niederösterreich haben sich mit ihren Projekten zum Klimaschutz den ersten Platz in ihrer Kategorie gesichert. Der Österreichische Kli-

maschutzpreis wird vom ORF und dem Lebensministerium vergeben und von der Bank Austria unterstützt. Der Klimaschutzpreis 2008 wurde in vier Kategorien vergeben:

- ▶ Gewerbe & Industrie
- ▶ Dienstleistung & Tourismus
- ▶ Ideen & Innovation
- ▶ Alltag & Motivation

Weitere Infos auf <http://klimaschutzpreis.orf.at> www.klimaschutzpreis.at



LIFE+ Das Umweltfinanzierungsinstrument der EU

Österreich mit LIFE+ erfolgreich

Seit 12. 6. 2007 ist die Verordnung (EG) Nr. 614/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Mai 2007 über das neue Finanzierungsinstrument LIFE+ für die Umwelt, die so genannte „LIFE+-Verordnung“ in Kraft. Sie enthält die grundsätzlichen inhaltlichen Schwerpunkte des Programms, die Bedingungen, unter denen Zusatzfinanzierung gewährt werden kann und regelt die Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten. LIFE+ umfasst den Zeitraum 2007 bis 2013 und ist mit insgesamt 2,14 Milliarden Euro dotiert.

LIFE+ ist ein Kofinanzierungsinstrument, das – in jedem Fall – eigene Finanzierungsmittel erfordert. Der Höchstsatz für die Kofinanzierung durch die Europäische Kommission beträgt 50 Prozent der in Betracht kommenden Kosten. Nur in sehr speziellen Ausnahmefällen, nämlich bei Projekten betreffend prioritäre Lebensräume oder Arten im Teilbereich Natur und Biodiversität kann der Höchstsatz bis zu 75 Prozent betragen.

LIFE+ gliedert sich in:

- ▶ Natur und biologische Vielfalt
- ▶ Umweltpolitik und Verwaltungspraxis
- ▶ Information und Kommunikation

Umweltpolitik und Verwaltungspraxis beinhalten eine Reihe von Schwerpunkten: Klimawandel, Wasser, Luft, Boden, städtische Umwelt, Lärm, Chemikalien, Umwelt und Gesundheit, Abfall und natürliche Ressourcen, Wälder, Innovation, strategische Ansätze. Das Programm wird von der Europäischen Kommission verwaltet. Diese veröffentlicht jährlich Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen. Nähere Infos und alle Antragsformulare der Ausschreibung 2008 zum Herunterladen befinden sich auf der LIFE+-Website der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/environment/life/funding/lifepius/call/index.htm>

Österreich 2007 sehr erfolgreich

Die Europäische Kommission hat am 27.10.2008 endgültig die LIFE+-Projekte der Ausschreibung 2007 genehmigt. Insgesamt wurden 186 Millionen Euro für 147 Projekte bereitgestellt. Darunter sind auch vier Projekte aus Österreich:

- ▶ Im CMA+-Projekt der Stadt Klagenfurt wird gemeinsam mit internationalen Partnern versucht, die Staubbelastung zu reduzieren.
- ▶ Das Projekt EnBa der Ressourcen Management Agentur wird ein Konzept zur nachhaltigen Nutzung von Baurestmassen entwickeln.
- ▶ Durch das Projekt Mostviertel-Wachau des Amtes der NÖ-Landesregierung werden Habitate und Fischarten entlang der Donau, Pielach und Ybbs besser geschützt.
- ▶ Zur Verbesserung der ökologischen Situation eines Flussgebietes wird das Projekt Traisen der Verbund-Austrian Hydro Power AG beitragen.

Österreich war bei der Lukrierung europäischer Finanzmittel äußerst erfolgreich. Es hat seine nationale Budgetzuteilung 2007 von 3,51 Millionen Euro um das Dreifache überschritten. Zusätzlich zu den genannten Projekten ist Österreich auch „Juniorpartner“ bei einem großen gesamteuropäischen Waldmonitoring-Projekt und bei einem ungarischen Naturschutzprojekt beteiligt.

AnsprechpartnerInnen in Österreich:

Für die Teilbereiche Umweltpolitik & Verwaltungspraxis, sowie Information & Kommunikation
Dr. Margareta Stubenrauch:
margareta.stubenrauch@lebensministerium.at

Für den Bereich Naturschutz und Biodiversität Dr. Gerhard Sigmund-Schwach:
gerhard.sigmund@lebensministerium.at

Flussdialog Oberösterreich

Der Fluss im Gespräch

„ökologisch wasser wirtschaften“ ist das zentrale Thema des Flussdialogs Oberösterreich. Das übergeordnete Ziel der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ist es, den guten ökologischen Zustand heimischer Gewässer zu bewahren bzw. wieder herzustellen. Die Re-



Geht es um Gewässer, dominiert seitens der Bevölkerung der Wunsch nach Qualität und Reinheit.

gulierung der Gewässer, ökologisches Wirtschaften und Hochwasserschutz sind ebenfalls zentrale Bestandteile der WRRL. Der auf Initiative des Landes Oberösterreich und des Lebensministeriums ins Leben gerufene Flussdialog Oberösterreich hat zum Ziel, für die Aufgaben, Herausforderungen und Chancen im Umgang mit Gewässern das notwendige Bewusstsein zu schaffen. Die Partizipation der Bevölkerung steht dabei im Vordergrund. Um die regionale Umsetzung der WRRL zu diskutieren, findet bis Ende März 2009 rund um fünf Flüsse in Oberösterreich – Mattig, Obere Traun, Alm, Krems, Maltsch – jeweils ein Flussdialog statt. Ab April 2009 kann die gesamte örtliche Bevölkerung ihre Meinung zu den geplanten WRRL-Maßnahmen und den Lösungsansätzen aus den Flussdialogen bei der Online-Befragung auf www.flussdialog.at äußern. Die Ergebnisse werden im Sommer 2009 im Rahmen des „Fest der Flüsse“ im Lentos in Linz mit Blick auf die Donau präsentiert.

KOMMUNAL-Bilanz: Österreich ist Familien-Land Nummer 1

Schwerpunkte Elternbildung und Familienberatung

Eine zufriedene Bilanz über drei Jahre „Audit familienfreundliche Gemeinde“ zieht Familien-, Gesundheits- und Jugendministerin Dr. Andrea Kdolsky im Gespräch mit KOMMUNAL.

Die österreichischen Gemeinden arbeiten das ganze Jahr an Verbesserungen und dem Ausbau von Angeboten für ihre Bürgerinnen und Bürger. Seit mittlerweile drei Jahren steht ihnen zum Ausbau ihrer Familienfreundlichkeit das professionelle Werkzeug „Audit familienfreundliche Gemeinde“ zur Verfügung. In einem Prozess, der sich über ein Jahr erstreckt, werden zuerst mit einer Projektgruppe die bereits bestehenden familienfreundlichen Maßnahmen erarbeitet. Unter Einbindung aller Generationen und politischen Fraktionen wird ein

Es ist bezeichnend, dass in Zeiten des rasanten Fortschritts und gesellschaftlichen Wandels die Wichtigkeit der so genannten kleinen Lebenswelten ansteigt.

Bundesministerin Andrea Kdolsky

gemeinsamer Plan an Verbesserungen für die folgenden drei Jahre vorbereitet. Der Gemeinderat muss die Maßnahmen bestätigen, eine externe Begutachtung prüft den Prozessablauf und dann ist der Weg frei zum Gütesiegel für Familienfreundlichkeit. Gesundheits- und Familienministerin Andrea Kdolsky im KOMMUNAL-Gespräch: „Familien brauchen Rahmenbedingungen und Unterstützung im Alltag. Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist ein Gütesiegel, das für ein familienfreundliches Umfeld bürgt. Die ausgezeichneten Gemeinden

bieten nachhaltige Maßnahmen für eine höhere Lebensqualität für Familien.“ Erst vor wenigen Tagen wurden weitere Zertifikate im Rahmen einer großen Zertifikatsverleihung im Parkhotel Schönbrunn an heimische Gemeinden übergeben.

Elternbildung

Familie ist in ihrer Bedeutung unangefochten Spitzenreiter auf der persönlichen, individuellen Werteskala der Menschen, auch bei den Jugendlichen. „Es ist bezeichnend, dass in Zeiten des rasanten Fortschritts und gesellschaftlichen Wandels die Wichtigkeit der so genannten kleinen Lebenswelten ansteigt“, sagt Bundesministerin Andrea Kdolsky im Gespräch mit KOMMUNAL. Elternbildung und Familienberatung sind die beiden großen Arbeitsschwerpunkte zur Entlastung und Hilfe für Familien.

In der Elternbildung sollen Familien rechtzeitig vor der Eskalation von Konflikten Begleitung und Unterstützung finden, Informationen sammeln, Erfahrungen austauschen, eigene Stärken entdecken und praktische Anregungen für den Erzie-

Das den Gemeinden überreichte Gütesiegel – hier übergibt Ministerin Kdolsky eine Tafel an Hallwangs Bürgermeister und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer – zeugt von harter Arbeit für ein familienfreundliches Umfeld. Die ausgezeichneten Gemeinden bieten nachhaltige Maßnahmen für eine höhere Lebensqualität für Familien.

hungsalltag mitnehmen, damit das Leben in der Familie gelingen kann.

„Kinder zu erziehen bringt jeden Tag neue Überraschungen. Einmal ist es spannend und lustig, ein anderes Mal wieder anstrengend und ermüdend. Wenn Sie bei der Erziehung Nerven sparen, Ihr Kind optimal fördern und selbst nicht zu kurz kommen wollen, dann nehmen Sie sich Zeit für Elternbildung“, sagt Familienministerin Kdolsky.

Familienberatung

Beinahe 400 Familienberatungsstellen von 180 Trägerorganisationen werden vom Ministerium nach dem Familienberatungsförderungsgesetz mit jährlich 11,6 Millionen Euro gefördert. 225.000 Menschen nehmen jährlich in Österreich die Dienste der Familienberatungsstellen





Die Vielfalt der Bedürfnisse der Ratsuchenden und der Angebote auf Seiten der Einrichtungen bedürfen umfangreicher Vernetzung zwischen den Institutionen aber auch innerhalb der Teams von Beratungsstellen. Daraus hat sich die Idee der Familien-Kompetenzzentren abgeleitet.

Bundesministerin Andrea Kdolsky

in Anspruch, 460.000 Beratungsgespräche in 350.000 Beratungsstunden werden jährlich geleistet.

Kdolsky: „Eine Studie zeigt, dass bei immerhin 31 Prozent der befragten ehemaligen Klienten ihr Problem vollständig aufgelöst wurde.“ Weitere 35 Prozent haben gelernt, damit umzugehen und 23 Prozent wurden so gestärkt, dass sie die Probleme selbst lösen konnten. 90 Prozent der Beratenen würden die Beratungsstellen auch weiterempfehlen. „Die Vielfalt der Bedürfnisse der Ratsuchenden und der Angebote auf Seiten der Einrichtungen bedürfen umfangreicher Vernetzung zwischen den Insti-

tutionen aber auch innerhalb der Teams von Beratungsstellen. Daraus hat sich die Idee der Familien-Kompetenzzentren abgeleitet. Das Familienministerium fördert daher Pilotprojekte, um diese Idee weiterzuverfolgen“, sagt die Familienministerin zu KOMMUNAL.

Familie und Beruf

Auf gesetzlicher Ebene sind bereits viele Rahmenbedingungen geschaffen worden, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Arbeitszeiten können flexibel gestaltet werden, es gibt die Elternteilzeit, mit der Novelle zum Kinderbetreuungsgeld kann der Wiedereinstieg sehr flexibel gestaltet werden. Seit Jahresbeginn 2008 können Eltern wählen, ob sie das Kinderbetreuungsgeld 15 beziehungsweise 18 Monate, 20 beziehungsweise 24 Monate oder 30 beziehungsweise 36 Monate in Anspruch nehmen

wollen. Gleichzeitig wurde auch die Zuverdienstgrenze angehoben. Kdolsky: „Auch finanziell wurde einiges erreicht. Die Mehrkindstaffel und die Erhöhung der Einkommensgrenze für den Mehrkindzuschlag bringen eine deutliche Verbesserung für Mehrkindfamilien. Dafür stehen den österreichischen Familien ab heuer rund 35 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Durch diese konkrete Verbesserung profitieren rund 200.000 Kinder.“ Mit der 13. Familienbeihilfe, die jede Familie für jedes Kind im September bekommt, werden rund 250 Millionen Euro jährlich zusätzlich den Familien zur Verfügung stehen. Als einen weiteren wichtigen Aspekt der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bezeichnet Familienministerin Andrea Kdolsky die Kinderbetreuung. „Ein ausreichendes, bedarfsgerechtes, qualitativvolles, die Wahlfreiheit der Eltern respektierendes Kinderbetreuungsangebot ist eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bund und Länder werden daher in den nächsten drei Jahren insgesamt 105 Millionen Euro in den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots investieren“, betont die Ministerin im KOMMUNAL-Gespräch. Sie erfülle es mit Stolz, zu sehen, wie Österreich zum familienfreundlichsten Land Europas geworden ist und als Spitzenreiter im internationalen Vergleich gehandelt wird.



Information

Nähere Informationen über die geförderte Familienberatung bekommen Sie auf der neuen Homepage www.familienberatung.gv.at

Über die breite Palette an Elternbildungsangeboten informieren Sie sich am besten im Internet:

www.eltern-bildung.at

Die Website bietet auch die Möglichkeit zum Austausch mit anderen Eltern und Experten.

Die Gemeinde Steinach am Brenner mit ihrer Vertreterin Frau Karin Grissemann (3.v.l.) wurde als erste Tiroler Gemeinde mit dem staatlichen Gütesiegel für Familienfreundlichkeit von Wirtschaftskammerpräsidentin Sonja Zwazl, Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer und Sektionsleiterin Dr. Ingrid Nemeč (v.l.n.r.) ausgezeichnet



Audit „familienfreundliche Gemeinde“ – das Gütesiegel

16 Gemeinden ausgezeichnet

Am 17. November wurden 16 Gemeinden mit dem „Grundzertifikat Audit familienfreundliche Gemeinde“ ausgezeichnet. Sie haben unter intensiver Einbindung der Bevölkerung Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit geplant, die sie in den kommenden drei Jahren umsetzen werden.

Das Audit familienfreundliche Gemeinde ist ein spezifisches Angebot an österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte. Ziel dieser Initiative ist es, familien- und kinderfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde/Stadt zu erkennen und weitere zu forcieren. In einem ersten Schritt wird im Rahmen eines strukturierten Prozesses, an dem alle relevanten Personen und Organisationen teilnehmen, ein Status Quo an familien- und kinderfreundlichen Maßnahmen der Region erhoben. Ein nächster Schritt ist es, einen Maßnahmenkatalog zur Ausweitung der bestehenden Aktivitäten und Verbesserung der Rahmenbedingungen zu erstellen.

Die gesetzten Ziele sind innerhalb von drei Jahren umzusetzen. Nach Abschluss dieses Prozesses erfolgt eine externe Begutachtung, durch welche die Richtigkeit des Verfahrens und die Qualität der vorgenommenen

Maßnahmen überprüft werden. Die teilnehmenden Gemeinden/Marktgemeinden/Städte werden nach abgeschlossener Audittierung vom Bundesministerium für Gesundheit, Familien und Jugend mittels Gütesiegel ausgezeichnet.

Zertifikatsverleihung in Wien

In diesem Jahr haben 16 Gemeinden die Chance genutzt und werden mit dem Grundzertifikat des Audits „familienfreundliche Gemeinde“ ausgezeichnet. Die feierliche Verleihung der Zertifikate durch das Familienministerium und den Gemeindebund fand am 17. November 2008 im Parkhotel Schönbrunn statt. Diese Veranstaltung präsentierte die Leistungen der Gemeinden der Öffentlichkeit und war zugleich eine Anerkennung für die intensiven Bemühungen, in den

Gemeinden um die Familienfreundlichkeit nachhaltig und bedarfsgerecht zu erhöhen.

Zertifizierte Gemeinden 2008

- ▶ NÖ: Baden, Weissenbach, Kaumberg
- ▶ OÖ: Dorf an der Pram, Treubach, Diersbach
- ▶ SBG: St. Gilgen, Puch bei Hallein, Thalgau, Anthering
- ▶ STMK: Köflach, Knittelfeld, Gratkorn, Niklasdorf
- ▶ T: Steinach am Brenner, Radfeld

Weitere Informationen auf www.familienallianz.at

Interesse am Gütesiegel für Ihre Gemeinde?

Wenn Sie als Verantwortliche/r in Ihrer Gemeinde ein Interesse an dem Gütesiegel „familienfreundliche Gemeinde“ haben, nehmen Sie einfach direkt mit uns Kontakt auf! Wir führen gerne ein persönliches Beratungsgespräch mit Ihnen und geben Ihnen Auskunft, wann und wo die nächsten Informationsveranstaltungen stattfinden. Schreiben Sie einfach ein E-Mail an office@familienallianz.at oder rufen Sie unter 01/2185070 an.



Sisyphus – Tausendsassa – Traumberuf

Gesund bleiben im Spannungsfeld Schule

Der Gesundheitszustand der Pädagoginnen und Pädagogen wird immer wieder – sowohl in Studien, als auch im subjektiven Empfinden der Betroffenen – als schlecht oder zumindest verbesserungswürdig eingestuft.

„Wenn es den Lehrerinnen und Lehrern schlecht geht, geht es auch den Schülerinnen und Schülern auf Dauer gesehen schlecht“, erklärt Monika Aistleitner, stellvertretende Geschäftsführerin von AVOS, dem Arbeitskreis für Vorsorgemedizin Salzburg. AVOS übernahm die Organisation der Tagung für das Netzwerk „Gesundheitsförderung an Salzburgs Schulen“, einem Zusammenschluss Salzburger Institutionen, die seit Jahren gesundheitsbezogene Aktivitäten mit



Ziel des Netzwerks ist es, die nachhaltige und ganzheitliche Förderung von Schulen auf dem Weg zur „gesunden Schule“ zu ermöglichen.

wie die Pädagogische Hochschule Salzburg gewonnen werden.

Das Programm

Mehr als 140 Salzburger Lehrkräfte der unterschiedlichsten Schultypen besuchten im April 2008 das Kolpinghaus in Salzburg und waren begeistert von der Mischung aus fundierter Information und dem Angebot an Bewegung und Massage. Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller unterstrich in ihren Begrüßungsworten die Wichtigkeit der Lehrer/innengesundheit für das System Schule und betonte, dass es ihr ein großes Anliegen sei, das Wohlbefinden der Pädagoginnen und Pädagogen zu unterstützen. Im anschließenden Hauptreferat mit dem Titel „Wie können Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeits- und Gesundheitsqualität professionell fördern und was hindert sie daran?“ ging Prof. Dr. Bernhard Sieland auf die besonderen Belastungssituationen des Lehrberufs ein. Sowohl Inhalt als auch Präsentation des Vortragenden trafen laut Aussage einer Teilnehmerin direkt „in Herz und Hirn“. Prof. Sieland gab den Lehrenden hilfreiche Tipps, wie Belastungen verringert werden können, z.B. durch Einsatz eines Zeittagebuchs. Darüber hinaus widmete er sich in einem Workshop dem Schwerpunkt „emotionale

Kompetenz“ mit dem Ziel aufzuzeigen, dass Lehrer/innen „ziel führend und nebenwirkungs bewusst, kurz professionell mit eigenen und fremden Gefühlen“ umgehen sollen. Einen weiteren Höhepunkt des Tages bildete das Musiktheater „Mit Hurra hinab“ der muhTanten, in dem Belastungssituationen aufgezeigt und gleichzeitig mit herzhaftem Lachen verarbeitet wurden. Begleitend zu den Vorträgen und Workshops wurden von jeweils zwei Studierenden der FH Salzburg, Studiengang Physiotherapie, Rückenmassagen angeboten, für die sich die Tagungsteilnehmer/innen gleich zu Beginn eintragen konnten. Monika Aistleitners Resümee: „Wissenschaftlich gestützte Professionalität, Freude, Lust, reflexives Handeln, Kreativität, Verantwortungsbewusstsein und spielerische Gelassenheit schließen einander nicht aus, sondern sind miteinander zu vereinen. Diese Tagung soll ein Wegweiser für Lehrer/innen mit diesem Ziel sein“.

Wenn es Lehrerinnen und Lehrern schlecht geht, geht es auch den Schülerinnen und Schülern auf Dauer gesehen schlecht.

Monika Aistleitner, stv. Geschäftsführerin von AVOS, dem Arbeitskreis für Vorsorgemedizin Salzburg



und in Schulen durchführen. Ziel des Netzwerks ist es, die nachhaltige und ganzheitliche Förderung von Schulen auf dem Weg zur „gesunden Schule“ zu ermöglichen. In diesem Sinne wird einmal jährlich eine Tagung für die Gesundheitsreferentinnen und -referenten der Schulen veranstaltet. Als wichtige Förderer und Kooperationspartner konnten der Fonds Gesundes Österreich, das Land Salzburg, der Landesschulrat für Salzburg so-

Information

AVOS – Arbeitskreis für Vorsorgemedizin Salzburg
ppa. Monika Aistleitner ASM
– stv. Geschäftsführerin
Tel: 0662/887588-0
aistleitner@avos.at
Web: www.gesundeschule.salzburg.at
www.avos.at

Hochwasserschutz: Startschuss für Megaprojekt in OÖ

Größte Projekt in Österreichs Geschichte

In OÖ startet noch in diesem Jahr das größte Hochwasserschutz-Projekt in der Geschichte Österreichs: Der Machlanddamm wird in Angriff genommen. Er umschließt auf einer Länge von 36,1 Kilometer sieben Gemeinden: Mauthausen, Grein, St.Nikola, Naarn, Mitterkirchen, Baumgartenberg und Saxen. Ein Probendam wurde bereits errichtet. 3,5 Meter hoch und unten 17 Meter breit wird jeder der beiden parallel verlaufenden Versuchsdamme

sein. Sie werden nach ihrer Fertigstellung mehrfach mit künstlichem Hochwasser geflutet. Die Ausmaße der Bauarbeiten sind gewaltig. Die Erdbewegungen gleichen mit 80.000 Lkw-Fuhren jenen eines Autobahnbbaus. Der Damm muss in Etappen errichtet werden und zwar so, dass ein etwaiges Hochwasser während der Bauzeit auch die halbfertigen Dämme nicht zerstören kann. Die Kosten für das Riesensprojekt belaufen sich auf



Foto: www-ts.bayern.de

Wenn der Damm einmal fertig ist, soll er den Menschen in den nahe gelegenen Gemeinden maximale Sicherheit geben.

rund 144 Millionen Euro. Das Hochwasserschutz-Pro-

jekt wird voraussichtlich 2015 abgeschlossen sein.

Zwentendorf: Strom aus Solarenergie & Wärme aus Biomasse auf AKW-Gelände

NÖ: Ökostrom aus dem Atomkraftwerk

30 Jahre nach dem „Nein zur Atomkraft in Österreich“ könnte in der Gemeinde Zwentendorf (NÖ) doch noch Strom erzeugt werden. Die Energieversorgung Niederösterreich (EVN) gab bekannt, in Zwentendorf Ökostrom produzieren zu wollen. Der Strom soll aus Sonnenenergie gewonnen werden, auch ein Biomassekraftwerk könnte entstehen. Ist zwar noch nie Atomenergie in dem Kraftwerk erzeugt worden, hat es immer noch eine aufrechte Betriebsgenehmigung. Es führen von Zwentendorf auch Leitun-

gen ins Stromnetz. Genau diese Leitungen will die EVN drei Jahre nach dem Kauf des Kraftwerkes nutzen. Technisch gesehen könnte aus Solarenergie Strom für mindestens 1.000 Haushalte erzeugt werden. Eine Biomasse-Anlage auf dem Areal ist noch im Gespräch. Wie groß die Anlage werden soll und woher das Holz für das Kraftwerk kommen könnte, müsste laut EVN-Sprecher Stefan Zach noch geklärt werden. Bereits 2009 soll erster Strom aus Zwentendorf ins Netz fließen.



Foto: wikipedia

Für 1000 Haushalte könnte Strom erzeugt werden.

Oberösterreich

Klimaretter vor den Vorhang

Bei der Festveranstaltung „Klimaretter vor den Vorhang“ werden zahlreiche Projekte vorgestellt. Unter den teilnehmenden Haushalten findet die jährliche Verlosung von 5.000, 3.000 und 2.000 Euro in bar statt. Die Veranstaltung findet am 10. Dezember 2008 im Landeskulturzentrum Ursulinenhof in Linz statt, die Teilnahme ist kostenlos. Informationen und Kontakt auf www.klimaretterung.at

Tirol: Broschüre über Müllsammlung & -verwertung

Durchblick in der Abfallwirtschaft

Werden Abfälle, die getrennt zu sammeln sind, auch tatsächlich verwertet oder ist dies alles nur ein Öko-Schmäh? Eine 48-seitige Broschüre der Tiroler Umweltreferenten zum Thema Abfallwirtschaft soll

nun sämtlichen Zweifeln entgegenwirken. Darin sind wertvolle Tipps, wie Abfälle vermieden, verwertet und entsorgt werden können und sollen. Kostenlos bestellen oder downloaden auf www.kommunalnet.at

E-Government: Award für oö. Gemeindekooperation

2. Platz für „Mühlviertler-Alm-Server“

Durch den Ankauf eines gemeinsamen Servers sparen zehn Mühlviertler-Alm Gemeinden (Bad Zell, Kaltenberg, Königswiesen, Liebenau, Pierbach, St. Georgen am Walde, St. Leonhard, Schönau im Mühlkreis, Unterweißenbach, Weitersfelden) viel Geld. Für das in-

novative Projekt erhielten die zehn Gemeinden den 2. Platz des ebiz e-government award 2008. Die Serverfarm ist durch die Gemdat OÖ zentral im Rechenzentrum der Telekom Austria AG in Linz stationiert. Mehr Infos auf www.gemdat.at

Straßenbau: Land Steiermark erspart sich mit „recyceltem“ Asphalt Millionen

Alter Asphalt – neue Straßen

Bei der Sanierung von Straßen setzt das Land Steiermark auf die Wiederverwertung von altem Asphalt und erspart sich damit in den kommenden zehn Jahren rund 15 Millionen Euro. Abgefrästes Asphaltgranulat wird in der Steiermark nicht mehr wie bisher auf die Deponie gebracht, sondern bei der Sanierung von Landesstraßen als Tragschicht erneut eingesetzt. Das Land spart damit die Entsorgungskosten von acht Euro je Tonne sowie neues Baumaterial, alles in allem



Die Steiermark setzt auf wiederaufbereiteten Asphalt.

rund 100.000 Euro pro saniertem Straßenkilometer. Einziges Manko: Auf diese Weise sanierte Straßen soll-

ten täglich von nicht mehr als 1000 Autos befahren werden und einen geringen Lkw-Anteil aufweisen.

Graz: Lehrgang

Praxisorientierter Umweltpädagoge

Um Kindern über Umwelt- und Abfallwirtschaft zu unterrichten, braucht es pädagogisch gut ausgebildetes Personal mit Umweltfachwissen: Durch den Zertifikatslehrgang „Umpädicus“.

www.abfallwirtschaft.steiermark.at

Motor: „Wasser-Wagen“ in Japan entwickelt

Auto mit Wasser-Antrieb

Die japanische Firma „Genepax“ hat eine Brennstoffzelle entwickelt, die nur mit Wasser und Luft funktionieren soll. Die Entwickler dieser möglicherweise revolutionären Idee haben das Wasser-Auto in Osaka, Japan vorgestellt. Nach Angaben der Firma lässt sich aus der

Brennstoffzelle aus einem Liter Wasser Energie gewinnen, die für eine Fahrstrecke von 80 Kilometer bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h ausreicht. Die Brennstoffzelle kostet im Moment umgerechnet rund 12.000 Euro in der Herstellung.

Neue Broschüre

Vorarlbergs Bodenschatz

Wissenswertes über den wertvollsten Bodenschatz des Landes Vorarlberg verspricht die neue Broschüre „Wasser in Vorarlberg“. LH Herbert Sausgruber und LR Dieter Egger präsentierten die wichtigsten Zahlen und Fakten zu dem Thema Wasser in dem 43-seitigen Booklet. LH Sausgruber bekennt sich zu einer nachhaltigen Wasserwirtschaft: „Dabei ist es uns gleichermaßen wichtig, Bäche, Flüsse und Seen sauber zu halten sowie den Menschen, die in der Nähe des Wassers wohnen, ein möglichst hohes Maß an Sicherheit zu bieten.“ Die Broschüre bietet viele Infos wie Portraits der wichtigsten Flüsse, Wissenswertes rund ums Trinkwasser und die Grundwasserneubildung, Fakten zu den schlimmen Hochwasserereignissen. Die Broschüre steht als Download auf www.vorarlberg.at/wasser zur Verfügung oder kann per E-Mail unter wasserwirtschaft@vorarlberg.at bestellt werden.

**DIE EINFACHSTE MÖGLICHKEIT,
DAS ANGENEHME MIT DEM NÜTZLICHEN
ZU VERBINDEN:**

**ONLINE BÜROARTIKEL & DRUCKSORTEN BESTELLEN
UND THERMENLAND-GUTSCHEINE GEWINNEN.**

*Jetzt bestellen
und gewinnen!*

www.kommunalbedarf.at
Der 24-Stunden Online-Shop für Gemeinden

FMK baut Serviceleistungen für Gemeinden und Mobilfunk-Interessierte aus

Mehr Durchblick beim Mobilfunk

Die oftmals kontroversen Diskussionen über Mobilfunk können häufig verwirren. Gemeindevertretern kommt in der Mobilfunk-Diskussion eine immer wichtigere Rolle zu. Doch wie können Sie sich bei den mehr als 12.000 aktuell erfassten Publikationen zu elektromagnetischen Feldern eine Übersicht verschaffen? Wie sehen die Mobilfunkwerte in der Praxis tatsächlich aus? Was sagt der wissenschaftliche Kenntnisstand?

Gesamtlage der Forschung ist entscheidend

Um den Forschungsstand interpretieren zu können, muss das gesamte Wissen – viele Mosaiksteine – zu einem Gesamtbild zusammengesetzt werden. Dabei ist es hilfreich, sich an Institutionen zu orientieren, die in ihrer Expertise außer Streit stehen, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Koordinationsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen, die zu dem Schluss kommt: Das Gesamtbild hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern des Mobilfunks ist wissenschaftlich gut abgesichert und nicht besorgniserregend. Für eine ausgewogene Berichterstattung ist es wichtig, nicht nur die Pro- und Contra-Argumente anzuhören, sondern auch den Absender, seinen Expertenstatus und seine Motive zu hinterfragen. Oft ist es nicht gerechtfertigt, den unterschiedlichen Meinungen gleich viel Platz einzuräumen, da ein internationales, interdisziplinäres Fachgremium über ein anderes Wissen verfügen kann als eine Einzelperson.

Das Dialoghandbuch für Gemeinden

Das Dialoghandbuch Mobilfunk des FMK ist ein maßgeschneidertes Informationsbuch und praktischer Ratgeber für Gemeindevertreterinnen und -vertreter, wenn von Bürgerinnen



Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kam zu dem Schluss, dass das Telefonieren mit Mobiltelefonen nicht besorgniserregend und unbedenklich ist.

und Bürgern das Thema Mobilfunk an Sie herangetragen wird.

Bausteine für Kommunen

Das FMK hat „Mobilfunk-Artikel“ (Messwerte, Technische Basis-Informationen, Mobilfunk und Gesundheit) für die Gemeindezeitung aufbereitet. Diese sind gemäß einem Baukastensystem aufgebaut: Jeder Artikel kann für sich alleine eingesetzt werden (1/4 bis 1/2 Seite und wird von einer Grafik – zum besseren Verständnis, unterstützt). Es besteht auch die Möglichkeit, die Grafik alleine nur mit Bildtext zu verwenden. Das FMK kommuniziert auf Basis des wissenschaftlichen Kenntnisstandes der WHO. Diese Informationsbasis ist für Gemeinden – analog der Vorgangsweise zu anderen Themen- und Problemstellungen wie z.B. in Umwelt-, Trinkwasserfragen oder bei Seuchenfällen, wo man

sich auf die WHO verlässt – abgesichert und überprüfbar.

Neue Broschüre zu Mobilfunk-Messungen

Die Dokumentation der TÜV-Mobilfunk-Messreihe (Messwerte und Informationen) im Auftrag des Forum Mobilkommunikation (FMK) unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) ist ein Meilenstein der Mobilfunk-Information in Österreich. Diese bisher größte in Österreich durchgeführte Mobilfunk-Messreihe (130 Messpunkte in 52 Gemeinden) zeigt ein beruhigendes Bild der Mobilfunk-Immissionen: An sämtlichen Messpunkten werden die geltenden Grenzwerte erheblich unterschritten. Selbst der höchste gemessene Wert liegt bei nur 0,01225 W/m² und schöpft somit nur rund 0,3 % des geltenden Grenzwertes im betreffenden Frequenzbereich aus. Das FMK arbeitet bereits an der Umsetzung der nächsten umfassenden Messreihe. Diese und alle anderen Broschüren finden Sie auf der FMK-Homepage.

Vieles neu bei www.fmk.at

Das FMK hat für Sie das Service auf der Website ausgebaut: So werden im überarbeiteten Bereich FAQ („Häufig gestellte Fragen“) die wichtigsten Themen und Fragen zu Mobilfunk behandelt. Zudem gibt es mehr für die Kunden mehr Transparenz bei Mobiltelefonen.

Information

FMK - Forum
Mobilkommunikation
Mariahilfer Straße 37-39
A-1060 Wien
Tel.: +43/1/588 39 - 15
Fax: +43/1/586 69 71
E-Mail: office@fmk.at
Web: www.fmk.at

Behagliches Raumklima mit unerschöpflicher Alternativenergie

Beton – ökonomisch & ökologisch effizient

Dass die Gründe für den Klimawandel größtenteils durch menschliches Handeln verursacht sind, ist mittlerweile wissenschaftlich bewiesen und seine Auswirkungen sind vielerorts bereits eindeutig wahrnehmbar. Gleichzeitig lässt die weltweite Energieverknappung die Preise deutlich ansteigen. Um der Klimaentwicklung entgegenzuwirken und den Betrieb von Gebäuden effizienter und kostengünstiger zu gestalten, sind Maßnahmen und Konzepte zur Nutzung von alternativen Energiequellen und zur gleichzeitigen Senkung des Energieverbrauchs gefragt. Aufgrund seiner wärmespeichernden Eigenschaften eignet sich der Baustoff Beton hervorragend, hierzu verleiht er seinen Beitrag zu lei-



Betondämmung macht's möglich: Heizung im Winter und Kühlung im Sommer.

sten und ein für den Menschen ganzjährig angenehmes Raumklima zu sorgen.

Beton als idealer Wärmespeicher

Beton kann aufgrund seiner hohen Dichte bei – durch Wärmestrahlung verursachter – steigender Lufttemperatur Wärmeenergie aufnehmen und sie bei sinkender Lufttemperatur wieder entsprechend abgeben. Gute Wärmespeicherungsfähigkeit bewirkt damit langsames Aufheizen der Räume,

langsameres Auskühlen bei Heizungsunterbrechung, geringe Temperaturschwankungen im

Raum und verzögerte Wärmeabgabe nach innen bei Sonnenbestrahlung von außen.

Nutzung von Erdwärme

In einer Tiefe von rund 10-20 Meter herrscht das ganze Jahr über eine gleichmäßige Temperatur von 10-12 °C. Je weiter man ins Erdinnere vordringt, desto wärmer wird es. Mit einem Erdwärmekollektor oder mit Erdsonden wird die Energieform der sog. Geothermie effizient genutzt. Die

entzogene Erdwärme wird mit Hilfe einer Wärmepumpe auf ein höheres Temperaturniveau von 25-35°C gebracht. Dies ist die ideale Vorlauftemperatur für großflächige Heizelemente wie Fußboden-, Decken- oder Wandheizungen. Ein gut gedämmtes Einfamilienhaus etwa kann auf diese Weise ausreichend Energie für Heizung im Winter und Kühlung im Sommer beziehen.

Information

Gruppe Betonmarketing Österreich
Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke (VÖB)
A-1090 Wien
www.beton-marketing.at

E.E.

Fixer Service – fixe Preise

Engineered for life

Überall im Bundesgebiet bietet ITT WWW einen professionellen Service: für die gesamte Flygt-Technik, zu fest kalkulierten Preisen, auch direkt vor Ort. Mit über 30 Jahren Erfahrung sind wir Ihr kompetenter Partner.

ITT Water & Wastewater Österreich Ges.m.b.H.
Prager Straße 6 - 2000 Stockerau

Tel. 02266 / 6 26 01 · www.ittwww.at

CHANCEN VIELFALT

Immer mehr Gemeinden nutzen die Chance einer Leasingfinanzierung. Österreichs Spezialisten für kommunale Leasingprojekte sagen Ihnen wie.

E-Mail: anfrage@kommunal-leasing.at
www.kommunal-leasing.at

 **KOMMUNAL
LEASING**

Nachhaltige Standort- und Wirtschaftsentwicklung in Regionen & Kommunen

Kommunale und regionale Gestaltungsspielräume nutzen

Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Dynamik in Gemeinden und Regionen sind nicht mehr Zufallsergebnisse, sondern das Resultat gezielter und organisierter Arbeit. Dies belegt auch eine Studie des Österreichischen Gemeindebundes.

Diese Studie zeigt einmal mehr auf, dass mit klaren kommunalen Standort- und Wirtschaftsentwicklungskonzepten die wirtschaftliche Dynamik und Entwicklung einer Gemeinde erfolgreich forciert werden kann. (vgl. www.gemeindebund.at/news.php?id=190). Wir müssen uns bewusst machen, dass Wirtschaft naturgemäß die Grundlage unseres finanziellen, kulturellen und sozialen Wohlstandes ist. Wirtschaft findet nicht nur in Wien oder Brüssel statt – sondern vor Ort, in unseren Städten und Gemeinden, welche die Keimzellen wirtschaftlicher Entwicklung und Prosperität sind. Daher müssen wir uns auch vor Ort um unsere Wirtschaft kümmern.

Integrative Wirtschafts- & Standortpolitik

99,6 Prozent aller Betriebe in Österreich sind Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als 250 Beschäftigten. Sie stellen 65 Prozent der gesamten Arbeitsplätze. In ländlich strukturierten Räumen ist der Anteil der Klein- und Mittelbetriebe erfahrungsgemäß noch höher. Wir müssen deshalb unsere Standort- und Wirtschaftspolitik auf Ebene der Kommunen und Regionen überdenken – hier herrschen noch große Defizite. Wir müssen sie „verorten und regionalisieren“. Es ist eine neue „integrative Wirtschafts- und Standortpolitik“ notwendig, die auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung stattfindet.

Fact Box



DI Gerald Mathis

ist Leiter des ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung in Dornbirn. Er berät Länder, Regionen und Kommunen zu Fragen der Standort- und Wirtschaftsentwicklung und ist Lehrbeauftragter und Leiter des internationalen Hochschullehrganges für Standort- und Regionalmanagement an der FH Vorarlberg und Schloss Hofen, in Zusammenarbeit mit der Hochschule Liechtenstein und der Akademie für wissenschaftliche Weiterbildung an der Universität Konstanz.

Kommunen müssen unternehmerisch sein

Kommunen müssen anfangen, unternehmerisch zu agieren. Sie werden ihre Entwicklung – unterlegt mit einem „kommunalen Masterplan“ – gezielt und planmäßig umsetzen müssen. Es gilt, einen adäquaten „kommunalen Profit“ zu erzielen. Das können dann Arbeitsplätze, Lebensqualität, Ausbildung, Steuern, soziale Sicherheit sowie kommunales Sozial- und Humankapital sein. Also, „gestalten statt verwalten“ und nicht auf andere warten und davon ausgehen, dass alles

von einer „übergeordneten lenkenden Hand“ wie von selbst erledigt wird.

Subsidiäre Regionalentwicklung

Für viele kleine Gemeinden wird es auf Grund ihrer finanziellen Ressourcen schwierig sein, sich um eine ganzheitliche Standort- und Wirtschaftsentwicklung zu kümmern. Deshalb empfiehlt sich der Zusammenschluss in entsprechenden regionalen Funktionalgemeinschaften. Vor diesem Hintergrund arbeitet das Modell der „subsidiären Regionalentwicklung“ (© ISK Dr. Gerald Mathis 2005). Dieses Modell bezieht alle Gemeinden einer Region in den Entwicklungsprozess mit ein und berücksichtigt vor allem das Prinzip der Subsidiarität – das heißt, das, was in den einzelnen Gemeinden besser und effektiver gemacht werden kann, wird auch in der regionalen Arbeit dort belassen. Erfolgreich wird ein Entwicklungsprozess dann sein, wenn am Schluss nicht nur ein Konzept steht, sondern ein ausführlicher Maßnahmen- und Aktionsplan der klar vorgibt, was von wem und mit welchen Mitteln bis wann zu tun ist. Denn es ist an der Zeit, die Entwicklung und Gestaltung unserer Gemeinden gezielt und nachhaltig selbst in die Hand zu nehmen.

Information

Institut für Standort-, Regional- & Kommunalentwicklung ISK
in Zusammenarbeit mit der Hochschule Liechtenstein
J.G. Ulmer-Straße 21
A-6850 Dornbirn
Tel. +43 5572 /372 372
Fax: +43 5572 /372 372-24
office@isk-institut.com
www.isk-institut.com

Würth – der Montageprofi erweitert sein Sortiment

Neu bei Würth: Schneeketten

Der Montageprofi Würth hat erstmals spezielle Schneeketten für LKW und Kommunalfahrzeuge in seinem Winterprogramm und entwickelt sich somit zusehends zu einem Komplettanbieter im kommunalen Bereich. Im diesjährigen Wintersortiment finden sich 19 verschiedene Schneeketten-Modelle für jeweils unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten. Großen Anklang seit der Produkteinführung findet vor allem die Würth-Netzketten DR für eine erhöhte Belastung im Schneeräumdienst mit seitlicher Spurführung. Durch die Wendbarkeit der Netzketten erhöht sich die Laufleistung



um das Doppelte. Die Ketten werden nicht – wie bei anderen Anbietern üblich – in einem Jutesack, sondern in einem wasserfesten Sack mit Tragegurt geliefert. Das Sortiment umfasst darüber hinaus Ersatzteile wie Verschlusshaken, Reparaturglieder, Flansche, Ringe, Schäkel, etc.

Information

Würth Handelsges.m.b.H.
Würth Straße 1
3071 Böheimkirchen
Tel: +43 5 08242 2390
Fax: +43 5 08242 52390
christian.sischka
@wuerth.at
www.wuerth.at

E.F.E.

Sicheres Arbeiten mit DEHN Austria

Störlichtbogenfester Arbeitshandschuh

Störlichtbögen, die bei Kurzschlüssen in elektrischen Anlagen auftreten, sind enorme Energiequellen, die vor allem Wärme- und Strahlungsenergie an die Umgebung abgeben. Sie lassen sich beim Arbeiten in und an elektrischen Anlagen nicht vollständig vermeiden und stellen erhebliche Risiken für Personen dar. Besonders stark sind bei Störlichtbögen die Hände gefährdet.

Der neue störlichtbogenfeste Arbeitshandschuh von DEHN + SÖHNE besitzt die Schutzwirkung der Klasse 2 (7 kA/500 ms). Die Klasse 2 repräsentiert einen hohen Grad des Schutzes bei thermischen Lichtbogeneinwirkungen.



Arbeiten ohne Risiko – mit dem störlichtbogenfesten Arbeitshandschuh.

Information

DEHN AUSTRIA
Volkersdorf 8
A-4470 Enns
Tel.: 07223 / 80356
Fax: 07223 / 80373
info@dehn.at
www.dehn.at

E.F.E.

Liebe Kommunal-Politiker! Sollten Sie sich Sorgen um Ihre Wiederwahl machen, hier was zur Beruhigung:

Kommunal-Leasing, Finanzierungsvorteile bei Immobilien, Fuhrparks und Maschinen. Spezielle Modelle für Infrastruktur-Einrichtungen, kostenlose Beratung. Balsam für Ihre Ohren? Herr Mag. Heneis anrufen. Unter (01) 716 01-8070, oder E-Mail schreiben: leasing@rl.co.at

www.raiffeisen-leasing.at

Leasing 

Die Einheitskupplung



Neue Vollkunststoff-Kupplung für ein modulares Stangen-System zum Schalten und Erden

- Einheitlich stecken
- Vielfältig kombinieren
- Leicht transportieren
- Variabel verlängern
- Absolut verdrehsicher
- Selbstführend kuppeln

DEHN AUSTRIA **Blitzschutz** **Überspannungsschutz** **Arbeitsschutz**
Infoservice A 340 · Volkersdorf 8 · A-4470 Enns · Tel.: 07223 80356
Fax: 07223 80373 · www.dehn.at · info@dehn.at

Eröffnung der Verbandskläranlagen Steinfeld und Dellach im Oberen Drautal

Das Obere Drautal sieht einer saubereren Zukunft entgegen

Schon in den 1990er Jahren haben sich die Gemeinden im Oberen Drautal auf die Kanalisierung vorbereitet. Hernach wurde festgelegt, dass im Verbandsgebiet statt einer zentralen Kläranlage insgesamt drei Anlagen zu errichten seien. Die Firma WTE Wassertechnik GmbH konnte den Bau der Kläranlagen erfolgreich abschließen und so eine geordnete Abwasserentsorgung in den Gemeinden sichern.

Die Gemeinde Irschen preschte vor, und konnte bereits 2004 ihre Anlage in Betrieb nehmen. Die beiden anderen Kläranlagenstandorte (Steinfeld und Dellach) wurden nach den entsprechenden Vorbereitungen 2006 in einer EU-weiten Ausschreibung mit funktionaler Leistungsbeschreibung ausgeschrieben, aus der die WTE Wassertechnik GmbH als Bestbieter hervorging. Der Spatenstich für den Bau beider Anlagen fand am 29.06.2007 in Steinfeld statt – nach nur zwölf Monaten Bauzeit sind nun beide Anlagen betriebsbereit. Die Kläranlagen Steinfeld und Dellach sind nach dem gleichen verfahrenstechnischen Konzept, dem Belebtschlammverfahren ausgeführt. Dabei wird das Abwasser in einem biologischen Prozess soweit gereinigt, dass es den gesetzli-



Neben den schlüsselfertigen Neuanlagen sind die Sanierung, die Erweiterung & die Optimierung bestehender Kläranlagen sowie die Betriebsführung Schwerpunkte der Tätigkeit von WTE.

die WTE Wassertechnik den Probebetrieb für einen Zeitraum von drei Jahren überwachen und für einen ordnungsgemäßen Betrieb der Kläranlagen sorgen. Dazu gehören unter anderem die Überprüfung der Wartung und Instandhaltung sowie die Kontrolle der Durchführung der vorgeschriebenen Labor-Untersuchungen.

Welche Leistungen bietet WTE an?

Für kommunale und industrielle Entsorgungsträger plant und baut WTE als Generalunternehmer und Verfahrensträger Kläranlagen in einer Bandbreite von wenigen tausend Einwohnerwerten Reinigungskapazität bis hin zu Großkläranlagen. Neben

den schlüsselfertigen Neuanlagen sind die Sanierung, die Erweiterung und die Optimierung bestehender Kläranlagen Schwerpunkte der Tätigkeit. Hierdurch eröffnen sich neue Perspektiven bei der Bewältigung komplexer Abwasserentsorgungsaufgaben. Die weitgehende Behandlung des Abwassers an seinem Entstehungsort wurde von WTE in zahlreichen Projekten erfolgreich praktiziert.

Langjährige Erfahrung

Gewerbliche und industrielle Einleitung in das städtische Kanalnetz können die Prozessstabilität und Betriebssicherheit kommunaler Kläranlagen gefährden. Deshalb bietet WTE neben einer konsequenten Indirekteinleiterüberwachung auch das volle Programm konventioneller mechanischer, biologischer und chemisch/ physikalischer Behandlungsverfahren an. Somit können dem Kunden individuelle Lösungskonzepte zur gemeinsamen Behandlung von kommunalem und gewerblich-industriellem Abwasser mit einem Höchstmaß an Effizienz und Betriebssicherheit zur Verfügung gestellt werden. Bei der industriellen Abwasserreinigung werden Behandlungsverfahren und Anlagenkonzeption mit den projektspezifischen Randbedingungen von einem erfahrenen Ingenieurteam geplant.

Durch überzeugende Verfahrenstechniken sowie ausgereifte Anlagenkonzeptionen gelingt es WTE, höchste Reinigungsleistungen, robuste Anlagentechnik und minimale Betriebskosten zu vereinen.

chen Anforderungen entspricht, und gefahrlos in die Drau abgeleitet werden kann. Damit kann für die Zukunft eine geordnete Abwasserentsorgung dieser Gemeinden gesichert werden. Neben der Projektierung und Errichtung der Kläranlagen wird

Information

WTE Wassertechnik GmbH
Niederlassung Austria
DI Manfred Rauch
EVN Platz
2344 Maria Enzersdorf
Tel: +43 2236 21609 - 127 68
Fax: +43 2236 200 - 847 63
office@wte.at
www.wte.at

Sohlensanierung als Vorbereitung einer Linersanierung Optimale Lösung für Kanalschäden

In einer Zuckerfabrik sollte ein Abwasserkanalrohr DN 400 im Schlauchliningverfahren grundsaniert werden. Voruntersuchungen zeigten allerdings, dass die Kanalsohle derart korrodiert war, dass die notwendige Kanalbefahrung mit einer TV-Kamera unmöglich war (Foto links, zerstörte Sohle). KASPER Technologie, schlug zur Beseitigung dieses Missstandes vor, die Kanalsohle vorbereitend mit einem Verdrängungsverfahren gem. DWA M 143 – 17 wiederherzustellen. Zunächst wurde die Sohle gereinigt. An den Endschächten, bzw. jeweils einem Schacht vor Anfang und Ende der Reparaturstrecke, wurden – nach erfolgter Reinigungsspülung – Winden aufgestellt. Mit dem letzten Spülgang stell-



Auftraggeber und ausführende Techniker von KASPER Technologie waren mit dem schnellen Verfahren und dem sehr guten Ergebnis zufrieden.

te die Sanierungsmannschaft eine Seilverbindung her. Sie verbrachte sodann Packer in den Kanal, stellte eine Palette ERGELIT-KBM10, den Durchlaufmischer und einen Stromerzeuger bereit und sorgte für

Wasser- und Energieanschluss. Schnell wurden ca. 10l/min Frischmörtel in weicher Konsistenz angemischt und direkt vor das defekte Rohr geschüttet. Danach wurde mit Hilfe der Packer der ERGELIT-KBM10

in die Haltung eingezogen. Die Gummischieben verteilten den Mörtel gleichmäßig in der Rohrsohle. Dieser Vorgang wurde 6-mal wiederholt, bis die Sohle gefüllt war. In den vorhandenen Mittelschacht wurde ebenfalls Mörtel eingefüllt und von dem Packer verteilt. Nach ca. 4 Stunden waren diese Vorbereitungsarbeiten beendet. Die Rohrsohle erwies sich als komplett wiederhergestellt (Foto rechts, reparierte Sohle.)

Information

Kasper Technologie Ltd.
Salzburgerstraße 44
A-4690 Schwanenstadt
Tel.: +43-(0)7673-2320
Fax: +43-(0)7673-23203
info@kasper-tech.com
www.kasper-tech.com

E.E.



CONTIPOLE
Kompetenzzentrum für konische Aluminiumrohre

ALU-Verarbeitungs GmbH
Industriepark 1, A-4843 Ampflwang
Telefon +43 (0) 7675 / 3631-14, Fax DW 32
www.contipole.at

Fahnenmasten Schranken Sperrbügel Sperrpfosten

SONNLEITHNER

www.sonnleithner.at Tel. 07255 / 7311 Fax 07255 / 73114

DIE ECHTEN ÖSTERREICHER



GEOTRAC SERIE 4 // Perkins-Turbodiesel, 109–126 PS
ZF-Lastschaltgetriebe mit 4-Fach-Zapfwelle

UNTRAC 102 // Kippbare Komfortkabine, Einzelradfederung, 4-Rad-Lenkung, 5000 kg Nutzlast, Partikelfilter, 16/16-Gang-Splittgetriebe, Front- und Heckzapfwelle, 2-Kreis-Hydraulik

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
6250 Kundl/Tirol, Tel. +43 5338 74 20-0, Fax DW 333
www.lindner-traktoren.at

ACC



Investitionen in intelligente Haustechniklösungen zahlen sich aus

So fühlen sich Gemeinden auf Knopfdruck wohl

Intelligente Haustechnik-Planungen und -installationen sind auch für Österreichs Gemeinden wichtige Aufgaben. Haustechnik-Gewerke wie Heizung, Klima, Lüftung und Gebäudesystemtechnik müssen heute schon frühzeitig in der Entwurfsplanung des Architekten Berücksichtigung finden.

Der Begriff des Intelligenten Wohnens ist seit einigen Jahren in aller Munde. Zahlreiche Werbekampagnen haben beim Endverbraucher den Traum vom mühelosen, selbstgesteuerten Alltag geweckt. Die Vorstellung darüber, was intelligentes Wohnen können soll, ist allerdings unterschiedlich. Hierfür bieten Hersteller mannigfache Lösungen an, von denen die nachrüstbare Hausautomation einen neuen, derzeit noch wenig besetzten Markt bildet. Wie Prognosen bestätigen, wird in naher Zukunft auf dem Modernisierungsmarkt der Bedarf an Hausautomationssystemen steigen. Und gerade hier werden flexibel einbaubare Lösungen erforderlich sein, um eine rentable Nachrüstung zu gewährleisten.

Im Bereich der Hausautomation haben Begriffe wie Future e-Life, Intelligentes Haus, Modernes Wohnen, Wohnen der Zukunft oder Smart Home zu unterschiedlichen Vorstellungen über automatisiertes Wohnen geführt. Für den Endverbraucher wird es immer schwieriger, die Vielzahl der Ansätze zu unterscheiden und ihre Leistung einzuschätzen. In den Erwartungen

werden schon heute umsetzbare Anwendungen mit Konzepten vermischt, die zuerst noch Zukunftsmusik sind.

Gesteigerter Wohnkomfort

Damit einhergehend wachsen insgesamt die Wohnansprüche an. Das Haus soll familiäre Ruhezone, Arbeitsplatz, Altersdomizil sowie Erholungs- und Unterhaltungsbereich sein. Das Interesse an gesteigertem Wohnkomfort wächst also, fordert aber eine Haustechnik, die das Leben ohne großen Aufwand komfortabler, sicherer und angenehmer macht. Das gilt jedoch nicht nur für Häuser und Wohnungen von Privaten, sondern auch für gemeindeeigene Einrichtungen, wie Gemeindeamt, Schulen, Kindergärten, Feuerwehren oder Gemeindewohnungen.

Funkbasierte Systeme

Eine flexible Lösung für derartige Ansprüche bieten funkbasierte Systeme an. Sie haben gegenüber den drahtgebundenen den entscheidenden Vorteil, dass sie sich ohne Verkabelung einbauen lassen. Aufgerissene Wände ver-

Im Bereich der Hausautomation haben Begriffe wie Future e-Life, Intelligentes Haus, Modernes Wohnen, Wohnen der Zukunft oder Smart Home zu unterschiedlichen Vorstellungen über automatisiertes Wohnen geführt.

Der Wunsch nach einer Haustechnik, die das Leben ohne großen Aufwand komfortabler, sicherer und angenehmer macht, gilt auch für gemeindeeigene Einrichtungen, wie Gemeindeamt, Schulen, Kindergärten, Feuerwehren oder Gemeindewohnungen.

bunden mit Renovierungsarbeiten sind bei ihnen nicht notwendig. Ebenso setzt ihr Einbau keine aufwändige Erstellung von Schalt- und Vernetzungsplänen voraus. Da funkgesteuerte Systeme in der Regel modular aufgebaut sind, können sie individuell auf die Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten und nachträglich erweitert werden. Ihre Datenübertragung erfolgt über Funk mit einer Reichweite bis zu dreißig Meter innerhalb eines Wohnhauses. Die geringe Signalleistung von nur einem mW ist etwa 2000 mal geringer als die eines handelsüblichen Handys und 200 mal geringer als die eines schnurlosen Telefons. Zudem bleibt die Funkverbindung zwischen den Systemkomponenten nicht pausenlos aufgebaut, sondern nur im Moment des Datenaustauschs. Die Übertragungslänge liegt im Bereich von Millisekunden.

Wozu Hausautomation?

Hausautomation dient in erster Linie dazu, den Menschen im Alltag zu entlasten. Sie nimmt ihm lästige und immer wiederkehrende Routineaufgaben ab, wie zum Beispiel Rollläden rauf- und runterlassen, Lichter und Hausgeräte ein- und ausschalten oder Heizkörper rauf- und runterdrehen. Diese Funktionsabläufe kann der Hausbewohner mit Hilfe von Zeitprogrammen an seine individuellen Lebensgewohnheiten anpassen. Für regelmäßig wiederkehrende Situationen, die mehrere Funktionen umfassen, können bestimmte Hauszustände (Lifestyles) vordefiniert werden. Diese kann der Bewohner bei Bedarf spontan abrufen, um damit mehrere Einzelfunktionen auf einmal zu aktivieren. So könnte z.B. unter der Bezeichnung Gehen ein Hauszustand definiert werden, der folgende Einzelfunktionen beinhaltet: alle Lichter und Haushaltsgeräte ausschalten, Heizungen auf Sparbetrieb stellen, die Rollläden in den Beschattungsmodus fahren, eine Anwesenheitssimulation aktivieren, die Alarmanlage einbinden und die Hauptwasserleitung sperren. Bedient wird das Hausautomati-

onssystem über ein zentral angebrachtes Schaltmodul, an dem die Eingaben eingestellt, abgerufen und abgelesen werden können.

Neben dieser Schaltzentrale bieten die meisten Systeme Handfernbedienungen an, um flexibel von jedem Ort der Wohnung aus auf das System zugreifen zu können. Vor allem für ältere Menschen oder körperlich Behinderte, die in ihrer Bewegung eingeschränkt sind, ist die Fernbedienung eine wesentliche Erleichterung.

Hausautomation dient in erster Linie dazu, den Menschen im Alltag zu entlasten. Sie nimmt ihm lästige und immer wiederkehrende Routineaufgaben ab, wie zum Beispiel Rollläden rauf- und runterlassen.

Neben dem Aspekt des Wohnkomforts erzielt Hausautomation auch ein erhöhtes Maß an Sicherheit. Der Bewohner braucht sich nicht darum kümmern, ob er beim Verlassen des Hauses Geräte wie Bügeleisen, Herd oder Kaffeemaschine ausgeschaltet hat. Dies erledigt das intelligente System zuverlässig von selbst. Ebenso führt es während seiner Abwesenheit eine glaubwürdige Anwesenheitssimulation durch und lässt das Heim durch realitätsnahe Licht- und Rollladenspiele bewohnt aussehen. Unter diesem Sicherheitsaspekt ermöglichen einige Systeme die Anbindung an Alarmanlagen und Warnmelder. Ebenso können manche an das öffentliche Fernsprechnetzt angeschlossen werden.

Grundsätzlich können mit Hilfe von Hausautomation bis zu dreißig Prozent Energiekosten gespart werden. Die elektronisch gesteuerte Heizkörperregelung sorgt nur in den tatsächlich benutzten Räumen für die gewünschten Wohlfühltemperaturen. Der Hausbewohner kann für jeden einzelnen Raum eine Temperaturkurve bestimmen und sie an seine Lebensgewohnheiten anpassen.

Morgens beim Aufstehen ist z. B. das Bad bereits auf Wohlfühltemperatur aufgeheizt. Später wird die Temperatur dann automatisch wieder abgesenkt.



Planer, Investoren und Installateure haben die Möglichkeit, sich mit einer innovativen Lösung für die gesamte Haustechnik abzuheben und sich den Umsatz von morgen zu sichern.

Beim Verlassen des Hauses kann der Nutzer mit einem Tastendruck die Heizung aller Räume auf einen vordefinierten Sparwert stellen. Da in vielen Haushalten die Temperaturregelung sowohl über konventionelle als auch Fußbodenheizung erfolgt, sollten Hausautomationssysteme beide Lösungen ermöglichen und gegebenenfalls eine Mischform zulassen. Für das maßgeschneiderte Angebot eignet sich ein modular aufgebautes System. Die Basis

bilden verschiedene Paketversionen, die vom Einsteiger- über das Familien- bis hin zum Wochenendhaus-Paket reichen. Sie variieren in der Zusammensetzung ihrer Anwendungen und stimmen mit den Grundbedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe überein. Diese Grundausstattungen können durch Zusatzmodule Schritt für Schritt erweitert werden. Dabei genügt es, die Einzelmodule auf die Verteilerdose der betreffenden Stromkreise zu montieren. Licht, Rollläden und Markisen können danach automatisch angesteuert werden. Sind die Rollläden nicht motorbetrieben, lassen sie sich mit Hilfe eines automatischen Gurtantriebs in das System einbinden. Dieser wird einfach in die Unterputzkästen für die Gurtaufwicklung eingesetzt. Für die Steuerung von Hausgeräten gibt es zwei Ansätze: über Module, die in den vorhandenen Stromkreis eingebunden werden und Steckdosenmodule, die ohne weiteren Aufwand einfach zwischen Steckdose und Stecker des Gerätes eingesetzt werden. Damit lassen sich Hausgeräte und Lichtquellen in das System einbinden, ohne dass neue systemfähige Geräte angeschafft werden müssten.

Fazit

Angebote zur Hausautomation sollten mit den Bedürfnissen des Endanwenders übereinstimmen und unkomplizierte Lösungen bereitstellen. Dies gewährleisten modular aufgebaute Systeme, da sie auf die individuellen und unterschiedlich ausgeprägten Bedürfnisse der Menschen reagieren können.

Aus Sicht des Investors wird durch den Einsatz von Hausautomationssystemen eine allgemeine Wertsteigerung des Wohnobjektes erzielt. Im Gegensatz zu durchschnittlich ausgestatteten Wohnimmobilien besteht für Objekte mit Komfort ein erhöhter Bedarf. Zudem lassen sich mit Komfort-Objekten im Durch-

schnitt die Neuvermietungszeiten um etwa vierzig Prozent senken. Ebenso führen sie laut Auswertungen der Immobilienverbände im Durchschnitt bis zu zwanzig Prozent höhere Mieterträge.

Mit Komfort-Objekten lassen sich im Durchschnitt die Neuvermietungszeiten um etwa vierzig Prozent senken. Ebenso führen sie laut Auswertungen der Immobilienverbände im Durchschnitt bis zu zwanzig Prozent höhere Mieterträge.

Aus Sicht des Planers und Haustechnikers gibt es klare Vorteile. Die einfache Installation und Projektierung senkt die Planungszeiten erheblich. Da keine Kabelpläne erforderlich sind, gibt es kaum einen Dokumentationsaufwand. Die Parametrierung kann auch im Büro vorgenommen werden, was einen effizienteren Zeitein-

satz erlaubt. Kommt nur ein System für alle Funktionen zum Einsatz, werden die Einarbeitungszeiten erheblich gesenkt. Die drahtlose Hausautomation stellt eine Ausweitung auf neue Geschäftsfelder dar, die einen saisonunabhängigen Auslastungsgrad der Mitarbeiter erlaubt.

Egal ob Haus-, Regelungstechnik oder Licht- und Rollladensteuerungstechnik, eine Hausautomation kann für die gesamte Technik im Haus eingesetzt werden. Das System wächst mit den Bedürfnissen des Endkunden mit. Die Funktionserweiterungen, sogenannte „Upgrades“, lassen sich einfach per Software nachrüsten. Planer, Investoren und Installateure haben die Möglichkeit, sich mit einer innovativen Lösung für die gesamte Haustechnik abzuheben und sich den Umsatz von Morgen zu sichern. Der Nachrüstmarkt ist der Markt der Zukunft. Die Zukunft beginnt heute, denn die Produkte sind schon da.

Grundsätzlich können mit Hilfe von Hausautomation bis zu dreißig Prozent Energiekosten gespart werden.

KASPER TECHNOLOGIE

IHR PROFI

FÜR DIE KANALSANIERUNG

Schachtbeschichtung KS-ASS



Schachtrahmenregulierung



1. Reinigung



Nassspritzverfahren



2. Beschichtung



Handbeschichtung



3. Fertig

KASPER TECHNOLOGIE



Salzburger Straße 44 • A-4690 Schwanenstadt
 Telefon + 43-7673-23 20 • Fax + 43-7673-23 20-3
 eMail: info@kasper-tech.com • www.kasper-tech.com

Mobile Energieversorgung: Strom auch dort, wo gar keiner ist

TOPLAK startet POWERLOCK Vertrieb in Österreich

TOPLAK, der Spezialist für mobile Stromversorgung, vertreibt ab sofort das europaweit führende Steckersystem POWERLOCK in Österreich. Größter Vorteil für die Kunden: TOPLAK lagert die begehrten Stecker vor Ort, sodass eine rasche, zuverlässige Lieferung garantiert ist.



„Aggregate und Verteiler einfach anstecken, ungefährlich und ohne Werkzeug: Dafür steht POWERLOCK, und das schätzen sowohl unsere Industriekunden, als auch Veranstaltungsmanager, die mobile Stromversorgung brauchen“, so Mag. Michael Rajtora, Geschäftsführer von TOPLAK. „Schon bisher haben wir POWERLOCK aufgrund seiner herausragenden Qualitäten bei der Umsetzung von mobilen Stromlösungen für unsere Kunden eingesetzt. Es freut uns daher besonders, dass wir nun Österreich-Partner sind.“

Mobile Stromversorgung rettet Unternehmenswerte

Die POWERLOCK Steckverbindungen – ursprünglich für extreme Bedingungen, etwa bei Freiluftkonzerten oder großen Sport-Events entwickelt – eignen sich natürlich auch ideal für Industrieanwendungen. „Ein Stromausfall in heiklen Bereichen wie etwa in Kühltürmen

oder in Spitälern kann katastrophale Auswirkungen haben“, so Rajtora. „Genau in solchen Fällen ist es ideal, vorbeugend auf mobile Stromversorgung zu setzen.“

Robustes Design für höchste Sicherheit

POWERLOCK-Stecker sind so einfach und verwechslungssicher gestaltet, dass kein Elektriker

POWERLOCK bietet höchste Sicherheit und Zuverlässigkeit.

ker-Fachwissen nötig ist, um sie richtig einzukuppeln. Verschiedene Farbkodierungen für jeden Leiter verhindern falsches Montieren. Eine zusätzliche mechanische Verriegelung macht es „Spaßvögeln“ unmöglich, die Stecker unbefugt heraus zu ziehen.

www.toplak.com

POWERLOCK auf einen Blick

- ▶ für Kabelquerschnitte bis zu 300 mm²
- ▶ Schraub-/Crimp- und M12 Gewindebolzen Kontakte
- ▶ Anwendungen bis zu 660 Ampere
- ▶ Betriebsspannung bis 1000 Volt Wechselstrom
- ▶ wasserdicht
- ▶ berührungssichere Kontakte
- ▶ temperaturbeständige, hochfeste Isolatoren

Information

Toplak Gesellschaft m.b.H.
Paul Reumann
7. Haidequerstrasse 6,
1110 Wien
Tel. 01-76 75 3 74
reumann@toplak.com
www.toplak.com

Glättebekämpfung durch die Gemeinde ist im Winter unerlässlich

Rauch streut Sicherheit

Eine schnelle und effektive Glättebekämpfung ist eine unbedingte Notwendigkeit, um auch bei winterglatten Straßenverhältnissen die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Die RAUCH-Sand-, Salz- und Splittstreuer bieten hierzu für jeden Einsatz die optimale Lösung.

Scheibenstreuer: Große Aktionsradien und hohe Flächenleistung sind die herausragenden Merkmale der Anbaustreuer SA 250, SA 360 und SA 601 sowie der Nachläufer mit Bodenantrieb SU 352 und SU 602. Die Streubreiten von 0,8 bis 6 m werden über serienmäßige Streubreitenbegrenzung aus Edelstahl schnell und bequem eingestellt. Die Streumenge lässt sich fein dosieren. Das Öffnen und Schließen der ein-

zelnen Dosierschieber unterstützt das einseitige Streuen nach rechts oder links. Der drehbare Behälterboden dient zur letztendlichen Feinabstimmung und trägt wesentlich zur präzisen Streugutausbringung bei. Steile Trichterwände und speziell entwickelte Rührwerke sichern ein problemloses Nachrutschen und einen störungsfreien Auslauf unterschiedlicher Streugüter wie Salz, Sand oder Splitt.

Kastenstreuer: Flexibler Einsatz, genaue Dosierung und einfache Reinigung sind die Merkmale der UKS-Streuer. Die einzigartige Rührwelle mit flexiblen, verschleißfesten Rührfingern führt das Streugut kontinuierlich den Dosieröffnungen zu und sorgt für eine problemlose Dosie-



Der SA-Streuer von Rauch.

rung aller gängigen Streumittel für den Winterdienst wie Salz, Sand und Splitt. Der Streuboden mit dem Dosierschieber lässt sich werkzeuglos mit wenigen Handgriffen abklappen und ermöglicht eine einfache, schnelle und bequeme Reinigung und Restmengenentleerung.

Der im Winterdienst wichtige Korrosionsschutz wird durch den Einsatz korrosionsfreier Werkstoffe aus

Edelstahl und eine mehrschichtige Lackierung mit Stahlperlenstrahlung und Eisen-Phosphatierung als Vorbehandlung sichergestellt und erhöht die Lebensdauer der RAUCH-Winterdienststreuer.

Information

Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Rauch-Vertriebspartner vor Ort oder unter: RKM Rasenpflege & Kommunal Maschinen Handels- und Dienstleistungs GmbH, St. Pöltnerstraße 120, 3130 Herzogenburg Tel. 02782/83222, Fax Dw 83
office@rkm.co.at
Web: www.rkm.co.at

E.L.

MINIMAX

Sicherheit durch Brandschutz seit über 100 Jahren.

In Industrie, Gewerbe, Handel, Banken, Rechenzentren – wo immer Brandgefahren drohen, schützt Minimax Menschen, Maschinen, Gebäude und Umwelt. Mit unseren Brandschutzlösungen sind wir in vielen Segmenten weltweit führend. Intensive Entwicklungsarbeit im eigenen Brandschutz-Forschungszentrum sorgt auch künftig für richtungsweisende Innovationen. Vertrauen Sie auf Minimax für Ihre Schutzanforderung. Weltweit hat MINIMAX über 3600 Mitarbeiter. In Österreich steht Ihnen MINIMAX bundesweit mit insgesamt 100 Mitarbeitern zur Verfügung.

MINIMAX GmbH&Co.KG,
Carlberggasse 66b, 1230 Wien
T: 01/865 8161-0 F: 01/865 8161-61
www.minimax.at-mobil@minimax.at

- Feuerlöscher und Feuerlöschgeräte Nass- und Trockensteigleitungen
- Rauchwärmeabzugsanlagen und
- Türfeststellanlagen
- Schulung, Ausbildung und Unterweisung für den kompletten Brandschutz
- Beratung, Planung, Service und Wartung für den kompletten Brandschutz in Ihrem Unternehmen

**WIR ÜBERNEHMEN
VERANTWORTUNG**



SteurerAltach
www.steurer.info



Fundamentlösungen für alle Anwendungsbereiche



Wartehäuschen Stadtmobiliar Spielplätze



Verkehrs- und Werbeschilder

Fundamentbau zeit- und kostensparend!

Die Vorteile der Schraubfundamente:

- nach strengen Richtlinien statisch zu Druck-, Auszugs- und Seitendruckbelastung geprüft
- Fundamentbau in Minutenschnelle
- keine Montagewartezeit
- sofort belastbar
- wartungsfrei
- witterungsunabhängig montierbar
- geringer Personalaufwand
- kein Graben, kein Betonieren
- punktgenaues Eindrehen
- exakt justierbar

SteurerAltach
www.steurer.info

Steurer GmbH T 05576 - 76 363
Staudenstrasse 34 F 05576 - 76 760
6844 Altach office@steurer.info
Austria www.steurer.info
www.schraubfundamente.at

DeFacto-TrendAnalyse liefert fundierte Daten zu Tourismus-Themen

Medialer Erfolg für Tourismus-Destinationen

Im Oktober führte das Bundesland Tirol die Rangliste der touristischen Medienberichterstattung an. Mit Respektabstand folgen die Steiermark und Wien. Die Top-Tourismusthemen im Vormonat waren „Vital/Wohlbefinden“ und „Kongresse/Messen/Events“, dahinter „Kultur“ – soweit die jüngsten Ergebnisse der DeFacto-TrendAnalyse Tourismus, einer neuartigen Informationsplattform von APA-DeFacto.

Welche Themen in den Medien eine Rolle spielen, ist gerade für touristische Anbieter von großem Interesse. Tourismus-Themen werden vor allem über Medien an die Öffentlichkeit und an die relevanten Zielgruppen im In- und Ausland vermittelt. Über Erfolg und Misserfolg entscheiden dabei – auch und vor allem in der heimischen Tourismuswirtschaft – die sogenannten „weichen“ Faktoren wie Image, Reputation und Vertrauen in die Destinationen und deren Produkt-Palette. Welche Destinationen bestimmen also die Schlagzeilen der Medien? Und mit welchen Themen? Rund um den Tourismus analysiert APA-DeFacto in Kooperation mit MediaWatch (beides Tochterfirmen der APA – Austria Presse Agentur) die relevanten Medienbeiträge zu knapp 1.800 österreichischen Orten und Regionen und liefert damit wissenschaftlich fundierte Daten über Tourismus-Trends.

Trends identifizieren

Die Ergebnisse finden sich in der DeFacto-TrendAnalyse Tourismus, einem innovativen Informationstool von APA-DeFacto. Die Analysen sind unter www.defacto.at wöchentlich aktuell abrufbar. Tourismusunternehmen und -organisationen verfolgen damit die Trends der



Welche Themen in den Medien eine Rolle spielen, ist gerade für touristische Anbieter von großem Interesse.

Berichterstattung und nutzen diese Themen für ihren Auftritt auf der internationalen Medienbühne – im österreichischen Tourismus wichtiger denn je, wie auch APA-DeFacto-Geschäftsführerin Waltraud Wiedermann betont: „Es stellt sich immer mehr heraus, dass die konsequente mediale Positionierung für Regionen und Anbieter eine große Chance darstellt. Dafür ist es wiederum notwendig, zum Beispiel über boomende Aktivitäten Bescheid zu wissen.“

State-of-the-art Visualisierungen

Bei der Entwicklung der DeFac-

to-TrendAnalyse wurden Semantic-Web-Elemente wie automatische Themencluster eingebunden, die unter anderem mit dem Know-Center Graz auf dem neuesten Stand der Technik umgesetzt wurden. Besonderes Augenmerk wurde auf die Benutzerfreundlichkeit gelegt, wie Wiedermann erklärt: „Die Visualisierungselemente erlauben einen raschen und einfachen Blick auf eine Fülle von komplexen Inhalten.“ Das Resultat: ein laufender Gesamtüberblick über die Trends und Inhalte, die medial eine Branche bestimmen – in übersichtlichen Charts zusammengefasst, visualisiert und aufbereitet.

Erfolgreich in der Nische

Nicht zuletzt besteht die Herausforderung im Tourismus darin, eine Vielzahl an Angeboten und Aktivitäten in Einklang zu kommunizieren, um ein erkennbares Profil als Destination zu erreichen und so im internationalen Angebot zu bestehen. Die Crux der PR liegt dabei nicht unbedingt darin, mit dem Strom zu schwimmen – auch Nischen können mit der TrendAnalyse Tourismus identifiziert werden, die Potenziale für aufstrebende Regionen und Anbieter aufzeigen.

Information

APA-DeFacto
Mag. (FH) Martin Straganz
Büro Innsbruck
Innrain 25
6020 Innsbruck
Tel. +43/512/588 959-15
martin.straganz@apa.at
www.defacto.at

Weniger Unfälle durch bessere Information

Robot zählt Verkehr objektiv

Jede Gemeinde hat ihre Rennstrecken – Aber kennen Sie auch die gefährlichen Spitzengeschwindigkeiten, die Anzahl der Fahrzeuge, den LKW-Anteil, die V85-Geschwindigkeit, die Verkehrsbelastung an Werktagen, am Wochenende und in der Nacht? Erst die objektiven Informationen eines Verkehrsstatistikgerätes ohne Tempodisplay geben Ihnen die Gewissheit über die tatsächliche Situation am betreffenden Strassenabschnitt und erlauben Ihnen, damit gezielte Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu setzen. Robot liefert neben Verkehrsstatistikgeräten



und Tempodisplays auch mobile und stationäre Radargeräte, Rotlichtkameras für Ampel-Kreuzungen und die Auswertesoftware mit der digital

len Anzeigenübertragung an die Behörde. Wir unterstützen Sie gerne vor Ort, um für Sie eine optimale Lösung zu finden.

Information

Robot Visual Systems
Ing. Ralf Larcher
1230 Wien
Tel. 01/6982133-12
Fax: 01/6982133-22
ralf.larcher@robot.co.at

E.E.

Richtungsweisend für jede Gemeinde!

Der Geoconvent 2009



Am 29. Januar ist es wieder soweit: Der Geoconvent geht nach dem tollen Auftakt in diesem Jahr bereits in die zweite Runde. GEOinfo, die Abteilung Vermessung und Geoinformation des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung, veranstaltet am 29. Januar wieder den Geoconvent im Congress Casino Baden. Fachexperten informieren darüber, wie Gemeinden von Geografischen Informationssystemen (GIS) profitieren können,

Geodaten zu Umwelt und Sicherheit beitragen und Geonetzwerke arbeiten. Namhafte Firmen präsentieren direkt vor Ort ihre Dienstleistungen und Produkte. Ein attraktives Abendprogramm ermöglicht zudem ein nettes Beisammensein von Teilnehmern und Fachexperten. Für Gemeindefachleute finden bereits am Vortag GIS-Workshops statt. Informationen und Anmeldung auf www.geoconvent.at oder 02742/9005/12734.

E.E.



Für sicheres Geleit.

Würth Leitpflöcke

aus Kunststoff-Polyethylen (PE). Die Würth-Leitpflöcke sorgen für Sicherheit auf Österreichs Straßen.

- Geprüft und zertifiziert nach RVS 08.23.02 - TGM.
- Mit oder ohne Swareflex-Reflektoren.
- Mit oder ohne integrierte Kunststoffschneestange.



WÜRTH Handelsges.m.b.H.
Würth Straße 1
3071 Böheimkirchen
Tel.: +43 5 08242 0
Fax: +43 5 08242 53333
info@wuerth.at



www.wuerth.at

BAWAG P.S.K. – der Zahlungsverkehrsspezialist für Gemeinden

Kompetenz ist gefragt

Als Spezialist im Zahlungsverkehr nimmt die BAWAG P.S.K. eine wegweisende Stellung innerhalb der österreichischen Bankenlandschaft ein. Sie bietet ihren Kunden eine umfassende Produktpalette von flexiblen Standardvarianten bis zu Individuallösungen in allen Bereichen des Zahlungsverkehrs. Zudem besteht die Möglichkeit, maßgeschneiderte Produkte für einzelne Gemeinden zu kreieren.

Seit die elektronische Abwicklung von Zahlungsströmen eingeführt wurde, gab es für kommunale Einrichtungen zahlreiche Neuerungen und Innovationen.

E-Banking ermöglicht die bequeme, schnelle und flexible Bearbeitung von Zahlungen vom PC aus, unabhängig von den Banköffnungszeiten.

E-Banking per Telebanking / MBS bietet die Möglichkeit, mit einer Software auf alle Konten – unabhängig davon, bei welcher Bank diese geführt werden – zuzugreifen und darüber zu disponieren. Die Vorteile liegen vor allem in der unkomplizierten Handhabung des Systems, wie beispielsweise:

- ▶ Abwicklung elektronischer Zahlungsaufträge rund um die Uhr
- ▶ jederzeitiger Online-Zugriff auf aktuelle Kontostände sowie PDF-Kontoauszüge
- ▶ Finanzamtzahlungen mit optimaler Ausnutzung der Respirofrist und somit besonders günstiger Valutierung
- ▶ taggleiche Buchung von Aufträgen durch Eilüberweisung
- ▶ Durchführung von SEPA-Zahlungen (einheitlicher europäischer Zahlungsverkehrsraum)

Darüberhinaus bietet die beleglose Durchführung von Zahlungsaufträgen Kosteneinsparungspotential speziell für die Öffentliche Hand, da diese – auf Grund einer Vielzahl an täglichen Zahlungsein- und -ausgängen – von rascher und kostengünstiger Abwicklung besonders



Seit die elektronische Abwicklung von Zahlungsströmen eingeführt wurde, gab es für kommunale Einrichtungen zahlreiche Neuerungen und Innovationen.

profitiert. Das lässt sich am Beispiel einer Gemeinde mit etwa 3.000 Einwohnern veranschaulichen, die für Kontoführung, e-Banking/MBS, 65 Kontoauszüge, 1.164 beleghafte/sonstige Umsätze im Quartal ein Standardentgelt von 896,64 Euro bezahlt. Für diesen Leistungsumfang bietet die BAWAG P.S.K. eine kostengünstigere Lösung in

Form einer Pauschalvariante von 250 Euro monatlich an.

Aber auch auf dem Gebiet des beleghaften Zahlungsverkehrs offeriert die BAWAG P.S.K. ihren Kunden verschiedenste Services, die die Abwicklung der Zahlungsströme vereinfachen.

Besonders vorteilhaft sind das österreichweit dichte Vertriebsstellennetz mit mehr als 1.310 Postfilialen – die im Rahmen langer Öffnungszeiten (teilweise sogar an Samstagen) sowohl für die Durchführung eigener Geschäfte als auch für Einzahlungen der Gemeindebürger zur Verfügung stehen – und 151 BAWAG Bankfilialen.

Unter Verwendung von Retourdatenträgern werden Kontogutschriften effizient gesammelt und verarbeitet, was das interne Handling einer Vielzahl an Einzahlungen auf Gemeindekonten erheblich erleichtert. Der Kunde erhält alle relevanten Informationen der Einzahlungen taggleich und fehlerfrei und kann diese sofort weiter verarbeiten. Um auf die spezifischen Anforderungen einzelner Gemeinden konkret eingehen zu können, steht ein BAWAG PSK Expertenteam jederzeit gerne für Beratungsgespräche sowie die Ausarbeitung individueller Zahlungsverkehrsangebote zur Verfügung.

Information

BAWAG P.S.K.
Doris Fock, BA
Bereich Institutionelle
Kunden & Öffentliche Hand
Georg Coch Platz 2
1018 Wien
Tel.: 01 / 534 53 / 42821
Fax: 01 / 534 53 / 41756
doris.fock@bawagpsk.com
www.bawagpsk.com

„President´s Award“ geht an zwei österreichische Mazda Betriebe

Vom Präsidenten ausgezeichnet

Die europäische Mazda Organisation hat letzte Woche in Dubrovnik, Kroatien, seine leistungsstärksten Händler mit dem President´s Award geehrt. Der Preis geht an all jene Mazda Betriebe aus insgesamt 23 verschiedenen Ländern, die sich im vergangenen Jahr durch bestes Kundenservice und optimalen Verkaufserfolg ausgezeichnet haben. Zu den österreichischen Aushängeschildern zählen die Unternehmen Lietz aus Oberösterreich und Fellner aus der Steiermark. Entgegenkommendes Service und absolute Zuverlässigkeit einer Marke sind Grundvoraussetzungen, um Kunden zu halten und auf Dauer zufrieden zu stellen. Auf diesem Gebiet beweist Mazda laufend seine Stärke. Zu-



Mazda Europa zeichnet zwei österreichische Mazda Betriebe – Lietz in Steyr (OÖ) und Fellner in Katsch (Stmk) – mit dem President´s Award aus.

letzt belegten Mazda2 und Mazda3 die Spitzenplätze beim TÜV-Report. Seit Jahren ist Mazda top beim repräsentativen Qualitätsreport des Fachmagazins Auto Bild. Und bei den renommierten J.D. Power Zufriedenheitsstudien platziert

sich Mazda kontinuierlich unter den besten Fünf.

Präsident dankt für österreichische Qualität
Seit 2005 werden die allerbesten Händler mit dem President's Award ausgezeichnet – heuer die Betriebe

be Lietz und Fellner. Neben James Muir, dem Präsidenten von Mazda Europa, bedankte sich auch Jorgen Oleson, Vizepräsident für Kundenservice, für die vorbildliche Leistung der beiden österreichischen Händler. Persönlich entgegen genommen wurden die Auszeichnungen von Robert Lietz (OÖ) und Franz Perner und Herbert Griesser von der Firma Fellner (Steiermark).

Information

Mazda Austria GmbH
Ernst Diez Straße 3
A-9029 Klagenfurt
Tel.: +43 463/388 80
Fax: +43 463/388 861
www.mazda.at

E.E.

HYPO Investmentbank AG als seriöser und risikobewusster Partner der Gemeinden

Ehrlich, verlässlich, kompetent!

Die HYPO Investmentbank AG steht zu 100 Prozent im Eigentum des Landes Niederösterreich. Diese Tatsache und die umsichtige Arbeit des Managements der letzten Jahre ermöglicht es,

chen Investitionsvorhaben ermöglicht die HYPO Investmentbank AG die Verwirklichung wichtiger Projekte von Gemeinden und Unternehmen, wie Verkehrsbetriebe oder Kran-



„Trotz Finanzkrise stehen wir unseren Partnern weiterhin sicher zur Seite“, so Dr. Harold.

mentbank AG ein verlässlicher und starker Partner. Erfolgsgaranten dafür sind sowohl die kurzen Entscheidungswege, als auch die notwendige Finanzstärke zur Finanzierung von hochwertigen Immobilienprojekten. „Bei uns kann man sich auf die Handschlagqualität verlassen“, verspricht Dr.

Harold. „Wir haben in Anbetracht der Finanzkrise unsere Investments sehr genau geprüft. Dadurch können wir Fehlinvestitionen nahezu ausschließen. Wir werden unseren Partnern, den Gemeinden weiterhin sicher zur Seite stehen“ so der Generaldirektor.

Sicherheit zählt gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten doppelt.

Dr. Peter Harold
Generaldirektor der HYPO
Investbank AG



auch weiterhin erfolgreich im Public Finance und Immobiliensektor tätig zu sein. Das Team um Dr. Peter Harold ist besonders spezialisiert auf Komplettlösungen im Public Finance Sektor. Als Partner bei öffentli-

kenhäuser. Auch im Immobilienbereich, der von der momentanen Wirtschaftskrise stark betroffen ist, bleibt die HYPO Invest-

Information

HYPOInvestmentbank AG
Kremser Gasse 20
3100 St. Pölten
Tel.: + 43 2742 4920-0
www.hypoinvest.at

E.E.

Mit Freude an der Natur durch die kalte Jahreszeit!

Wenn Eisblumen das Fenster schmücken

Der Herbst ist da, die Blätter fallen ab, die letzten Blütenblätter verwelken und die Sonne verschwindet oft hinter einer dicken Nebeldecke. Wenn die Tage kürzer und die Nächte länger werden, kann man mit Hilfe seines Landschaftsgärtners seinen Garten geschickt in eine Wintertraumlandschaft verwandeln. Mit der richtigen Winter-Checkliste kann man die richtigen Frostmaßnahmen treffen, damit man auch noch im nächsten Jahr den eigenen Traumgarten genießen kann. Vor allem in Gebieten mit geringen Schneelagen treten häufig Frostschäden auf. Der Rasen und die Wiesen gehören gesäubert und die Hecke zurecht geschnitten. Balkon- und Terrassenpflanzen



Mit der frühen Planung kann man nächstes Jahr den neuen Garten genießen.

überwintern am besten, wenn sie unter den korrekten klimatischen Bedingungen aufbewahrt werden. Der beste Winterschutz bei Gehölzen und Stauden ist die richtige Standortwahl. Eine sorgfältige Planung durch den Landschaftsgärtner bereits bei der Pflanzung kann schon im Vorfeld beste Bedingungen für ein winterfestes Gartenensemble schaffen. Viel Pflanzen

fallen mehr durch ihre Form als durch ihre Farbe auf. Gerade in der Dämmerung oder an nebelverhangenen Tagen, beflügeln sie mit ihren skurrilen Formen die Fantasie. Für einen guten Landschaftsgärtner ist es eine besondere Herausforderung, den Garten ganzjährig interessant zu machen und Licht als gestaltendes Element einzubeziehen. Hier ist professio-

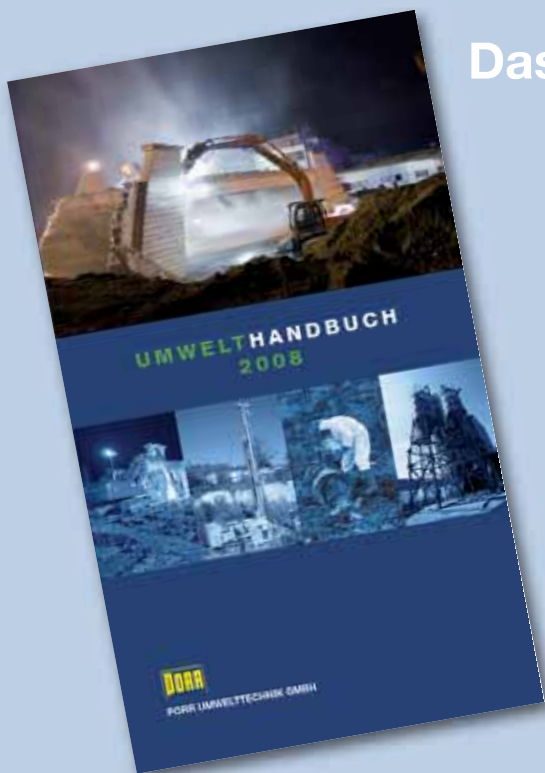
nelle Hilfe angebracht, denn – Hand aufs Herz – kennen Sie die Entwicklung der Gehölze und Pflanzen im Laufe des Jahres gut genug?



Information

Bundesinnung der Gärtner und Floristen
Tel.: 05 90 900 – 3191,
Fax: 01 504 36 13
lebensmittel.natur
@wko.co.at
www.gartentraeume.at

E.E.



Das PUT **Umwelthandbuch** 2008 ist da!

Nähere Informationen und Bestellungen auf:
www.put.at/umwelthandbuch



Energiesparen und Umweltschutz mit Energy-Contracting der Bank Austria

Gut fürs Budget und fürs Klima

Gemeinden, die trotz wirtschaftlichen Drucks Modernisierungsinvestitionen tätigen und in den Umweltschutz investieren möchten, finden im Energy Contracting eine interessante Alternative und in der Bank Austria einen kompetenten Partner.

Heute stehen Gemeinden im Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit durch infrastrukturelle Maßnahmen die Lebensqualität für ihre Einwohner zu halten bzw. zu verbessern und der Herausforderung, mit finanziellen Ressourcen schonend umzugehen. Nicht zu vergessen ist dabei auch die Umweltschutzkomponente. Denn nicht selten heißt Modernisierung heute Energie effizienter zu nutzen, die Umwelt und das Klima zu entlasten und damit einen Beitrag für die intakte Umwelt kommender Generationen zu schaffen.

Umso entscheidender wird für Gemeinden kompetente und partnerschaftliche Finanzberatung, um bestehende Positionen zu prüfen und zukünftige Projekte bereits in der Konzeptphase detailliert zu analysieren. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der richtigen Auswahl aus der breiten Palette von Zinsabsicherungs- und Optimierungsinstrumenten, bis hin zu alternativen Finanzierungsmöglichkeiten wie es eben Contracting eine ist.

Finanzierung durch Energiekosteneinsparung

Eine bereits erprobte Form im Bereich der Energieeinsparungs-Investitionen ist das Energy-Contracting. Bei diesem Finanzierungsmodell wird von einem Unternehmen, das die nötigen Sanierungen bzw. Neuinstallationen durchführt auch die Vorfinanzierung übernommen. Es empfiehlt sich, schon in der Planungsphase ein Finanzinstitut zu involvieren, das bei der Auswahl eines geeigneten Con-



tracting-Partners behilflich sein kann. Die eigentlichen Investitionskosten werden nach Umsetzung aus der erzielten Energiekosteneinsparung an das Unternehmen rückfinanziert. Dadurch kommt es zu keiner zusätzlichen Belastung des Gemeindebudgets. Nach Ablauf der Amortisationszeit profitiert die Gemeinde von den niedrigen Energiekosten.

Und auch die Bank Austria selbst setzt bei ihren Energie-Effizienz-Aktivitäten auf Contracting. So wurde vor kurzem im Rahmen eines Contractingprojektes am Standort Julius Tandler Platz in Wien der Austausch von 300 Beleuchtungsmittel durchgeführt. Die alten Leuchtmittel (à 80 Watt) wurden dabei durch moderne Energiesparlampen mit Alurefektor (à 20 Watt) ersetzt. Durch diese Maßnahme wird der jährliche Stromverbrauch um 43.000 kWh und der CO₂ Ausstoß um 7,3 Tonnen reduziert. Angenehmer Nebeneffekt: Eine deutlich bessere Lichtstärke! Wenn Sie Interesse an dieser budget- und klimaschonenden Finanzierungsvariante haben, freuen wir uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Nach Ablauf der Amortisationszeit profitiert die Gemeinde von den niedrigen Energiekosten.

Information

Bank Austria
Public Sector
Ulrike Sprosec
Telefon 050505/44869
E-Mail:
ulrike.sprosec@unicreditgroup.at

KUHN sorgt für problemloses und sicheres Arbeiten bei Verbund in Völkermarkt

Gerüstet für die Zukunft

Am 16. Oktober 2008 wurde an den Verbund APG in Obersielach eine Bison Palfinger Hubarbeitsbühne, Type TKA 35 KS übergeben. Der Verbund APG beschäftigt rund 400 Mitarbeiter und sichert damit die Stromversorgung in Österreich. Dies geschieht auf mehr als 3.500 Kilometer Leitungsstrasse und entspricht der doppelten Entfernung Wien-Moskau. Auf 12.000 Masten sind insgesamt 6.900 Kilometer Leitungen installiert. In Metallseilen, die bis zu fünf Zentimeter stark sind, fließt Strom auf den Spannungsebenen 380, 220 und 110 Kilovolt. Der derzeit zur Verfügung gestellte Strom wird überwiegend aus heimischer Wasserkraft gewonnen.



Die Bison Palfinger Hubarbeitsbühne TKA 35 KS besticht durch eine extreme horizontale Reichweite und der Möglichkeit, die Bühne im eingefahrenen Zustand zu bewegen.

Die technischen Mitarbeiter arbeiten Tag und Nacht und bei jedem Wetter, um ein Ziel zu erreichen: Zufriedene Stromkunden. Aus diesem Grunde wurde gemeinsam mit der Firma Kuhn Ladetechnik GmbH, Generalvertretung von Bison Palfinger Hubarbeitsbühnen, und der Firma MAN als Trägerfahrzeug ein Allrad LKW, Type TGM 18.330 4x4 BB mit einem Radstand von

3900 mm ausgewählt. Anfang Februar wurde die Bestellung an die Firma Kuhn Ladetechnik GmbH erteilt. Die Hubarbeitsbühne wurde nach Völkermarkt geliefert und wird hauptsächlich in der Betriebsregion Süd eingesetzt werden. Das Aufgabengebiet der Hubarbeitsbühne umfasst die Revision von Hochspannungsgeräten in Umspannwerken und Hochspannungsleitungen

sowie die Behebung von Störungen auf Hochspannungsleitungen und in Umspannwerken. Heribert Pözl, Obermeister von Obersielach: „Die Bison Palfinger Hubarbeitsbühne TKA 35 KS besticht durch eine extreme horizontale Reichweite und der Möglichkeit, die Bühne im eingefahrenen Zustand zu bewegen. Damit können wir in Umspannwerken problemlos und sicher arbeiten.“

Information

Kuhn Ladetechnik GmbH
Peter- Anich Str. 1
A – 4840 Vöcklabruck
Tel.: 07672/72532-0,
Fax: 07672/72532-290
office-It@kuhn.at

E.E.

Kalte Füße waren gestern ...



... innovativ ist ein Raumklima mit Beton!

Als hervorragender Energiespeicher sorgt Beton für ein behagliches Raumklima. Zusammen mit alternativen Energien wie zum Beispiel der Erdwärme wird Heizen und Kühlen umweltfreundlich und sparsam.

Mehr zum Thema: „Warum Sie Ihre Pantoffeln an die Wand nageln können“ und ökologisches Raumklima mit Beton erfahren Sie unter: www.beton-marketing.at

beton

Mit grabenlosen Techniken Geld sparen

Einfach grabenlos!

Österreich ist im internationalen Vergleich ein Muster-schüler, was den Einsatz moderner Technologien bei der Neuverlegung, Sanierung und Instandhaltung von Rohrleitungen für Gas, Wasser, Kanal und Fernwärme betrifft.

Einsparungspotenzial von bis zu 30 Prozent

Immer häufiger kommen grabenlose Techniken bei der Verlegung und Sanierung von Gas-, Wasser-,

bei grabenlosen Baustellen nahezu ungehindert weiter. Das alles spart Zeit, Geld und schont unsere Umwelt.

ÖGL – Die Branchenplattform für grabenlose Technologien

Die ÖGL wurde 1991 als unabhängiger Verein gegründet und hat sich seitdem zum Kompetenzzentrum für grabenlose Technologien in Österreich entwickelt. Sie fungiert als wichtigste Plattform für den



Grabenlose Technologien machens möglich: Der Verkehr fließt, Umwelt und Anrainer werden geschont!

Fernwärme- oder Kanalleitungen zum Einsatz. Und das aus gutem Grund. Als konkurrenzlose Alternative zur herkömmlichen (offenen) Bauweise bieten die grabenlosen Techniken ein Kosteneinsparungspotenzial von bis zu 30 Prozent und mehr. Gerade in dicht besiedelten, urbanen Gebieten sind grabenlose Technologien heute nicht mehr wegzudenken. Die Vorteile für Mensch und Umwelt liegen auf der Hand: Kürzere Bauzeiten, weniger LKW-Fahrten, deutlich verminderte Umweltbelastung durch Staub und Lärm und der Verkehr fließt

Informationsaustausch zwischen Planungs- und Auftraggeberseite, sowie Wissenschaft einerseits, und den Anbietern der grabenlosen Technologien andererseits.

Information

ÖGL – Österreichische Vereinigung für grabenloses Bauen und Instandhalten von Leitungen
Schubertring 14
Postfach 26
A-1015 Wien
Tel: +43/1/513 15 88-0
www.grabenlos.at

E.E.

Lang lebe die Schachtabdeckung!

Schluss mit zerstörten Schächten.

Selbstnivellierende einwalzbare

Schachtabdeckungen aus duktilem

Guss bilden eine Einheit mit der

Fahrbahndecke. Sie entlasten den

Schacht um bis zu 60 %.

Entdecken Sie die Vorteile:

- geringe Instandhaltungskosten
- 3-Punkt-Arretierung
- leichtes Handling und optimiertes Gewicht

HYDROTEC
Technologies



AET

Entwässerungstechnik GmbH

Vogelweiderstraße 107 • A-5020 Salzburg
Tel.: 0662/45 89 00 • Fax: 0662/45 89 00-13
E-mail: info@aet.at • Internet: www.aet.at

Ein neues Verfahren revolutioniert die Kanalsanierung

Ultraviolettes Licht härtet Harz und müde Rohre aus

Das System Inline mit UV-Licht bietet eine zuverlässige Lösung für kostengünstige und grabenlose Rohrsanierung. Bei geringem Aufwand an der Baustelle sind kurze Einbauzeiten mit einer minimalen Belastung der Infrastruktur garantiert.

DI Birger Huth

Mit diesem intelligenten Produktionsverfahren sind Spezialfirmen in der Lage, ein für den kommunalen Anwendungsfall maßgeschneidertes Produkt anzubieten – variabel hinsichtlich Länge, Durchmesser und Wanddicke. Die überlegenen Materialeigenschaften wie Festigkeit und E-Modul ermöglichen eine hohe Steifigkeit des Produktes bei relativ geringer Wanddicke. Dies sichert maximalen Durchfluss bei minimalem Querschnittsverlust.

Einbauverfahren

Nach einer gründlichen Reinigung wird mittels einer Winde zunächst der Pre-Liner (eine schützende Folie) und dann der werksseitig fertig konfektionierte GFK-Liner (GFK + Harz) in das zu sanierende Rohr eingezogen. Dieses Verfahren wird auch



Der geringe Platzbedarf an der Baumaßnahme, bietet den Vorteil, Sanierungen auch an schwer zugänglichen Orten wie zum Beispiel Altstadtzentren, Flughäfen oder Industrieanlagen ohne viel Aufwand schnell und effizient durchzuführen.

als Einzugsverfahren bezeichnet. Der Liner wird während der Installation durch eine Innen-

und Außenfolie vor äußeren Einflüssen geschützt. Mit Druckluft wird der GFK-Liner an die Rohrwandung gepresst, dabei passt sich der Liner allen Veränderungen im Querschnitt und Profil formschlüssig an. Nach vollständiger Ausdehnung wird eine spezielle UV-Licht-Quelle durch einen Endpacker in den Liner eingezogen. Sämtliche Vorarbeiten wie Aufbau einer Wasserhaltung, Abfräsen von Hindernissen und dergleichen, Einmessen von Zuläufen wird mittels eines Roboters vorgenommen.

Nachdem der Liner eingezogen und die Lichtquelle installiert wurde, wird diese gezündet und mit einer vorab definierten Geschwindigkeit durch den Liner gezogen. Dabei wird der Liner durch das UV-Licht ausgehärtet. Es entsteht ein neues Rohr im Altrohr. Die Aushärtegeschwindigkeiten variieren je nach Durchmesser und Wanddicke des Liners und betragen bis zum 70 Meter pro Stunde. Im Anschluss wird die Lichtquelle entfernt, die Enden werden bündig mit dem Kanal abgeschnitten und im anschließenden Arbeitsgang werden die Zuläufe des Rohres aufgefräst. Sämtliche Nacharbeiten wie

- ▶ Entfernen der Wasserhaltung
- ▶ Abnahmebefahrung und
- ▶ Druckprüfungen erfolgen und der sanierte Kanal kann nach erfolgter Abnahme dem Kunden übergeben werden.

Bei dem heutigen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen ist eine schnelle und unkomplizierte Sanierung von Rohrsystemen von besonderer Wichtigkeit. Die Grundidee des GFK-Liner-Systems besteht darin, die umgebende Infrastruktur an der Sanierungsstelle nur geringfügig zu belasten.

Die Vorteile des Liner-Systems mit UV-Härtung

- ▶ Bauartzulassung durch das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBT)
- ▶ Kontrollierte und vom TÜV überwachte Produktion nach DIN EN ISO 9001
- ▶ Verlegefertige Lieferung weltweit, sowie bis zu sechs Monate Lagerstabilität ohne Qualitätsverlust
- ▶ Doppelte Qualitätskontrolle durch Kameratechnik vor und nach dem Aushärten
- ▶ Geringer Platzbedarf
- ▶ Kurze Einbauzeiten aufgrund der UV-Lichthärtung
- ▶ Als Auskleidung einsetzbar oder selbsttragend für Rohre und Kanäle aller Rohrmaterialien
- ▶ Nahtlose Konstruktion und glatte Oberfläche, Chemieschutzschicht
- ▶ Für alle Kreis- und Ei-Profile geeignet DN 150 bis DN 1200
- ▶ Höchste mechanische Kennwerte durch Glasfaserverstärkung deshalb nur geringe Wanddicken notwendig und deshalb wenig Querschnittsverlust nach der Sanierung
- ▶ Geringer Energiebedarf bei Produktion, Transport und Einbau
- ▶ Vollständiges Öffnen der Zuläufe unmittelbar nach Aushärtung des Liners möglich
- ▶ Grundwasserzonen beeinträchtigen die UV-Lichthärtung nicht



Einzug eines GFK-Liners.



Nachdem die Lichtquelle installiert und gezündet wurde, härtet das UV-Licht den Liner aus.

Hinsichtlich Qualität des Liners weisen wir darauf hin, dass hier eine werksseitige Tränkung vorgenommen wird und keine Baustellentränkung. Die UV-Lichthärtung ermöglicht es, während der Aushärtung eine ständige Kontrolle (TV) der Aushärtung zu dokumentieren. Sämtliche

Parameter wie Druck, Temperatur, Anzahl der Lichtquellen und div. andere Parameter werden alle drei Sekunden abgenommen und gespeichert. Das ermöglicht eine qualitätsüberwachte Kontrolle der Bauleistung. Diese Daten werden üblicherweise dem Kunden zur Verfügung gestellt und nach erfolgreicher Aushärtung dem Herstellerwerk mittels Datenfernübertragung zwecks Qualitätssicherung zur Verfügung gestellt.

Energie, ein wichtiger Umweltfaktor

Der Energieverbrauch während einer Baumaßnahme ist sowohl

ein Kosten- als auch ein Umweltfaktor. Durch die Verwendung von lichthärtenden Harzen ist der Verbrauch von Energie und anderen Ressourcen an der Baustelle, verglichen mit anderen Installationsmethoden (zum Beispiel Warmwasserhärtung), erheblich geringer. Diese Vorteile werden gesteigert durch die kurzen Einbauzeiten, ohne aufwendige Erdarbeiten und Beeinträchtigung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Der geringe Platzbedarf an der Baumaßnahme, bietet den Vorteil, Sanierungen auch an schwer zugänglichen Orten wie zum Beispiel Altstadtzentren, Flughäfen oder Industrieanlagen ohne viel Aufwand schnell und effizient durchzuführen.



Dipl.-Ing. Birger Huth unterrichtet an der Ingenieurhochschule Wismar

Resümee

Die Schadensbilder sind bei der Rohrsanierung sehr vielseitig. Daher gibt es kein universelles Sanierungsverfahren. Ein UV-lichthärtendes System bietet für die meisten Sanierungsfälle eine optimale Lösung.

Zertifizierte Qualität bringt Sicherheit

- Sanierung von Gas-, Wasser- und Abwasserleitungen
- Sanierung von Behältern und Bauwerken
- Inliner, Kurzliner, Roboter
- Hausanschluß-Sanierung
- Hutprofil und Quick-Lock
- TV- und Druckprüfung







Ing. Christoph Hofstadler
Leiter Rohrsanierung
A-4020 Linz, Edlbacherstrasse 10
Tel.: 0043 - (0)732 - 6971 - 7228
Mobil: 0043 - (0)664 - 825 52 67
e-mail: c.hofstadler@swietelsky.at



S 27.09
S 10.05
S 15.16
S 20.02
S 42.01



Qualified
UGL
Member



mit Sicherheit put beraten




swietelsky-faber.com

FREQUENZWELLE 2009 – der Fitnessstest für Ihre Innenstadt !

FREQUENZREPORT 2008 – ab Jänner erhältlich !

Seit dem Jahr 2000 erhebt Infrapool in allen Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern und Bezirkshauptstädten Österreichs die Passantenfrequenz am bestbesuchten Standort in der Innenstadt. Die nächste Frequenzwelle im März und Oktober 2009 bietet Ihnen die kostengünstige Erhebung der Innenstadtfrequenz und den Vergleich der Daten mit mehr als 80 österreichischen Städten. Die Daten der Frequenzwelle werden im Immobilienpreisspiegel des Fachverbandes für Immobilien- und Vermögenstreuhand – eine der wichtigsten Quellen für Standortbewertung von Frequenzlagen – veröffentlicht. So kommt Ihre Stadt auf das Radar der Immobilienbranche.



Wie fit und belebt ist Ihre Stadt? Finden Sie es heraus mit dem Frequenzreport 2008!

Erhebungszeitraum:

9. bis 21. März 2009 und
12. bis 24. Oktober 2009
Kosten: ab 690 Euro (excl.
MWSt.)

Aufzeichnung und Auswertung Montag bis Freitag

von 8 – 19 Uhr und Samstag von 8 – 18 Uhr. Bei Fragen zu Spezialauswertungen (Alter und Geschlecht, mehrere Standorte, weitere Tage etc.) oder zu unserem Komplettservice freuen wir

uns auf Ihre Kontaktaufnahme. Den FREQUENZREPORT VON ÖSTERREICHS INNENSTÄDTEN 2008 mit aktuellen Frequenzdaten österreichischer Städte ab ca. 10.000 Einwohner können Sie zum Subskriptionspreis von 95 Euro excl. MWSt. online bestellen. Erscheinungsdatum ist der Jänner 2008.

Information

Infrapool – Vereinigung für Stadt- und Standortmarketing e.V.
Mag. Constanze Schaffner
+43 (0)69919449404
marketing@infrapool.com
www.infrapool.com

E.E.

WER IM RATHAUS SITZT KANN DAS KLIMA NACHHALTIG VERBESSERN!

UND CO₂ REDUZIEREN!

Wie Österreichs Bürgermeister Pioniere für Klimaschutz durch Energiekostenoptimierung und Reduktion der CO₂ Emission werden.

Modernes Energiemanagement ist die große Herausforderung der Zeit. Die rasche Weiterentwicklung von Technologien der Elektrotechnik und das allgemein gestiegene Umweltbewusstsein

der Bevölkerung – hervorgerufen durch Ereignisse wie Jahrhundertstürme oder Jahrhundertfluten – fordern alle auf, Ihren Beitrag zu leisten.

SCHRACK TECHNIK PRÜFT KOSTENLOS IHR POTENTIAL FÜR NACHHALTIGEN KLIMASCHUTZ UND ENERGIEEINSPARUNG

UNSERE GEMEINDE HAT:	Anzahl der Leuchtstoffröhren:		
	58W	36W	18W
<input type="checkbox"/> Gemeindeamt			
<input type="checkbox"/> Schule			
<input type="checkbox"/> Kindergarten			
<input type="checkbox"/> Sporthalle			
<input type="checkbox"/> Feuerwehrgebäude			
<input type="checkbox"/> Sonstiges			

Absender und Ansprechpartner

SCHRACK
TECHNIK

TEL 01/866 85-500
E-MAIL info@schrack.com

Pipelife Austria erweitert Distributionszentrum Kreams

Denkt man an Rohr, denkt man an Pipelife

Pipelife Austria feierte am 23. September 2008 die Erweiterung des Distributionszentrums Kreams. LH-Stv. Ernest Gabmann eröffnete im Beisein von rund 120 Festgästen die neue Halle II des größten österreichischen Kunststoffrohrherstellers. Die Pipelife-Partnerschule HTL Kreams präsentierte in diesem Rahmen die Ausstellung „Realisierte Projekte von Absolventen der HTL Kreams“.

Von Kreams nach ganz Österreich

Das Traditionsunternehmen ist bereits seit den 1950er Jahren in Kreams ansässig. Von diesem Standort aus läuft heute die gesamte österreichweite Logistik. Gemäß der Philosophie „alles aus einer Hand“ bietet der Kunststoffrohrhersteller maßgeschneiderte Komplettlösungen an. Die Rohre selbst lagern durchwegs auf den Freiflächen des 60.000 m² großen Areals. Für manche Systembestandteile ist die Lagerung in einem geschützten Innenbereich notwendig. Durch die permanente Erweiterung des Angebots – speziell im Bereich der Haustechnikprodukte für Installateure – erschöpfte sich allmählich die Kapazität des vorhandenen Hochregallagers. „In Kombination mit der neuen Halle II sind die Voraussetzungen im Distributionszentrum Kreams nun optimal“, zeigte sich Pipelife-Geschäftsführer Mag. Karl Aigner zufrieden. „Prompte Warenverfügbarkeit stellt einen wichtigen Erfolgsfaktor dar.“ Auch Kundennähe ist wesentlicher Bestandteil der Firmenphilosophie. So verfügt Pipelife über 20 Verkaufsniederlassungen in Österreich, die von Kreams aus gezielt bedient werden.



Foto: Pressefotos.at/DeSt

Pipelife-Geschäftsführer Mag. Karl Aigner, LH-Stv. Ernest Gabmann, LT-Abg. Bürgermeisterin Inge Rinke und Prof. DI Gerald Sam, Direktor HTL Kreams bei der Eröffnung.

Rohrsysteme für viele Bereiche des Lebens

„Pipelife kann für sämtliche Anwendungsbereiche Rohre anbieten. Denkt man an Rohr, kann man also an Pipelife denken“, betonte Aigner im Rahmen der Eröffnungsansprache. Tatsächlich gibt es österreichweit kaum ein Gebäude oder Versorgungsnetz, das nicht mit einem Produkt des Marktführers ausgestattet ist. Aktuell umfasst die umfangreiche Produktpalette mehr als 10.000 Artikel: Rohrsysteme für Trinkwasserleitungen, Kanalisation und Kabelschutz, für Heizung, Kaltwasser, Warmwasser, Elektroinstallation und Abfluss im Haus, weiters Bewässerungssysteme für Hausgärten,

Golfplätze, Fußballfelder und Parkanlagen, Gasversorgungs- und Dränagesysteme. Pipelife Austria mit Headquarter und Produktionsstandort Wiener Neudorf erwirtschaftete 2007 mit 272 Mitarbeitern einen Umsatz von 106 Mio. Euro. Neben dem Distributionszentrum befindet sich am Standort Kreams eine der 20 österreichweiten Verkaufsniederlassungen.

Fact Box

Neubau DLZ Campus West, Kreams: Komplett Installation mit Rohrsystemen von Pipelife

Das Projekt ist ein besonders schönes Beispiel für das Pipelife-Motto „alles aus einer Hand“. Bei diesem prestigeträchtigen Neubau ist es gelungen, Pipelife Produkte in allen Bereichen zu etablieren.



Foto: BM Werner

Information

Pipelife Austria GmbH & Co KG
2351 Wr. Neudorf
Tel: +43.2236.6702-0
Fax: +43.2236.6702-264
info@pipelife.at
www.pipelife.at

Arbeitsschutz 2008 ist nicht mehr nur „Sicherheit an Maschinen“

Burn Out – moderne Krankheit in der Arbeitswelt?

Die Arbeitswelt verändert sich zunehmend. Vor einigen Jahren hat man sich im ArbeitnehmerInnen- beziehungsweise Bediensteten-Schutz noch in erster Linie um Sicherheitsvorkehrungen an Maschinen oder um ergonomische Sessel im Büro gekümmert. Heute sind es die zunehmende Arbeitsmenge, ein schlechtes Betriebsklima und wenig Gestaltungsspielraum bei der Arbeit, die uns Sorgen bereiten. Zuviel Stress macht auf Dauer krank und kann zu Burn Out führen.

Alexander Kronabeter

Internationale Studien belegen, dass Menschen, die unter hohem psychischem Druck und mit geringem Handlungsspielraum arbeiten, um mindestens 50 Prozent mehr und um 75 bis 160 Prozent längere Krankenstände

Emotional macht sich Erschöpfung breit – Burn Out ist unter anderem auch geprägt von Überforderung, Frustration und Angst vor dem kommenden Arbeitstag.

haben als Menschen, die nicht unter diesem Arbeitsstress leiden. Über zwei Millionen Krankenstandstage waren 2005 auf psychische Belastungen zurückzuführen. Das sind sechs Prozent aller Krankenstandstage der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Psychische Erkrankungen sind bereits die zweitgrößte Gruppe der Neuzugänge in die Erwerbsunfähigkeitspension – größer ist nur mehr die Gruppe der Muskel- und Skeletterkrankungen, deren Ursache aber auch oft auf psychischer Belastungen zurückzuführen ist. Entflammt, ausgebrannt, müde, erschöpft – so beschreiben immer mehr ArbeitnehmerInnen,



Alexander Kronabeter ist Referent für Humanisierung und Vertretung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

die unter Burn Out leiden, ihre Probleme am Arbeitsplatz. ExpertInnen beschreiben Burn Out als Belastungssyndrom, das von emotionaler, geistiger und körperlicher Erschöpfung geprägt ist. Es äußert sich vor allem in drei Merkmalen:

- Ermüdung und Erschöpfung begleitet die Betroffenen von früh bis spät. Oft leiden die Burn-Out-Betroffenen auch unter Schlafstörungen und Kopfschmerzen und sind auch häufig erkältet. Auch emotional macht sich Erschöpfung breit – Burn Out ist geprägt von Überforderung, Frustration und Angst vor dem kommenden Arbeitstag.
- Depersonalisation – gemeint ist die Gleichgültigkeit gegenüber anderen Menschen, ein Zynismus und die Behandlung von Menschen als Objekte.

- Negative Einstellung zur eigenen Arbeit und Leistung. Viele Betroffene erleben sich eingeschränkt in ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit und zweifeln an ihrer Kompetenz. Sie scheitern an den oft sehr hoch gesteckten Zielen, haben das Gefühl zu versagen und entwickeln ein zunehmend negatives Bild von sich selbst.

Burn Out entwickelt sich über Monate, manchmal sogar über Jahre. Bei Burn Out durchläuft man Phasen, wie idealistische Begeisterung, verstärktes Engagement am Arbeitsplatz, die zunehmende Vernachlässigung eigener Bedürfnisse – zum Beispiel Zeit mit Freunden und Familie, Verleugnung von Problemen, Rückzug aus der Umwelt, Innere Leere, Depression und – im schlimmsten Fall – den Zusammenbruch. Der innere Leistungsdruck und die zunehmende Belastung am Arbeitsplatz sind verantwortlich für diesen Teufelskreis.

Bei Burn Out handelt es sich schon lange nicht mehr um eine ManagerInnenkrankheit. Ganz im Gegenteil: Oft ist es die Mitarbeiterin im Callcenter, die unter Dauerstress leidet, die Sozialarbeiterin oder der Techniker mit Rufbereitschaft und Erfolgsdruck, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abfallwirtschaft mit starken körperlichen Belastungen oder solche in der

Krankenstandstage nach Krankheitsgruppen (Statistik Austria, 2005)

Krankheiten der Atmungsorgane	8,92 Mio.
Muskel- und Skeletterkrankungen	7,28 Mio.
Unfälle	6,67 Mio.
Psychische u. Nervenerkrankungen	2,11 Mio.
Alle Krankenstandstage	35,25 Mio.



Burn Out zieht sich durch alle Berufsgruppen und Lebenslagen und ist das Ende der Stresskette.

Verwaltung und dem öffentlichen Verkehr.

Burn Out zieht sich durch alle Berufsgruppen, Lebenslagen und ist das Ende der Stresskette. Die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der GdG (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten) schon immer ein Anliegen gewesen. Menschen dürfen durch ihre Arbeit nicht krank werden – das war und ist ein politisches Ziel, das uns seit vielen Jahren begleitet. Diese allarmierenden Zahlen bestärken die GdG im Bestreben, sich für einen vermehrten Einsatz von ArbeitspsychologInnen zu kümmern.

Arbeitspsychologen können Betriebe oder Gemeinden dabei unterstützen, Stress, Burn Out, aber auch Mobbing vorzubeugen und damit ein besseres Arbeitsklima und bessere Gesundheitsbedingungen herzustellen. Um Burn Out vorzubeugen ist es unabdingbar, die Arbeitsbedin-

Viele Burn-Out-Betroffene erleben sich eingeschränkt in ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit und zweifeln an ihrer Kompetenz. Sie scheitern an den oft sehr hoch gesteckten Zielen, haben das Gefühl zu versagen und entwickeln ein zunehmend negatives Bild von sich selbst.

gungen zu verbessern. Letztlich geht es darum, Stress zu vermindern, an einem menschlichem Betriebsklima zu arbeiten, Anerkennung zur Unternehmenskultur zu machen. Ein Instrument dafür ist der Impulstest und – darauf aufbauend – die Betriebliche Gesundheitsförderung.

Der Impulstest erkennt Stressfaktoren im Betrieb

Ein gutes und bewährtes Instrument, um Stressfaktoren im Betrieb aufzuzeigen, ist der vom ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) und den Sozialpartnern entwickelte Impulstest. Mit Hilfe dieses Tests werden bestehende Stressfaktoren im Betrieb sichtbar gemacht. Der Test zeigt auf, wo gute Ansatzpunkte für positive Veränderungen liegen, die Beschäftigte zufriedener, motivierter und gesünder machen. Oft braucht es nicht viel dazu – eine spezielle Weiterbildung, einen besseren Informationsfluss oder einfach nur eine Klärung der Arbeitsabläufe kann schon Einiges bewirken.

Der Fragebogen zeigt auf, wo die Wünsche der ArbeitnehmerInnen mit den

Realitäten der Arbeitsbedingungen besonders auseinander klaffen. Sei es im Bereich des persönlichen Handlungsspielraumes, der Vielseitigkeit der Arbeit, der Arbeitsmenge, Anforderung und Arbeitsumgebung oder im Bereich des Informationsflusses, der Mitsprache- und Entwicklungsmöglichkeiten. Begleitend zum Test gibt es eine ausführliche IMPULS-Broschüre, mit der Sie

- erkennen, wie Ihre eigene oder die Stress-Situation in



Gründe für Neuzugänge bei Erwerbsunfähigkeitspensionen (2005, Hauptverband)



Foto: Buenos Dias

Psychische Erkrankungen sind bereits die zweitgrößte Gruppe der Neuzugänge in die Erwerbsunfähigkeitspension.

Muskel- u. Skeletterkrankungen	10.600
Psychische, Nerven- u. Sinnesorganerkrankungen	8.960
Kreislaufkrankungen	4.200
Krebs	2.500
Alle	30.872

der Abteilung oder im Unternehmen aussieht,

- ▶ erfahren, welche Maßnahmen für die Gestaltung von befriedigenden und gesundheitsförderlichen Arbeitsbedingungen möglich sind,
- ▶ Anleitungen bekommen, wie Sie diese Maßnahmen umsetzen können,
- ▶ und Hinweise über weitere Informationen und Kontaktstellen finden.

Die Impuls-Broschüre und der Impulstest können im Internet herunter geladen werden, oder auch direkt beim ÖGB bestellt werden. Nähere Infos dazu unter www.gdg.at (Arbeitswelt) oder www.gesundearbeit.at

Startschuss für betriebliche Gesundheitsförderung

Der Impulstest zeigt Handlungsfelder auf, wo Betriebe und Gemeinden mit nachhaltigen Gesundheitsmaßnahmen zur Stressminimierung ansetzen können. Für ein erfolgreiches Projekt zur Umsetzung von Maßnahmen gibt es, aus langjähriger Erfahrung des ÖGB,

einige wichtige Grundsätze:

- ▶ PersonalvertreterInnen, BetriebsrätInnen, Behindertenvertrauenspersonen von Anfang an in das Projekt einbinden. Sie haben gute Erfahrungen, welche Arbeitsbedingungen im Betrieb herrschen und wie die ArbeitnehmerInnen für das Projekt zu begeistern sind.
- ▶ Erarbeitung der Maßnahmen gemeinsam mit den MitarbeiterInnen, zum Beispiel in Form von Gesundheitszirkel.
- ▶ Persönliche Information aller MitarbeiterInnen über die anonyme Durchführung des Impulstests und den geplanten Projektablauf.
- ▶ Erfolgskontrolle mit einem neuerlichen Impulstest nach ein bis zwei Jahren.

Der Impulstest zeigt Handlungsfelder auf, wo Betriebe und Gemeinden mit nachhaltigen Gesundheitsmaßnahmen zur Stressminimierung ansetzen können.

Ing. Dr. Andreas Kämpf

Kommunale Abwässer resultieren aus privaten Haushalten, öffentlichen Einrichtungen, Gewerbebetrieben und mögliche Niederschlags- und Drainagewasser. Lässt die Topographie des Geländes kein Abtransport des Abwassers über Freigefällekanäle zu, so werden Pumpstationen eingesetzt, die das Abwasser in Schächten sammeln und auf ein höheres Niveau pumpen bzw. mehreren Kilometern in das nächste Klärwerk oder die nächste Freispiegelleitung fördern.

Auf die Pumpe kommt es an

Freistrompumpen können nahezu verzopfungsfrei betrieben werden, da Feststoffe oder langfasrige Stoffe berührungslos am Laufrad vorbeigefördert werden. Kanalradpumpen weisen höhere Wirkungsgrade und Förderhöhen auf. Bei abrasiven Stoffen im Fördermedium verliert die Pumpe an Leistung, wenn der Axialspalt – Spalt zwischen Laufrad und Gehäuse – der infolge von Materialabtrag vergrößert wird. Deshalb, lässt sich bei hochwertigen Pumpen der Axialspalt einfach nachstellen oder das Kanalrad mit einer Keramik Beschichtung zu versehen, die dem Abtrag entgegenwirkt. So bleibt die hohe Effizienz über den gesamten Lebenszyklus erhalten.

Praxisbeispiel, der Wirkungsgrad wird aufgrund der Nachjustierung des Axialspaltes über die Laufzeit nahezu konstant gehalten. Bei der konventionellen Pumpe wird der Wirkungsgrad durch Abnutzungserscheinungen bereits nach bereits sieben



Die Hersteller bieten viele intelligente Lösungen um den Energieeinsatz für den Abwassertransport weiter zu reduzieren.

Hohe Standzeiten – niedrige Betriebskosten

Über die Lebenszykluskosten von Abwasserpumpstationen

Die aktuelle Diskussion zur Reduzierung von CO₂-Emissionen macht auch vor der Technik zur Abwasserbeseitigung nicht Halt. Abwasserpumpstationen, die zur Förderung von Schmutzwasser eingesetzt werden, müssen bereits während der Planung optimal ausgelegt werden. Für diese Pumpstationen existieren intelligente Lösungen, die nachfolgend beschrieben werden.



Pumpstationen werden eingesetzt, um das Abwasser in Schächten zu sammeln und auf ein höheres Niveau zu pumpen.

Jahren von 62 auf 43 Prozent sinken. Dies bedeutet die CO₂-Einsparungen durch die Kanalradpumpe mit Axialspalt-Justierung betragen (Emissionsfaktor bei Strom 638,9 g/kWh) 5,0 t/a. Dabei wurde nur ein Jahr exemplarisch herausgegriffen.

Schächte für Generationen

Abwässer mit organischen Substanzen neigen zur Produktion von Schwefelwasserstoffen, welches bei Betonschächten zu massiven Ausfällen und Schäden führt. Aus diesem Grund setzen sich auch im kommunalen Bereich die einfache Installation und die weit über 50 Jahre widerstandsfähigeren Kunststoffschächte aus PE-HD immer mehr durch.

Billig ist meist teuer

Geringe Investitionskosten, Verwendung von verzinktem Stahl-Druckrohrleitung, günstige Betonringe und billige Abwasserpumpen rächen sich in

der Regel schnell. Die aggressiven Fördermedien sorgen dafür, dass der Austausch dieser Komponenten bereits nach kurzer Zeit vorprogrammiert ist. Investitionen in qualitativ hochwertigere Materialien z.B. PE-Schächte mit Edelstahl-Druck-

rohrleitungen und Qualitätspumpen für Abwasser, rechnen sich durch hohe Standzeiten, geringe Betriebskosten und niedrige Energiekosten aufgrund hoher Pumpenwirkungsgrade.

Information

Autor: Ing. Dr. Andreas Kämpf
JUNG PUMPEN GmbH
Industriestraße 4-6
D-33803 Steinhagen
Fon +49 (0)5204 17-0
Fax +49 (0)5204 80368
info@jung-pumpen.de
www.jung-pumpen.de

E.E.



Einer von 330 JUNG PUMPEN Experten



Abwasserpumpstation PKSB 800-32

„Wir machen mächtig Druck -
genau dort, wo
Sie ihn brauchen!“



Setzen Sie auf die **Qualität** von JUNG PUMPEN und profitieren Sie von nahezu 30 Jahren Erfahrung in der Druckentwässerung. Ob begreifbar, befahrbar bis 12,5 t bzw. 40 t, der neue Kunststoffschacht PKSB 800-32 ist konstruiert für die unterschiedlichsten Belastungsfälle. Alle Qualitätsprodukte von JUNG PUMPEN – „**Made in Germany**“ – sind direkt in Österreich erhältlich!

JUNG PUMPEN HGmbH · Perfektastraße 61/2
1230 Wien · Tel. 01-728 0262 · www.jung-pumpen.at

Hygiene-Trocknungsgeräte machen Füße gesund

Nasse und kalte Füße am Arbeitsplatz

Ob bei der Arbeit in der freien Natur, auf Bauhöfen oder im Verkehr, bei der Müllentsorgung, Polizei oder der Feuerwehr, nasse und kalte Füße mindern das Wohlbefinden und machen auf Dauer krank. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen die negativen Auswirkungen auf die Gesundheit und damit auch auf die Arbeitsleistung.

Mag. Manfred Weismayer

Wer kalte Füße bekommt, gehört nicht gerade zu den erfolgreichen und angesehenen Menschen. Das belegt auch eine alte Redensart, wonach Menschen dann kalte Füße haben, wenn sie aus Angst vor Aufgaben flüchten. Vermutlich ist das Problem der kalten Füße so alt wie die Menschheit selbst. Aber kalte und noch schlimmer nasskalte Füße will und kann man sich heute gerade im Berufsleben nicht mehr leisten. Vor allem dort, wo unter unangenehmen Rahmenbedingungen, bei widrigen klimatischen Verhältnissen gearbeitet wird, wo permanent Leistung erbracht werden muss, sind solche Störfaktoren extrem lästig und langfristig sogar gefährlich. In der freien Natur, auf Bauhöfen oder im Verkehr, bei der Feuerwehr, der Müllentsorgung oder der Polizei geht es darum, ständig konzentriert, leistungs- und einsatzbereit zu sein. Das ist nicht leicht, zum Beispiel im regnerischen



Ing. Mag. Manfred Weismayer war Sportwissenschaftler beim Heeres-sportzentrum Wien

und kalten Novemberwetter, wenn die Schuhe völlig durchnässt sind und die Füße frösteln. Dass die Füße zuerst zu frieren beginnen, ist kein Zufall. Es gehört zur natürlichen Überlebensstrategie des Körpers. Dieses Verhalten und dessen Auswirkungen wurden am Institut für Sportwissenschaften der Universität Innsbruck (Univ.-Prof. Dr. Werner Nachbauer) erforscht. Bei sehr niedrigen Außentemperaturen lässt der Körper zuerst die Durchblutung der Extremitäten absinken. Der Grund ist einleuchtend: Das Blut wird von Füßen und Händen abgezogen und in die lebenswichtigen Zentralorgane des Körpers, also Herz, Lunge und Gehirn gepumpt. Ein ganz normaler Schutzmechanismus, allerdings mit Nebenwirkungen. Warum diese unangenehm sind und zwar vor allem für arbeitende Menschen, das haben amerikanische Wissenschaftler untersucht. Sie fanden heraus, dass die Leistung der Muskulatur durch das Abfallen der Temperatur um ein

Grad Celsius bereits um bis zu acht Prozent abnimmt. Durch kalte Füße und Hände reduziert sich die Muskelkraft um bis zu 50 Prozent, es kommt zu schnelleren Ermüdungserscheinungen. Während im Leistungssport solche Phänomene längst erkannt sind und entsprechend behandelt werden, indem man sich vor jedem Training oder Wettkampf aufwärmt, gehen die Menschen im Arbeitsbereich noch ziemlich nachlässig damit um. Und das obwohl es hier nicht nur um die verfügbare Muskelkraft, sondern auch um das psychische Wohlbefinden geht. Die Konzentration lässt nach. Motorische und koordinative Fähigkeiten werden eingeschränkt. Doch was kann gegen kalte Füße getan werden? Gutes Schuhwerk und dicke Socken sind eine Möglichkeit, aber auf Dauer und bei eisiger Kälte keine Lösung. Hier kann nur der Einsatz von Schuhheizsystemen, wie bereits im Sportbereich üblich, Abhilfe schaffen. Diese wärmen Füße einen ganzen Arbeitstag lang, die Menschen bleiben leistungsfähiger und gesund.

Feuchtes Schuhwerk im Test

Genauso wie Kälte ist auch Nässe ein Störfaktor mit den gleichen negativen Konsequenzen. Nasse oder verschwitzte Schuhe sind ge-



Das Ergebnis der Tests im Labor war eindeutig: Die Anzahl der Keime war nach der Behandlung mit den Hygiene-Trocknungsgeräten signifikant geringer als der Vergleichswert ohne.

(Ing. Mag. Dr. Walter Buzina und Univ. Prof. Mag. Dr. Franz F. Reinthaler) wurden dazu wissenschaftliche Labortests mit vier verschiedenen Mikroorganismen (*Staphylococcus aureus*, *Aspergillus fumigatus*, *Candida albicans* und *Trichophyton*) durchgeführt. Zunächst wurden nasse Schuhe in ihrer ursprünglichen Form diagnostiziert. Dann kamen bei einem Teil die Hygiene-Trocknungsgeräte zum Einsatz und die anderen wurden ohne Hilfsmittel getrocknet. Die Keimzahlen wurden schließlich in Abhängigkeit von der Trocknungszeit mit und ohne Gerät statistisch analysiert und ausgewertet. Das Ergebnis war eindeutig: Die Anzahl der Keime war nach der Behandlung

rade am Arbeitsplatz nicht zu unterschätzen, ganz abgesehen von den unangenehmen Gerüchen führen diese auch zu einem Motivationsverlust. Weil oft die Möglichkeiten zum Trocknen fehlen bzw. die Zeit nicht ausreichend ist, bleiben die Schuhe nass. In diesem Metier fühlen sich bestimmte Mikroorganismen (wie z.B. Eiter- und Wundinfektionserreger, Schimmelpilz, Hefepilz, Hautpilz etc.) besonders wohl und vermehren sich entsprechend. Die gesundheitlichen Folgen reichen von Erkältungen bis hin zu Fußpilz.

Wenn jedoch die Schuhe mit entsprechender Technik getrocknet und hygienisch bearbeitet werden, dann können bestimmte, anfangs nicht wahrnehmbare Begleiterscheinungen eliminiert werden.

Diese Thematik wurde aufgegriffen und führte zur Entwicklung von verschiedenen Geräten, die mehr können als nur trocknen: Sie sorgen für saubere Verhältnisse im Schuh. Doch was geschieht eigentlich in einem feuchten Schuh?

Am Institut für Hygiene der Medizinischen Universität Graz

mit den Hygiene-Trocknungsgeräten signifikant geringer als der Vergleichswert ohne. Hier wurde sogar eine Zunahme festgestellt und die unbehandelten Schuhe entwickelten sich zu einer Brutstätte für Bakterien.

Wie schnell trocknen Schuhe

In einem weiteren Test wurde untersucht, wie gut und schnell Schuhe trocknen können. Dabei wurde feuchtes Sohlenmaterial einer Schuheinlage in vier Stücke geschnitten und an vier unterschiedlichen Positionen in die Schuhe eingebracht. Mit Hygiene-Trocknungsgeräten waren nach 30 Minuten drei der vier Teile komplett getrocknet, nach 120 Minuten alle. Sohlenstücke in Referenzschuhen ohne Hygienegeräte waren auch nach 150 Minuten noch nicht trocken. Fazit: Wer trockene und hygienisch reine Schuhe haben möchte, muss auf Hygiene-Trocknungsgeräte zurückgreifen. Diese Hygiene-Trocknungsgeräte sind in Kürze zum Vorzugspreis über www.kommunalnet.at zu beziehen.





thermic
warm up technologies

NIE MEHR KALTE FÜSSE.

SCHUHHEIZUNG

MAX SET (AKKUPACK & EINLEGESOHLE)

- + Wieder aufladbare Akkus sorgen für Wärme bis zu 14 Stunden
- + 3 Wärmestufen
- + Zuschneidbare Einlegesohle
- + Standard Ladegerät 230 V



SCHUHTROCKNER

BOOTDRYER

- + Trocknet völlig durchnässte Schuhe materialschonend in wenigen Stunden
- + Kompakt und leise
- + Für alle Schuharten und Schuhgrößen geeignet
- + Zur täglichen Anwendung



www.thermic.com

Gemeindekooperation: Steuereinnahmen aufteilen

Neun Gemeinden – ein Wirtschaftsraum

SALZBURG-LAND

Eine absolute Premiere gibt es nun in Salzburg: Neun Gemeinden des Oberpinzgaus arbeiten künftig bei den Gewerbegebieten zusammen. Die Steuereinnahmen aus den Betrieben werden nach einer neuen Regelung unter den Orten von Niedersill bis Krimml aufgeteilt. Die neue Regelung bestimmt nicht den Standort eines Betriebs, soweit sind sich die Bürgermeister und ihre Stellvertreter einig. Jetzt müssen noch die

Gemeindevertretungen diesem einmaligen Steuerausgleich zustimmen. In Uttendorf, Stuhlfelden, Mittersill und Neukirchen ist dies schon geschehen. Bei den anderen fünf Gemeinden (Hollersbach, Niedersill, Pamberg, Wald im Pinzgau und Krimml) wird ein Urteil noch erwartet. „Die Grundidee dabei ist es, die Region als Wirtschaftsraum zu sehen, nicht die Gemeinden alleine oder einzelne Betriebe. Mit dieser Zusammenarbeit gelingt uns vor allem



Im Oberpinzgau wird Geschichte geschrieben: Neun Gemeinden wollen durch ihre Zusammenarbeit den Wirtschaftsmotor der Region vorantreiben.

unsere Region zu stärken“, betont Uttendorfs Gemeindeoberhaupt, Franz Nill. Die Kommunalsteuer wird unter den neun Kommunen folgendermaßen aufgeteilt: Drei Viertel der Einnahmen erhält jener Ort, in dem der

Gewerbebetrieb steht. Das restliche Viertel wird in der Region aufgeteilt, wobei Einwohnerzahl, Zahl der Arbeitsplätze und Finanzkraft des Ortes für die Aufteilung berücksichtigt werden.

Innenpolitik: Im neuen Nationalrat sitzen nur wenige Handwerker oder Frauen

Viele Beamte und Berufspolitiker im Nationalrat

WIEN

Im neu konstituierten Nationalrat werden nicht gerade alle Volks- und Berufsgruppen vertreten: Der Frauenanteil beträgt nur 28 Prozent, nur eine einzige Person vertritt die ÖsterreicherInnen mit Behinderung. Die jüngste Abgeordnete im Nationalrat ist 27

Jahre alt, der älteste 66 Jahre. Die mit Abstand stärkste Gruppe sind mit 58 Abgeordneten Berufspolitiker und Parteiangestellte. Die Landwirte sind mit 14 Abgeordneten und die Lehrer mit 15 Abgeordneten deutlich unterrepräsentiert. Beamte werden hingegen von insgesamt 41 Abgeord-



neten vertreten. Handwerk und Gewerbe sind praktisch nicht vertreten. Insgesamt

sitzen 183 Abgeordnete im Nationalrat.

Arbeitsmarkt: Positive Trends für den Zeitraum 2000 bis 2008

Immer weniger Langzeitarbeitslose

WIEN

Seit acht Jahren hält der Trend schon an: In Österreich gibt es immer weniger Langzeitarbeitslose. Im Jahr 2000 hatten noch rund 24.900 Menschen länger als ein Jahr keine Arbeit, in diesem Jahr sind es nur noch 6.250 – das ist ein Viertel. Was die Zukunft betrifft, warnt das AMS aber vor allzu optimistischen Erwartungen. Dieser Trend

habe nur damit zu tun, dass in den letzten Jahren eine gute Konjunktur vorherrscht habe – die aktuelle Wirtschaftskrise könnte den positiven Trend am Arbeitsmarkt dämpfen. In den vergangenen Jahren nahm ebenso der Zeitraum, in dem Arbeitslosengeld bezogen wurde, ab. Im Jahr 2000 waren Betroffene durchschnittlich 118 Tage als arbeitslos gemeldet,

heuer sind es nur mehr 90 Tage. Seit 2008 herrschen in Österreich strengere Auflagen für Arbeitslose: Langzeitarbeitslose müssen gemeinnützige Arbeit leisten, um weiterhin Geld zu erhalten. In Zeiten der Wirtschaftskrise will die ÖVP einen Schritt weiter gehen und Arbeitslose generell zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten – auch ohne finanzielle Entlohnung.

„Creative Industries“

15.000 Euro Preisgeld

ST.PÖLTEN

Zum ersten Mal wurde heuer der „Creative Industries“-Preis für innovative Ideen ausgeschrieben. Kleinregionen und interkommunale Kooperationen können gemeinsam mit kreativen Wirtschaftszweigen und Bildungsinstitutionen Projekte einreichen. Der 1.Preis ist mit 15.000 Euro dotiert. www.kommunalnet.at

Energieausweis: „Typenschein“ für Gebäude

Ab 2009 Pflicht für öffentliche Bauten

GRAZ

Der LandesEnergieVerein Steiermark lud die steirischen Gemeinden zur Veranstaltung „Zeichen setzen“, bei der über den Energieausweis – quasi der „Typenschein für Gebäude“ – informiert wurde. Gerhard Ulz, Geschäftsführer des LandesEnergieVerein Steiermark: „Ab 2009 muss in öffentlichen Bauten mit mehr als 1.000 Quadratmeter Fläche an gut sichtbarer Stelle der Gebäudeenergieausweis ausgehängt werden. Er gibt Auskunft über alle energierelevanten Daten eines Gebäudes: Gebäudehülle, Heizungsanlage, Warmwasserbereitung,



Eine Thermografie deckt mangelhaften Umgang mit Energie bei einem Haus auf.

Belüftung, Klimatisierung und Beleuchtung. Bei einem Neubau ist bereits seit April dieser Ausweis vorzulegen, bei Verkauf und bei Vermietung von bestehenden Gebäuden – sofern sie vor 2008 errichtet wurden – gilt dies wie bei den öffent-

lichen Gebäuden ab Jänner 2009. Der Energieausweis verschafft Besitzern, Mietern wie Interessenten einen Überblick über den Energiebedarf des jeweiligen Gebäudes.“ Mehr auf www.landespressediens.steiermark.at

Asylwerber

Überfüllung in Traiskirchen

TRAIISKIRCHEN

Die Betreuungsstelle für Asylwerber in der Gemeinde Traiskirchen in Niederösterreich war kürzlich mit 927 Personen besetzt – mehr als doppelt so viele Asylwerber, als die räumliche Kapazität des Asylantenheimes zulässt. Der Grund für die Überfüllung: Etwa 200 Flüchtlinge, die bereits von einem Bundesland hätten aufgenommen werden sollen, haben bisher keinen Platz erhalten. Sieben von neun Bundesländern übernehmen zu wenige Flüchtlinge: Nur in Wien und im Burgenland sind mehr Asylwerber als vereinbart untergebracht. Alle anderen Bundesländer haben weniger Flüchtlinge aufgenommen, als sie müssten.

Gesellschaft: Studie über heimische Freiwilligenarbeit

44 Prozent sind Ehrenamtliche

WIEN

44 Prozent der Bevölkerung in Österreich sind seit mehr als 15 Jahren ehrenamtlich tätig. Das besagt eine Studie, die kürzlich im Rahmen einer Fachtagung zum Thema „Ehrenamtlichkeit in Städten und Gemeinden“ in Wals-Siezenheim (Salzburg), vorgestellt wurde. Konkret sind demnach 40 Prozent der Frauen, und 47 Prozent der Männer in Österreich freiwillig tätig. „Ehrenamt ist unverzichtbar und unbezahlbar und in schwierigen Zeiten ein Sicherheitsnetz, an dem jeder selber knüpfen kann“, betonte der Salzburger LH-Stv. Dr. Wilfried Haslauer bei der Tagung. Die Schaffung notwendiger Infrastruktur für Ehrenamtlichkeit soll laut Haslauer von den Gemeinden unterstützt



Ehrenamt ist eine unverzichtbare Säule der Gesellschaft.

werden. Um ehrenamtliche Projekte attraktiver zu machen, könnten z.B. Spenden an Einsatzorganisationen steuerlich absetzbar gemacht werden oder im Pensionsrecht die Anrechenbarkeit langjähriger freiwilliger Dienste in Einsatzorganisationen vorgesehen werden.

Flughafen: Flussumleitung

Inn wird verlegt

INNSBRUCK

Ein neues Flussbett für den Inn ist nun fix: Um das Pistenvorfeld am Innsbrucker Flughafen zu verlängern, musste der Fluss um 80 Meter in südwestliche Richtung verlegt werden. Das Wasser wurde bereits in das neue Flussbett umgeleitet. Kritiker befürchten dadurch neue Belastungen durch zusätzlichen Flugverkehr, was jedoch Sprecher des Innsbrucker Flughafens zurückweisen. Die Innverlegung bringe keine Steigerung der Kapazität, sondern sei die reine Umsetzung einer Sicherheitsvorschrift gewesen. Im Jahr 2009 wird das Millionen-Projekt abgeschlossen sein – Hochwasser-Schutz auf Völser Seite gibt es inklusive.

Sicherheit: Vandalismus

Dornbirn muss sich rüsten

DORNBIERN

Die Gemeinden im Ländle werden immer häufiger von Vandalen heimgesucht, so auch die Stadtgemeinde Dornbirn. Die Stadtpolizei Dornbirn ist mit 32 Beamten die zweitgrößte Gemeindefriedenswache in Österreich und kann sich nicht über Mangel an Arbeit beklagen, erzählt der stv. Kommandant der Dornbirner Stadtpolizei, Ernst Böhler. Immer wieder gebe es Einsätze bei Streitereien und das Suchtgiftproblem nehme auch kein Ende. Zudem würden öffentliche Gebäude häufig verunstaltet werden. Die Sicherheitswache sei aber, so Böhler, die Basis für die „sehr gute Aufklärungsquote“ bei Verbrechen und Vandalenakten in Vorarlberg.



GVV-Präsident Ernst Schmid ist der neue Vizepräsident des Gemeindebundes

„Im Burgenland scheint immer die Sonne“

Der GVV-Präsident Ernst Schmid wurde beim Österreichischen Gemeindetag 2008 zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Damit wanderte der Posten des Vizepräsidenten erstmals von Niederösterreich ins Burgenland. Das Team von KOMMUNAL hat den überzeugten Sozialdemokraten in seiner Heimatgemeinde Oggau am Neusiedler See besucht.

Natalie Pillwatsch

„Für ein kleines Land wie das Burgenland mit 171 Gemeinden ist dies ein historisches Moment“, freute sich Ernst Schmid, der dem Niederösterreichischen GVV-Präsident Bernd Vögele als Gemeindebund-Vize nachfolgt.

Erster roter Bürgermeister

Schmid ist seit 1997 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Oggau. Während zuvor nur ÖVP-Mitglieder Gemeindechefs waren, wurde er vor elf Jahren zum ersten sozialdemokratischen Bürgermeister der burgenländischen Gemeinde gewählt. Nicht ohne Stolz erzählt Ernst Schmid über die Beson-

derheiten der 1811 Seelen-Gemeinde: Der Segelhafen samt Campingplatz, das Schwimmbad oder die Straußenfarm. „Es freut mich außerdem, dass wir so ein gutes Gastronomie-Angebot haben. In Oggau gibt es besonders viele Heurige“, erzählt Schmid. Die Gemeinde ist zudem die einzige in Österreich, die selbst ihren Wein erzeugt. Der Wein selbst hat eine eher repräsentative Stellung und steht vor allem für Veranstaltungen und Feiern zur Verfügung. Und „gefeiert wird alleweil“, merkt Bgm. Schmid an.

Mut zu Neuem

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger habe Schmid als Bürgermeister mehr „Mut zu Neuem“ bewiesen. „Der Bau von neuen Wohnungen war mir von Anfang an ein wichtiges Anliegen. Denn nur so konnte man den Einwohner-Schwund stoppen.“ Seither hat Schmid zahlreiche Reihenhäuser und Wohnungen errichtet

und damit die Abwanderung von etwa 200 Einwohnern verhindert. Auch das Gemeindeamt wurde in Angriff genommen: „Das alte Gemeindeamt war sehr feucht und hatte viele Stufen, so war es für Behinderte und ältere Menschen schwer zugänglich.“ Das neue Gemeindeamt ist modern und barrierefrei gestaltet – ein Lift ist sogar bis in die Kellerräume vorhanden. „Das Gemeindezentrum sollte kein Amt und kein Büroraum werden, sondern ein Kommunikationszentrum für die ganze Gemeinde“. Deshalb findet sich im neuen Gebäude ein Bürgerservice, ein Tourismusbüro und eine Mutterberatung. Außerdem stehen einige Räume für Veranstaltungen zur Verfügung. Auch im Internet gab es einen „Neubau“: Die Gemeinde-Website www.oggau.at ist seit kurzem mit neuem Gesicht online. „Wir haben keine Kosten und Mühen gescheut“, so Schmid.

Vorreiter in der Kinderbetreuung

„Im Burgenland haben wir nach Wien die beste Kinderbetreuung“, betont Schmid. Darauf legt der Oggauer Bürgermeister besonders viel Wert. Vor einigen Jahren hat Schmid zum Beispiel eine Tagesheimschule eingeführt, damit Kinder praktisch bis zur Hauptschule das Angebot ei-



Wichtig ist, nicht nur eine Ankündigungs-Politik zu machen, sondern eine Ausführungs-Politik.

Ernst Schmid über die Richtung, die er als neuer Gemeindebund-Vizepräsident anstrebt



Ein beeindruckendes Panorama bietet sich, wenn man aus den Weinbergen über Oggau Richtung Süden zum See blickt – vorzugsweise sitzt man dann in der gemeindeeigenen Wein-Laube und kostet den hervorragenden Rotwein, gekeltert vom Chef des Bauhofes. Oggau ist die einzige Gemeinde des Burgenlandes, die (zu Repräsentationszwecken) noch selbst Wein erzeugt.



Fotos: Ernst Horwath

Gegen alle Widerstände hat Oggau mit dem neuen Gemeindeamt eines der modernsten Rathäuser des Burgenlandes. Das Haus strotzt vor Modernität und ist für jeden nur denkbaren Fall einer 1800-Seelen-Gemeinde gerüstet.

ner Nachmittagsbetreuung wahrnehmen können. Schmid zeigt sich verständnisvoll für berufstätige Eltern: „Das Kinderkriegen ist oft nicht mehr leistbar, ohne nebenbei arbeiten zu gehen.“ Da die Geburtenrate in Oggau nicht besonders hoch ist, legt Schmid besonders viel darauf, in der Gemeinde ein attraktives Kinderbetreuungsangebot zu haben. „Denn es ist bitter, wenn Bürger aus der Gemeinde wegziehen.“

„Wir sind die Letzten“

Als neuer Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes ist es Schmid ein Anliegen, mehr Vorhaben auch tatsächlich umzusetzen: „Wichtig ist, nicht

nur eine Ankündigungspolitik zu machen, sondern eine Ausführungspolitik.“ Die Absicherung der Bürgermeister beispielsweise ist nicht nur für Schmid ein wichtiger Punkt: „Es ist ein Desaster. Wir Bürgermeister sind bei den Gehältern auf dem letzten Platz, und die Medien berichten sehr häufig darüber. Uns werden so viele Sachen übertragen, aber wir bleiben immer die Letzten“, kritisiert Schmid. Als nächste

Es ist bitter, wenn Bürger von der Gemeinde abziehen, nur weil es kein Kinderbetreuungsangebot gibt.

... über seine Motivation, in Oggau eine der besten Nachmittagsbetreuungen einzurichten



Stolz berichtet Ernst Schmid (Mitte) über die Errenschaften seiner Gemeinde. Das KOMMUNAL-Team um Geschäftsführer Walter Zimper (oben rechts) genoss den Ausflug nach Oggau sehr.

„große, große Herausforderung“ sieht der Burgenländer den Pflegebereich. „Der demografische Wandel ist auch im Burgenland deutlich zu spüren.“

Der Mann der Taten

Ernst Schmid wurde 1949 geboren, ist seit 1975 verheiratet und hat zwei Söhne. Seit dem Jahr 2000 ist der Oggauer von seinem Beruf als Postangestellter freigestellt. Seine zahlreichen politischen Stationen waren der Österreichische Bundesrat, der Burgenländische Landtag und Oggau, wo Schmid seit 1977 im Gemeinderat tätig war, 1980 wurde er zum Vize-Gemeindeführer gewählt. Das Bürgermeisteramt bekleidet Schmid seit 1997.

Natalie Pillwatsch ist
Redakteurin bei KOMMUNAL



Die „leeren Börsen“ stehen nicht nur den Tiroler Gemeinden ins Haus. Auch die Kommunen in den anderen Bundesländern werden mit schwierigeren Zeiten leben müssen.



Tiroler Gemeindetag 2008 stellt starke Kostensprünge fest

Gemeinden vor finanziellen Engpässen

Tirols Politspitze hat sich Anfang November mit rund 200

Bürgermeistern in Völs zum alljährlichen Gemeindetag getroffen.

Diskutiert wurde vor allem ums Geld. Denn die Zeiten für Tirols

Gemeinden – und nicht nur für diese – werden härter.

Rund 200 Tiroler Bürgermeister trafen einander auch in diesem Jahr zum Tiroler Gemeindetag,



Ich habe großes Verständnis für die Gemeinden, aufgrund meiner politischen Vergangenheit steht aber der Optimismus im Vordergrund.

Tirols Landeshauptmann Günther Platter verwies einmal mehr auf das geschnürte Konjunkturpaket, das indirekt auch den Gemeinden zugute komme und auf die Tatsache, dass er selbst lange Jahre Bürgermeister war.

diesmal am 5. November in der Gemeinde Völs. 2008 können sich die Tiroler Ortschefs noch über eine Steigerung der Ertragslage freuen. Allerdings stünden die Zeiten auf Sturm, so der Söldener Bürgermeister Ernst Schöpf, Vertreter des Tiroler Gemeindeverbandes.

Atemberaubende Kostensprünge

Die nächsten Jahre bringen finanzielle Engpässe, so Schöpf: „Wir haben im Moment eine Doppelfalle: Auf der einen Seite gibt es die Situation, dass die bisher erfreulich steigenden Steuereinnahmen nicht mehr so steigen werden. Umgekehrt gibt es einen Kostensprung in gewis-

sen Bereichen, der fallweise atemberaubend ist.“

Schöpf spielte damit etwa auf geforderte längere Öffnungszeiten bei Gemeindekindergärten und die Abschaffung des Familienregresses an.

Optimismus im Vordergrund

Tirols Landeshauptmann Günther Platter ortete als zuständiger Gemeindereferent des Landes allerdings noch keine so tiefgreifenden Probleme. „Angebracht ist die Zuversicht. Diese Zuversicht habe ich auch zum Ausdruck gebracht, denn wichtig ist, dass wir gemeinsam die Dinge diskutieren und rasch zu Ergebnissen kommen. Ich haben großes Verständnis für die Gemeinden, aufgrund meiner politischen Vergangenheit steht aber der Optimismus im Vordergrund.“ Platter verwies einmal mehr auf das geschnürte Konjunkturpaket, das indirekt auch den Gemeinden zugute komme.

Auf der einen Seite werden die bisher erfreulich gestiegenen Steuereinnahmen nicht mehr so steigen. Umgekehrt gibt es einen Kostensprung in gewissen Bereichen, der fallweise atemberaubend ist.

Vizepräsident Bgm. Ernst Schöpf spielte damit etwa auf geforderte längere Öffnungszeiten bei Gemeindekindergärten und die Abschaffung des Familienregresses an.



Aktion bis Jahresende verlängert: Bestellen Sie VINZENZ jetzt zum Sonderpreis.

Warnfigur VINZENZ: statt € 320,- **nur € 299,-** pro Stück
Montagedorn: € 36,- pro Stück

Hiermit bestellt:

Gemeinde, Firma

Titel, Vor- und Zuname

Telefon

E-Mail

Lieferadresse: PLZ, Ort

Straße

Rechnungsadresse: PLZ, Ort

Straße

VINZENZ	Anzahl:	Preis:
Montagedorn	Anzahl:	Preis:

Gesamtpreis:

Die angegebenen Preise verstehen sich exklusive 20% MwSt.



Bitte retournieren Sie dieses Bestellformular firmenmäßig gezeichnet an:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH
Löwelstraße 6/2.Stock, 1010 Wien
z.Hd. Frau Irene Horvath
oder mittels **Fax an: 01 / 532 23 88 - 45**
oder via E-Mail an: verkehrserziehung@kommunal.at
Die Aktion gilt bis 31. Dezember 2008

Für den Auftraggeber
(Gemeinde/Firma, Datum, Unterschrift)



Kuratorium für Verkehrssicherheit: Die Schutzzone ist gar keine

Gefahrenzone Schutzweg

Nur jeder Zweite hält vor Schutzwegen an – die Analyse ob und wo Schutzwege errichtet werden sollen, kann Konflikte und Unfälle zwischen Pkw-Lenkern und Fußgängern reduzieren.

Unter allen untersuchten Varianten waren bauliche Maßnahmen wie Mittellinseln und Aufpflasterungen am besten geeignet, die Anhaltebereitschaft der Lenker zu erhöhen. Hier stieg die Anhaltebereitschaft um 28 Prozent.

DI Dr. Rainer Kolator

1343 Fußgänger wurden in den letzten zehn Jahren in Österreich im Straßenverkehr getötet – 199 davon auf so genannten Schutzwegen. Dass ungeschützte Verkehrsteilnehmer am Schutzweg nur vermeintlich geschützt sind, zeigt eine aktuelle Erhebung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV): Österreichweit wurden 1000 Fahrzeuglenker in Tempo-30- und Tempo-50-Zonen dahingehend beobachtet, ob sie vor einem unregelmäßig gestrichelten Zebrastreifen stehen bleiben, wenn ein Fußgänger diesen erkennbar queren will. Nur knapp die Hälfte (54 Prozent) der beobachteten Fahrzeuglenker hielt in Tempo-30-Zonen an. Mit steigender Geschwindigkeit sank die Anhaltebereitschaft sogar noch weiter, das heißt, je schneller ein Lenker unterwegs ist, desto geringer ist seine Bereitschaft vor einem Schutzweg anzuhalten. In den 50km/h-Zonen blieben nur noch 48 Prozent der Fahrzeuglenker vor einem Zebrastreifen stehen, um einen Fußgänger ungehindert die Straße queren zu lassen. Diese Zahlen sind erschreckend, v.a. angesichts der Tatsache, dass bei 50km/h bereits ein 40-prozentiges Risiko für den Fußgänger besteht, bei einer Kollision mit einem Pkw

getötet zu werden. Dass das Anbringen neuer Zebrastreifen dieses Problem lösen kann, ist ein Irrglaube und erhöht eher die Unfallgefahr, wenn Schutzwege falsch oder technisch mangelhaft angelegt werden.

Wirksamkeit von Zusatzausstattung

In einer Effizienz- und Nutzwertanalyse untersuchte das KfV die Zusatzausstattung von Schutzwegen in Österreich anhand folgender Kriterien: Veränderung der Anhaltebereitschaft, Veränderung der mittleren Annäherungsgeschwindigkeit und die Annuität (d.h. der diskontierten Errichtungskosten über die Nutzungsdauer) der jeweiligen Schutzwegvariante. Grundsätzlich können vier Schutzwegvarianten unterschieden werden, die unterschiedlich wirkungsvoll sind: Schutzwege mit Bodenmarkierung, Signalisierung, Beschilderung sowie bauliche Umgestaltung. In der KfV-Untersuchung wurde das Fahrverhalten bei Schutzwegen vor und nach der Veränderung der Gestaltung beobachtet und Messungen vorgenommen. Geprüfte Merkmale der Bodenmarkierung waren rote Umrandungen oder rot-weiß-rote Gestaltung bis hin zu eingebauten Reflektoren und Quermarkierungen

gen. Bei der Beschilderung wurden seitliche Zusatztafeln und Tafeln mit fluoreszierendem Hintergrund sowie eine beidseitige Kennzeichnung des Schutzweges erfasst. Weitere überprüfte Gestaltungsvarianten, die auf ihre Wirksamkeit geprüft wurden, waren seitliche Blinklichter, Unterflurlichtanlagen, LED-Anzeigen sowie bauliche Maßnahmen wie Mittellinseln und Fahrbahnanhebungen. Unter allen untersuchten Varianten waren bauliche Maßnahmen wie Mittellinseln und Aufpflasterungen am besten geeignet, die Anhaltebereitschaft der Lenker zu erhöhen. Hier stieg die Anhaltebereitschaft um 28 Prozent. Solche baulichen Gestaltungsvarianten sollten mittel- bis langfristig daher bevorzugt werden. Bei Schutzwegen mit Blinklicht war die Bereitschaft der Lenker stehen zu bleiben um 15 Prozent größer als bei der ersten Messung. Mit Hilfe zusätzlicher Bodenmarkierungen wie etwa durch das Gefahrenzeichen Kind, gelang es immerhin noch neun Prozent mehr Lenker zum Anhalten zu bringen. Durch verschiedene Beschilderungen alleine wie z.B. die am Verkehrszeichen zusätzlich angebrachten



DI Dr. Rainer Kolator leitet die KfV-Landesstelle Salzburg; rainer.kolator@kf.at

Foto: Verein Walk-Space/Ingrid Gregor



Die Sieger des Walk-Space-Wettbewerbs 2008.

Walk-Space-Awards 2008 an Gemeinden vergeben

Siegerprojekte gehen auf „Wanderschaft“

Der Langstreckenläufer Michael Buchleitner hat den walk-space-award 2008 in den Kategorien: Platzgestaltung, Schulwegekonzept, Unter- und Unterführungen, Fußwegenetze, Fußgängerquerungen und Straßenräume vergeben. Im Herbst 2007 wurde der walk-space-award 2008 ausgeschrieben, Städte und Gemeinden, Planungsbüros und alle Interessierten in Österreich waren eingeladen, ihre besten fußgängerfreundlichen Lösungen einzusenden.

Die besten eingereichten Projekte in den einzelnen Kategorien wurden Mitte September im Technischen Museum mit dem walk-space-award 2008 prämiert.

Zu den Siegerprojekten in den einzelnen Kategorien gehören:

- **Platzgestaltungen:** Stadt Schwechat (NÖ), Umgestaltung des Schwechater Hauptplatzes
- **Schulwegekonzepte:** Gebietsbetreuung Wien Hernals, Schulparkplatz Pahamer Platz
- **Über- und Unterführungen:** Stadt Wien, MA 29 – Brücken und Grundbau, Skywalk
- **Fußwegenetze:** Gemeinde Stetteldorf am Wagram (NÖ), Verbindungsfußweg Bergzeile – Siedlung Wagramgasse
- **Fußgängerquerungen:** Gemeinde Thüringen (Vorarlberg), Signalregelte Fußgängerübergänge mit unvollständiger Signalfolge
- **Straßenräume:** Reichenau im

Mühlkreis (OÖ), Platzgestaltung über die gesamte Ortseinfahrt.

Hintergrund: Walk-space.at – der Österreichische Verein für Fußgänger und Fußgängerinnen hat mit dem walk-space-award 2008 die besten realisierten Lösungen für Fußgänger und Fußgängerinnen in Österreich prämiert und präsentiert. Damit sollen Fußgänger und Fußgängerinnen in der öffentlichen Diskussion unterstützt und gestärkt werden. Die guten Lösungen sind Anschauungsmaterial für weitere alltagstaugliche Gestaltungen in der Stadt- und Gemeindeplanung.

Verbesserungen sind besonders auf der Umsetzungsebene notwendig, da hier mit einer gut durchdachten und attraktiven Organisation und Gestaltung von Fußwegen, Straßenräumen, Plätzen, Querungen, etc. direkte sichtbare Erfolge erreicht werden können. Auf der Bewusstseinssebene wird die Bevölkerung motiviert, mehr zu Fuß zu gehen.

Information

DI Dr. Gisa Ruland
M +43-676-5318033

Weitere Informationen und Fotos im Internet unter
www.walk-space.at

199 Getötete in zehn Jahren auf sogenannten Schutzwegen. Dass ungeschützte Verkehrsteilnehmer am Schutzweg nur vermeintlich geschützt sind, zeigt eine aktuelle Erhebung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit.

blauweißen Balken konnten keine merklichen Veränderungen der Anhaltebereitschaft herbeigeführt werden.

Viele Faktoren müssen berücksichtigt werden

Zusatzausstattung von Schutzwegen kann nur dann effektiv sein, wenn die „Grundausrüstung“ angemessen ist. Beim Errichten und der Wahl der Gestaltung gibt es einige Aspekte zu berücksichtigen. Neben der an der Stelle tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeit, der Fußgänger- und der Fahrzeugfrequenz spielen auch Sichtweiten, Beleuchtung, Gehsteigvorziehungen, Aufstellflächen, Kennzeichnung oder Bodenmarkierung eine wichtige Rolle. „Würden diese Faktoren nicht bedacht, können auch zusätzliche Maßnahmen nicht ausgleichend wirken. Zusatzausstattung setzt die Gestaltung des Schutzwegs gemäß der Richtlinie für Fußgängerverkehr (RVS 03.02.12) voraus.

Bei der Entscheidung, ob und wo welcher Schutzweg errichtet werden soll, steht das Kuratorium für Verkehrssicherheit den österreichischen Gemeinden mit seinem professionellen Know-how in allen Bundesländern zur Verfügung. Web: www.kfv.at

Burgenland

Abstimmung im Jänner

Freibad oder Badeteich?

PÖTTSCHING

In der Gemeinde Pötttsching wird seit geraumer Zeit darüber gestritten, ob das gemeindeeigene Freibad saniert oder ein Badeteich errichtet werden soll. Die SPÖ ist für die Sanierung des Freibades, die mit rund 1,8 Millionen Euro beziffert wurde. Die ÖVP will einen Badeteich mit einer Sportanlage am Ortsrand. Das sei mit 1,5 Millionen Euro Investitionen die kostengünstigere Variante und die Anlage wäre im Sommer als Bad und im Winter als Eislaufplatz nutzbar. Nun dürfen die Pötttschinger selbst entscheiden: Im Jänner soll es eine Volksabstimmung darüber geben.

Einigung auf neues Kindergartengesetz im Burgenland

Maßgeschneiderte Kinderbetreuung

EISENSTADT

Ab 2009 hat jede Gemeinde die Möglichkeit, ihr Kinderbetreuungsangebot maß zu schneiden. Ein neues Kindergartengesetz macht



Im neuen Gesetz wird Gemeindeautonomie groß geschrieben.

möglich: Künftig hat jedes Kind Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Zudem werden Helferinnen auch in eingruppigen Kindergärten verpflichtend. Die flexiblen Ferienregelungen werden ausgedehnt. Auch eine Mindestöffnungszeiten von 20 Wochenstunden ist vorgeschrieben, um in kleinen Gemeinden das Angebot zu verstärken und in jenen Gemeinden, wo es keine Kinderkrippe gibt, wird das Eintrittsalter in den Kindergarten auf zweieinhalb Jahre gesenkt. Durch ein breiteres Angebot soll so in Burgenlands Gemeinden künftig Beruf und Familie leichter vereinbar werden.

Bürgermeisterinnen

Nur Sechs Bürgermeisterinnen

EISENSTADT

Kürzlich fand in Eisenstadt das Bürgermeisterinnen-Treffen statt, mit dem Ziel, den Stellenwert der Frauen in der Politik zu stärken. In Österreich gibt es in den 2.357 Gemeinden nur 80 Bürgermeisterinnen. Im Burgenland gibt es insgesamt sechs Bürgermeisterinnen. Als großes Vorbild wurden skandinavische Länder geortet: Dort seien, so EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner beim Treffen, auch die Frauen angemessen in den Gemeinden und in Landes- und Bundesparlamenten vertreten. Im nächsten Jahr soll es ein weiteres Treffen geben.



Kärnten

Der Seegrund bleibt als öffentliches Bad erhalten

Mehrfachnutzung für Bad Saag geplant

KLAGENFURT

Bad Saag am Wörthersee wird nach dem Kauf des Landes um drei Millionen Euro (KOMMUNAL hat berichtet) als öffentliches Bad erhalten bleiben. Zudem soll auch das Kärntner Fischerzentrum und die Seenforscher auf dem Areal eine Heimstätte erhalten. Für die 15.000 Kärntner Fischer wäre das gemeinsame Fischerei-Kompetenzzentrum der Beginn der Autonomie. So wie schon die Jäger auf Schloss Magaregg, sollen sich künftig auch die Fischer in Bad Saag selbst verwalten. Auf dem Areal sollten künftig

Jungfischer ausgebildet werden und alle Fischereiberechtigten Beratung und Information erhalten. Der zuständige Landesrat Josef Martinz wünscht sich eine Mehrfachnutzung des Grundstückes und betont, dass der 11.000 Quadratmeter große Seegrund genügend Platz bietet. Es sei angedacht, das alte Wörthersee-Bad zu einem öffentlichen Erlebnisbad auszubauen. Neben dem Fischereizentrum sollte in Bad Saag auch das Institut der Kärntner Seenforschung eine neue Heimat finden, erklärt der zuständige Landesrat Martinz.

Foto: Stadtpresse Klagenfurt



Baustart für die neuen Trainingsplätze

Frischeres Gesicht für Klagenfurter Stadion

KLAGENFURT

Der Startschuss für den Bau der Trainingsplätze im Umfeld des Klagenfurter Stadions ist gefallen. Zunächst wird der Kunstrasenplatz östlich des Stadions erneuert, danach kommen die drei weiteren Plätze mit Naturrasen an die Reihe. Der alte Kunstrasen wird ent-

fernt, der Unterbau neu gemacht. Danach kommt ein neuer, moderner Kunstrasen auf die präparierte Fläche. Die Flutlichtanlage bleibt. Im Frühjahr 2009 werden die Naturrasenplätze in Angriff genommen. Der Baustart ist erst mit Beginn der Pflanzsaison möglich.



Niederösterreich



Mit den Fördermitteln wird die hohe Qualität und Zuverlässigkeit der NÖ Trinkwasserversorgung nachhaltig gesichert.

Land sichert dadurch rund 700 Arbeitsplätze

55 Millionen Euro für reines Wasser

ST. PÖLTEN

Der NÖ Wasserwirtschaftsfonds hat kürzlich ein Investitionsvolumen von rund 55 Millionen Euro für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Niederösterreich beschlossen. Speziell die Gemeinden können davon profitieren: „Mit diesen Mitteln kann im Bereich der Siedlungswas-

serwirtschaft ein Investitionsvolumen von etwa 54,7 Millionen Euro ausgelöst werden. Allein durch diese Genehmigungen werden im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft rund 700 Arbeitsplätze abgesichert“, berichtet Landesrat Dipl. Ing. Josef Plank und Mag. Wolfgang Sobotka.

Klimabündnisgemeinden Fördermittel für Klimaschutz

ST. PÖLTEN

Die NÖ Landesregierung unterstützt mit der Aktion „Sonderförderung für klimarelevante Maßnahmen“ verstärkt Aktionen von NÖ Klimabündnisgemeinden im Rahmen des NÖ Klimaprogramms. Die Fördermittel sollen von NÖ Klimabündnisgemeinden für Investitionen, Maßnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung sowie Grundlagen- und Planungsleistungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen eingesetzt werden. Angesucht werden kann jedes Jahr um Förderung eines Projektes jeder Kategorie.
www.noe.gv.at

Land ist Vorreiter in EU „Lebendige Bodenstrategie“

ST. PÖLTEN

Mittlerweile beteiligen sich schon 45 niederösterreichische Kommunen am europäischen Bodenbündnis. Mit der Förderung innovativer Boden-Projekte und der Vollziehung des Bodenschutzgesetzes gibt NÖ eine Vorzeige-Region in ganz Europa ab. „Nachhaltige Politik heißt für Niederösterreich: Ja zur Siedlungsentwicklung in geordneten Bahnen, Ja zur umweltfreundlichen Boden- und Landbewirtschaftung sowie Ja zur wichtigen Rolle des Bodens als Wasserspeicher im Bereich des vorbeugenden Hochwasserschutzes“, betont LR Dr. Josef Plank.



Oberösterreich

Startschuss für zwei Bauprojekte ist im Jahr 2009

Eine Milliarde für oö. Straßennetz

LINZ

Für die nächsten sechs Jahre ist eine Investition von insgesamt 1,086 Milliarden Euro in das oberösterreichische Straßennetz geplant. Schwerpunkte bilden dabei der Bau der 37,4 km langen Mühlviertler Schnellstraße

(S10) und die A26 (Westring). Die Mühlviertler Schnellstraße soll bis 2015 fertiggestellt werden, der Westring in Linz samt der 4. Donaubrücke bis 2014. Baubeginn für beide Projekte ist im Frühjahr 2009.

„Nischenprodukte sind Chance für Landwirte“

Kiwis aus Oberösterreich

PUCHKIRCHEN

Eine Nische im Obstanbau hat eine Familie aus Puchkirchen im Bezirk Vöcklabruck gefunden: Als einziger Anbieter im Land vertreiben sie bereits seit fünf Jahren den Weihenstephaner Kiwi, kurz „Weiki“. LR Dr.

Josef Stockinger ist überzeugt, dass Nischenprodukte „gerade für die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Oberösterreich eine Chance“ sind. „Unsere Bauern beweisen hier viel Kreativität und Innovationsgeist“, so Stockinger.

Gemeindeübergreifende Aktion zum Thema Energie

Vier Gemeinden – eine Energieregion

HAGENBERG

In den Gemeinden Hagenberg, Pregarten, Wartberg und Unterweikersdorf dreht sich alles um das Thema Nachhaltigkeit. Daher will der Regionalentwicklungsverein Untere Feldaist (RUF) eine gemeinsame Energieregion für die vier Gemeinden positionieren, einen eigenen Energieverein für jede Gemeinde will man nicht. Zudem sollen die Kommunen Energiespargemeinden werden. Gemeinsames Ziel ist es, u.a. gänzlich auf erneuerbare Energien umzusteigen. EU-Förderungen sind für das Projekt noch nicht vorgesehen. Nähere Informationen zum Verein finden Sie auf www.energieregion-ruf.at



Energieformen effizient nutzen und so die regionale Kaufkraft stärken – diese Ziele strebt die Energieregion an.



Salzburg

Mehr Transparenz: Wo liegen Defizite des Gebäudes?

Energieausweis für Gebäude wird Pflicht

SALZBURG-STADT

Ab nächstem Jahr ist der sog. „Energieausweis“ für alle neuen Häuser und Wohnungen vorgeschrieben. Objekte ohne Ausweis dürfen künftig nicht mehr vermietet bzw. verkauft werden. Der Energieausweis ist mit dem Typenschein für ein Auto vergleichbar und gibt etwa Auskunft über die zu erwartenden Heizkosten. Mit Hilfe von Wärmebildern aus speziellen Kameras werden die Defizite des Wohnobjektes festgestellt. Durch den verpflichtenden Energieausweis soll es vor allem zu einem Schub bei der thermischen Sanierung von Alt-

bauten kommen. Die Kosten für den Ausweis belaufen sich ab 300 bis 500 Euro. Der Wohnungs- bzw. Hauseigentümer bekommt dafür eine genaue Berechnung der Energiekosten und das Objekt wird in eine Energieeffizienzklasse eingestuft. LR Josef Eisl: „Die durch den Energieausweis erzielten Ersparnisse übersteigen die Kosten um ein Vielfaches. In Wirklichkeit führt das dazu, dass in der Heimat mehr und besser investiert wird.“ Da Energiekosten bis zu einem Drittel der Gesamt-Betriebskosten ausmachen, kann durch den Ausweis künftig besser kalkuliert werden.



Die ersten Baumaßnahmen für die beiden Sanierungsprojekte werden vermutlich Ende des Jahres erfolgen.

Millioneninvestition für Baumaßnahmen

60 Millionen für Krankenhäuser

OBERNDORF/ SCHWARZACH

Für die Krankenhäuser Oberndorf und Schwarzach wurden Förderungen von rund 60 Millionen Euro bewilligt. Das Kinderspital in Schwarzach ist Teil der zweiten Etappe einer grundlegenden Modernisie-

rung, die auch Umbauten vor allem im ambulanten Bereich umfassen wird. In Oberndorf wird der gesamte Krankenhaus-Standort erneuert. So soll eine bessere Versorgung der Patientinnen und Patienten ermöglicht werden.



Steiermark

Eröffnung in Graz

„Spielplatz“ für Senioren

GRAZ

Kürzlich wurde der erste steirische „Spielplatz“ für Senioren im Pflegewohnheim Geidorf in Graz eröffnet. Auf dem 8.700 Quadratmeter großen Platz finden sich speziell für Senioren geeignete Fitnessgeräte und 14 Stationen, wie etwa eine Kletterwand oder eine Balancier-Strecke. Durch den Parcours werden Geschicklichkeit, Muskeln und Kondition trainiert. Wer in Bewegung bleibt, kann gesund altern, heißt es. Für das Gesundheitsprojekt wurden insgesamt 108.000 Euro investiert. In Wien und Linz gibt es vergleichbare Seniorenprojekte.

Mehr Mobilität in der steirischen Gemeinde Parschlug

Mit dem Sammeltaxi zum Einkaufen

PARSCHLUG

Wie der Gemeinde Parschlug geht es vielen Kommunen: Sie hat keinen Nahversorger mehr. Für jeden, der kein Auto besitzt – vor allem für Senioren – ist das ein großes Problem. Die Gemeinde Parschlug hatte eine Lösung parat – seit gut einem Jahr fährt jeden Freitag um 7.25 Uhr ein Kleinbus vom Gemeindeamt los und holt seine Passagiere von daheim ab. Diese haben sich



bereits am Vortag angemeldet. Danach werden gemeinsam alle Einkäufe

getätigt, um 10 Uhr geht es wieder zurück nach Hause. Die Taxifahrt kostet die Fahrgäste einen Euro. „Es geht dabei nicht nur ums Einkaufen, die älteren Menschen sollen

auch mobil bleiben und am öffentlichen Leben teilnehmen können“, so die Parschluger Vizebürgermeisterin Maria Elisabeth Posch.

12,5 Mio. für Infrastruktur

Radkersburg wird noch attraktiver

RADKERSBURG

Die Stadtgemeinde Bad Radkersburg investiert 12,5 Millionen Euro in den Ausbau ihrer Infrastruktur: In der Altstadt entsteht ein Kulturzentrum, in dem neben zwei großen Veranstaltungssälen mehrere kleine Räume für Seminare, Ausstellungen und die örtlichen Vereine zur Verfügung stehen. Am Stadtrand entsteht ein Sicherheitszentrum, wo Polizei, Rotes Kreuz und Feuerwehr ihre Kompetenzen unter einem Dach bündeln. „Ziel ist es, ein neues touristisches Segment zu erschließen und die Altstadt zu beleben“, so Bgm. Merlini.



Tirol

Innsbrucker Mülldeponie für 7,2 Mio. Euro „gesichert“

Mülldeponie belastete Grundwasser

INNSBRUCK

Die im Zweiten Weltkrieg angelegte Deponie Rossau in Innsbruck wurde laut Bundesgesetzblatt nunmehr als sicher eingestuft. Drei Millionen Kubikmeter an Müll hatten das Grundwasser belastet. Durch das in die Abfälle eindringende Regenwasser wurden organische und anorganische Stoffe ausgeschwemmt, die dann ins Grundwasser gesickert waren und es verunreinigt hatten. Zudem hatte sich im Deponiekörper zum Teil explosives und giftiges Deponiegas gebildet, das unkontrolliert in die Luft entwich. Insgesamt 7,2 Mil-

lionen Euro wurden seither in Sicherungsmaßnahmen investiert. Im Jahr 2002 wurde die Oberfläche mit einer „Betonitdichtungsmatte“ abgedichtet und entwässert. Die Entwässerung wird durch ein entsprechendes System von Gerinnen, Kanälen und Schächten sichergestellt. Um den unkontrollierten Gasaustritt zu stoppen, wurde unterhalb der Oberflächenabdichtung ein Gassammelsystem errichtet. Seither lässt sich eine Entspannung der Situation erkennen. Die künftige Überwachung der Deponie verursacht Kosten von 100.000 Euro im Jahr.

Streit um Geschäft in Tiroler Gemeinde See

Lebensmittelmarkt als Gefahrenzone?

SEE

Ein geplanter Lebensmittelmarkt ist in der Gemeinde See Grund für eine politische Diskussion: Die FPÖ kritisiert, dass das Gebäude teilweise in der gelben Gefahrenzone liege und man somit Käufern in Gefahr bringe. Die Parkplätze seien zum Teil noch mehr gefährdet. Bgm. Anton Mallaun ist über den Vorstoß der FPÖ verärgert und möchte abwarten, bis das Gutachten der Wildbach- und Lawinenverbauung vorliegt. Mallaun sieht keine Gefährdung, wenn bestimmte Auflagen eingehalten werden.



Der Lebensmittelmarkt in See soll in einem von Naturkatastrophen gefährdeten Gebiet liegen.

Für weitere Diskussionen sei er aber bereit.



Vorarlberg

Einzigartige interkommunale Zusammenarbeit

Siedlungskonzept für zwei Gemeinden

ST.GALLENKIRCH/ GASCHURN

St. Gallenkirch und Gaschurn gaben den Startschuss für ein gemeinsam entwickeltes Siedlungskonzept, dem ersten großen Projekt für räumliche Zusammenarbeit in Vorarlberg. Das Modell zielt dar-

auf ab, für Beherbergungsbetriebe, Zweitwohnungen, Lebensraum und die Mobilität einen Plan zu entwickeln. Zusätzlich haben die beiden Kommunen eine gemeinsame Tourismusgesellschaft für die Weiterentwicklung im Fremdenverkehr gegründet.



Ausbau des Busnetzes

Haltestelle Liechtenstein

FELDKIRCH

Der grenzüberschreitende Buslinienverkehr zwischen dem Land Vorarlberg und dem Fürstentum Liechtenstein wird weiter ausgebaut. Erste konkrete Maßnahmen wie die Einrichtung einer Buslinie von Klaus nach Vaduz sollen bereits mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2008 zum Tragen kommen. Landesrat Manfred Rein sieht die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr positiv. Im Bereich des Öffentlichen Verkehrs habe die Verbesserung des Bus-Systems und die S-Bahn oberste Priorität, so Rein.

Alkoholverbot beschlossen

Gemeinde Hard greift hart durch

HARD

In der Gemeinde Hard gibt es immer wieder Probleme mit übermäßigem Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen. Nun wurde der Konsum von Alkohol an bestimmten Orten in der Gemeinde per Strafe verboten. Die Gemeindevertretung hat dazu eine ortspolizeiliche Verordnung beschlossen. Betroffen sind die Plätze bei Pflichtschulen, Kindergärten, Ballspielplätzen, beim Streetsoccerplatz, der Außenplatz der Musikschule sowie der Skaterpark. Bei genehmigten Veranstaltungen gilt das Verbot jedoch nicht.



Verwaltungsschule: Bildungsangebot für Gemeindesekretäre

„Wir sind für die Zukunft vorbereitet“

BOZEN

Der Verband der Südtiroler Gemeindesekretäre hat die Verwaltungsschule des Gemeindenverbandes beauftragt, ein praxisnahes Bildungsangebot für die Gemeindesekretäre zu entwickeln. Darüber hinaus wurde eine „Plattform für Führung und Management“ gegründet. Der Gemeindesekretär als oberste Führungskraft der Gemeinde ist als Schlüsselfigur in Bezug auf Veränderung und Handling neuer Komplexitäten besonders gefordert. Aus diesem Grund ist die Fähigkeit, echte verantwortungsvolle und förderliche Führung auszuüben, eine Kunst, die beherrscht werden und ernsthaft gelernt sein will. Führungskraft zu sein ist eine Aufgabe, für die es derzeit im Rahmen der öffentlichen Verwaltung noch keine definierte, spezifische Ausbildung gibt. Es liegt vielmehr in der Eigenverantwortung der Führungskräfte selbst, sich weiterzubilden und ihr Führungshandeln kontinuierlich und selbstkritisch zu hinterfragen. Aus diesem Grund hat der Verband der Gemeindesekretäre die Verwaltungsschule des Gemeindenverbandes beauftragt, ein praxisnahes Bildungsangebot für die Gemeindesekretäre zu entwickeln.

Aktiv Veränderungen gestalten

Den Auftakt machte der „Lehrgang in Zukunftsmanagement – Wir sind vorbereitet!“, der vor zwei Jahren in Absprache mit dem Fachbeirat für die Weiterbildung der Gemeindesekretäre ins Leben gerufen worden ist.



Diese Grundausbildung wurde bereits in zwei Auflagen erfolgreich durchgeführt. Im Jänner beginnt die nunmehr dritte und inhaltlich noch weiter verfeinerte Auflage. Der „Lehrgang in Zukunftsmanagement“ richtete sich an jene Gemeindesekretäre, die aktiv Veränderungsprozesse mitgestalten wollen, die ihr Persönlichkeitsformat, ihre strategische Kompetenz, ihre Führungsfähigkeiten und das Verständnis für Organisations- und Personalentwicklung verbessern und auf einen aktuellen Stand bringen möchten.

Theorie in die Praxis umsetzen

Es gilt nun, diesen und auch zukünftigen Absolventen des Grund-Lehrganges „Zukunftsmanagement“ eine weiterführende Unterstützung anzubieten, um den nachhaltigen Transfer sicherzustellen und im Dialog mit Experten die erlernten Theorien verstärkt in den Berufsalltag umzusetzen. Hierfür ist von der Verwaltungsschule ein praxisnahes Bildungsangebot entwickelt worden, welches über die neu gegründete „Plattform für Führung und Management“ angeboten wird.

„Coaching“ als Unterstützung

Wer zu individuellen Fragestellungen noch weitere Unterstützung in Anspruch nehmen möchte, dem steht zudem ab Jänner ein eigens für das Berufsbild der Gemeindesekretäre konzipiertes Coaching-Programm zur Verfügung, welches eine intensive, individuelle Auseinandersetzung mit Führungs- und Veränderungsthemen gewährleistet und von allen Mitgliedern der Plattform in Anspruch genommen werden kann.

Kontakt

Südtiroler
Gemeindenverband
Gen.m.b.H., Kanonikus-
Michael-Gamper-Straße
10, I-39100 Bozen
Tel 0039-0471-304655,
Fax 0039-0471-304625
Email: sgv@gvcc



Jahrbuch

Jahrbuch 2008

E-Government & Datenschutzrecht

Es gibt kaum noch Lebensbereiche, die nicht mit datenschutzrechtlichen Fragen konfrontiert sind: Themen wie Gesundheitsakte, Weitergabe von Flugpassagierdaten, Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung



oder Auskunftsrecht über IP-Adressen haben in den letzten Monaten

laufend den Sprung in die Schlagzeilen der Tagespresse geschafft. In einem engen Zusammenhang mit dem Datenschutz sind die rechtlichen und daktischen E-Government-Initiativen des Staates zu sehen. Es war daher nahe liegend, beide Themen in einem Jahrbuch „Datenschutzrecht und E-Government“ kombiniert zu behandeln. Dieses Werk behandelt im datenschutzrechtlichen Teil so gut wie alle „heißen“ datenschutzrechtlichen Themen, die teilweise hier zum ersten Mal ausführlich untersucht werden.

Das Buch

Dietmar Jahnelt „Datenschutzrecht und E-Government – Jahrbuch 2008“ ISBN 978-3-7083-0529-5 Neuer Wissenschaftlicher Verlag
Argentinerstraße 42/6
1040 Wien
E-Mail: office@nww.at

Bürgermeister-Personalia

Jüngste Rochaden im Amt

► SIGHARTING:

Das neue Gemeindeoberhaupt von Sigharting (OÖ) ist **Alois Selker**. Der gelernte Landwirt trat im Jahr 1991 in den Gemeinderat ein und wurde 1997 Vizebürgermeister der rund 800-Einwohner-Kommune. Zudem übte er von 1984 bis 2004 die Funktion als Ortsbauernobmann, sowie von 1998 bis 2008 die Funktion als Bezirksbauernkammerobmann und Bauernbundobmann des Bezirkes Schärding aus. Des Weiteren ist Selker Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr und der Jägerschaft.

Beruflich geht der 50-jährige seiner Tätigkeit als Landwirt nach, privat ist er verheiratet und hat fünf Kinder. Sein Vorgänger **Johann Probst** legt kürzlich sein Amt als Gemeindeoberhaupt

► ZELL AM SEE:

Bürgermeister MMag. Dr. **Georg Maltschnig** ist überraschend nach zehnjähriger Amtszeit aus dem Bürgermeisteramt zurückgetreten. Neben seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre absolvierte Maltschnig auch das Jusstudium. 1982 wurde er Mitglied des Vorstands der Wohnbau Genossenschaft Bergland, und seit 1993 hat er den Vorsitz. Von 1984 bis 1998 war er Vorsitzender des Finanz- und Sanitätsausschusses im Stadtrat der Stadtgemeinde Zell am See. 1998 wurde er schließlich zum Bürgermeister gewählt. Nach seinen Angaben hätte er seine Wünsche, die die Gemeinde betreffen, erfüllt und es wäre Zeit, das Amt in jüngere Hände zu legen. Maltschnig ist verheiratet und hat zwei Töchter.

► LEONDING:

Mag. **Walter Brunner**, 1947 in Zell/Pram geboren, wur-

de zum Bürgermeister in Leonding (OÖ) gewählt. Während seiner Berufstätigkeit schloss Brunner das Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ab. Von 1997 bis 2003 war er dritter Vizebürgermeister und Obmann des Planungsausschusses Raumplanung. Im Jahr 2003 wurde er Vizebürgermeister und Fraktionsobmann. Seit 2008 ist Brunner Stadtparteiobmann der SPÖ Leonding und nominiert als Spitzenkandidat der SPÖ Leonding für die Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2009. Brunner bereitet derzeit das Budget 2009 vor. Für Brunner bedeutet Macht „mitgestalten zu können, aber in der Form, dass die Betroffenen eingebunden sind“.

Brunner ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sein Vorgänger als Bürgermeister, Wirkl. Hofrat Dr. **Herbert Sperl** (SPÖ), gab am 24. Juli überraschend seinen Rücktritt bekannt.

Steiermark ehrt



Foto: Frank/LPD

Landeshauptmann Franz Voves und Ehrenringträger Alfred Stingl mit seiner Frau Elli.

Religiöses Miteinander stand im Vordergrund

Ehrenring für Alfred Stingl

GRAZ

Alfred Stingl, langjähriger Bürgermeister von Graz, wurde durch Landeshauptmann Mag. Franz Voves der Ehrenring überreicht. Stingl, am 28. Mai 1939 in Graz geboren, wurde, nach

seinem Wechsel als Gründungsmitglied (1962) der steirischen „Jungen Generation“ zum Landessekretär zur steirischen SPÖ, zum Bildungssekretär bestellt. 1973 war er Vertreter der Jugend im Gemeinderat. 1978 war er bereits Stadtrat. Zwei Jahre danach übernahm er den Vorsitz der Grazer SPÖ. 1982 wurde er zum ersten Bürgermeister-Stellvertreter gewählt.

Von 1985 bis 2003 war er Bürgermeister der Stadt Graz und errichtete während seiner Amtszeit die Albert-Schweitzer-Klinik der Geriatrischen Gesundheitszentren in Graz. Des Weiteren war Stingl verantwortlich für die Wiederrichtung und Eröffnung der neuen Synagoge. Alfred Stingl stand immer für ein religiöses Miteinander und die Stärkung der internationalen Position der Stadt. Er ist seit 48 Jahren verheiratet und hat zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter.

Für Verdienste um die Republik

Ehrungen des Bundes

Mit Entschließung vom 10. Oktober 2008 hat Bundespräsident Dr. Heinz Fischer verliehen:

Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik an

- wirkl. Hofrat **Dr. Herbert Sperl**, ehem. Bürgermeister der Stadtgemeinde Leonding in Oberösterreich.

Mit Entschließung vom 27. Oktober 2008:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- **Dipl.Ing. Anton Bodenstein**, Bürgermeister der Marktgemeinde Weissenkirchen in der Wachau in Niederösterreich.

Mit Entschließung vom 30. Oktober 2008:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

- **Alois Kainz**, ehem. Gemeindegemeinsekretär der Gemeinde Sankt Georgen am Fillmannsbusch in Oberösterreich.
- **Franz Menk**, Bürgermeister der Marktgemeinde Euratsfeld in Niederösterreich.

Regionale & lokale Bildungspartnerschaften

16 Millionen Euro Budget warten auf Projekte

Anfang November 2008 stellten EU-Kommission und Ausschuss der Regionen das neue EU-Programm „Comenius Regio“ zur Bildung grenzüberschreitender Bildungspartnerschaften vor. Das Programm, welches die EU-Bildungsprogramme um eine regionale Facette erweitern wird, ist mit einem jährlichen Budget von 16 Millionen Euro dotiert, Förderungen werden jeweils für zwei Jahre vergeben und sollen einen Beitrag zu Projekt- und Reisekosten leisten.

Landesschulräte. Die diesbezügliche Entscheidung obliegt der EU-Kommission und ist bis dato nicht veröffentlicht. Förderfähige Aktivitäten sind unter anderem:

- ▶ Projekttreffen zwischen allen an der Partnerschaft beteiligten Einrichtungen;
- ▶ Austausch von Personal und Schülern, die an Projektaktivitäten beteiligt sind;
- ▶ Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken mit ausländischen Partnerschulen und Partnerregionen bzw. Gemeinden;

Comenius Regio-Partnerschaften können mit bereits existierenden Aktivitäten und Förderprogrammen, wie z.B. dem Gemeindepartnerschaftsprogramm kombiniert werden.

Der maximale Zuschuss für Projektkosten beträgt 25.000 Euro, Reisekosten werden mit Pauschalbeträgen bezuschusst. **Antragsfrist** ist der **20. Februar 2009**,

die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt bis zum Sommer, sodass ausgewählte Projekte mit August 2009 ihre Aktivitäten aufnehmen können.

In Österreich ist der Österreichische Austauschdienst für die Programmabwicklung zuständig. Ansprechpartner für Comenius Regio ist Georg Paschinger (E-Mail: georg.paschinger@oead.at). Mehr Infos auf: www.lebenslanges-lernen.at oder <http://ec.europa.eu/education>

Die Zielgruppe des Programms sind Gemeinden und Regionen, die mit europäischen Partnern Schul- und Bildungspartnerschaften durchführen. Antragsberechtigt sind ausschließlich lokale oder regionale Behörden mit schulpolitischer Verantwortung. Sie sind in weiterer Folge auch für die Koordinierung der Partnerschaften zuständig. Für Österreich ist noch offen, ob Gemeinden als Schulerhalter ebenso antragsberechtigt sind wie die



AZ-Tech Kommunaltechnik-Wintertagung 2009

Wirtschaftlichkeit und Effizienz werden gezeigt

Am Donnerstag, den 15. Jänner 2009 findet die vierte AZ-TECH Wintertagung in der Flachau in Salzburg statt. Rund 400 Praktiker und Entscheidungsträger aus den österreichischen Gemeinden und Bauhöfen, die sich zum Thema Winterdienst, Straßenreinigung und Grünflächenpflege informieren, werden erwartet. Bei der AZ-TECH Wintertagung wird die Wirtschaftlichkeit und Effizienz durch den „maßgeschneiderten Maschinenpark“ nicht nur diskutiert, sondern auch in praktischen Demonstrationen der Maschinen und An-

baugeräte den Besuchern gezeigt.

Am Testgelände kann das AZ-Tech Maschinenangebot selbst im praktischen Einsatz getestet werden. Anmeldungen: Die AZ-TECH Kommunaltechnik Wintertagung ist für angemeldete Fachbesucher kostenlos.

Kontakt

Sabine Fric
Tel: 01/86 303 347,
E-Mail: marketing@zimmer.at
Web: www.az-tech.at
Web: www.zimmer.at

Leitfaden

Kalkulation in der Praxis

Gebühren und Entgelte

Richtig kalkulieren heißt, die rechtlichen Vorgaben, die wirtschaftlichen Erkenntnisse und die sachlichen Zusammenhänge so aufzubereiten, dass die Politikebene die richtigen Entscheidungen trifft. So können etwa mit Hilfe einer betriebswirtschaftlichen Kalkulation die bestehenden Einnahmen- bzw. Ertragspotenziale ausgeschöpft werden. Der Leitfaden liefert wichtige Informationen für betriebliches Handeln, für eine vorausschauende Gebühren- und Entgeltpolitik, für das Erreichen lenkungspolitischer Ziele, wie etwa die Reduktion des Restmüllvolumens oder ein sparsamer Umgang mit den Wasserressourcen, um nur zwei Beispiele zu

nennen. Das Buch wendet sich an alle

Interessierten im öffentlichen Sektor, insbesondere an Gemeinden, Gemeindeverbände, und -abteilungen und andere Landes- und Bundesverwaltungen sowie an öffentliche Betriebe.

**Das Buch**

Peter Biwald, Gerald Nigl,
„Kalkulation von Gebühren und Entgelten – Leitfaden für die Praxis“
ISBN 978-3-7083-0452-6
Neuer Wissenschaftlicher Verlag
Argentinerstraße 42/6
1040 Wien
E-Mail: office@nww.at

Monografie

Verkehrsemissionen Haftung und Abwehr

Der motorisierte Individualverkehr verursacht Sach- und Personenschäden vor allem zu Lasten der Straßennachbarn. Im Jahr

1982 hat der Oberste Gerichtshof jedenfalls einen nachbarrechtlichen Ausgleichsanspruch

abgelehnt und damit den Grundstein für weitgehend haftungsfreie Fahrt geschaffen. In der Zwischenzeit haben sich aber die tatsächlichen und rechtlichen Verkehrsverhältnisse grundlegend verändert. Auf dieser neuen Basis untersucht das vorliegende Werk umfassend und grundlegend die Fragen, ob und inwieweit für Verkehrsemissionen und dadurch verursachte Schäden zu haften ist. Eine damit verbundene Kostenanlastung würde auch dem Vorsorge- und Verursacherprinzip im Verkehrsbereich entsprechen.



Das Buch

Ferdinand Kerschner,
„Verkehrsemissionen –
Haftung und Abwehr“,
192 Seiten
ISBN 978-3-7083-0495-3
Neuer Wissenschaftlicher
Verlag
Argentinerstraße 42/6
1040 Wien
E-Mail: office@nw.at

Neuer Bürgermeister in Gasten in Oberösterreich

Mag. Anton Silber beerbt Franz Steininger

GARSTEN

Nach 25 Jahren als Bürgermeister, 35 Jahren in der Kommunalpolitik und einem Monat nach seinem 60. Geburtstag trat Bürgermeister Franz Steininger mit 1. November 2008 von all seinen Ämtern in der Gemeinde zurück. Seine Funktion als Präsident des OÖ. Gemeindebundes wird er noch bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2010 fortführen.

Bgm.a. D. Franz Steininger hat in den letzten Jahrzehnten sehr wesentlich dazu beigetragen, dass sich Garsten zu einer modernen, dy-



Mag. Anton Silber

namischen Wohngemeinde entwickelt hat.

Am 6. November 2008 wurde der bisherige Vizebürgermeister Mag. Anton Silber (50) zum neuen Bürgermeister von Garsten gewählt. Silber ist seit 1985 Mitglied im Gemeinderat, seit Dezember 2005 Vizebürgermeister und hat sich als Organisator im örtlichen Kultur-, Sport- und Wirtschaftsleben einen Namen gemacht. Er erklärte, den erfolgreich eingeschlagenen Weg Franz Steiningers fortsetzen zu wollen. KOMMUNAL berichtet ausführlich in der kommenden Ausgabe.

10. Bundesfachtagung der Leitenden Gemeindebediensteten Österreichs

Richtungsweisendes Treffen im Burgenland

PAMHAGEN

- *Reichen die gegebenen Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Gemeindemanagement aus?*
- *Wie könnte ein erfolgreiches Gemeindemanagement – auch bei Berücksichtigung unterschiedlicher*
- *Gemeindegrößen und Strukturen – aussehen?*
- *Welche „neuen und wichtigen Fähigkeiten“ für Führungskräfte sind gefragt?*
- *Ethik und soziale Kompetenz beim Führen – Modeerscheinung oder mehr?*

Das waren nur ein paar der wichtigen Fragen, denen sich die Teilnehmer an der 10. Bundesfachtagung des Fachverbandes der Leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ) stellten. Für den Gemeindebund nahm Generalsekretär Dr. Robert Hink an der Tagung teil. Mehr Infos unter www.flgoe-dachverband.org



Hofrat Robert Hink (links), Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, beim „Shake Hands“ mit Herbert Maislinger, Stadtdirektor von Seekirchen am Wallersee in Salzburg und Obmann der Dachorganisation des FLGÖ. Mit dabei Bgm. Matthias Heinschink, Landesgeschäftsführer des Burgenländischen Gemeindebundes, Bgm. Ing. Werner Falb-Meixner, Abgeordneter zum Burgenländischen Landtag als Vertretung für Landeshauptmannstellvertreter Franz Steindl (Mitte) und Ernst Wild, Obmann des FLGÖ Burgenland (rechts).

Vorschau auf die Ausgabe 1/2009 (Jänner):

SANIERUNG - RENOVIERUNG - NEUBAU



Kernaufgabe „Schaffung von Wohnraum“
Für das Wohl der Bürger

Wenn es um die Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes geht, sind die Gemeinden meist die ersten Ansprechpartner der Menschen. Sie sind es, die attraktiven Wohnraum schaffen, damit sich Familien im Ort auch wohlfühlen. Mit der gleichen Sorgfalt schaffen

sie aber auch jenen Raum, in dem die ältere Gesellschaft ihren Lebensabend in Sicherheit genießen kann. Ob Gemeinden für diese Zwecke nun sanieren, renovieren oder gleich neu Bauen müssen, bleibt gleich: In Summe investieren sie in diese Bereiche **knapp einhalb Milliarden Euro** – jährlich.

SCHULEN & SPIELPLÄTZE



Mens sana in corpore sana

Mehr als **zwei Milliarden Euro** investieren die Gemeinden jährlich, um ihrem Auftrag als Schulerhalter gerecht zu werden. Dass die Kommunen diesen Auftrag sehr ernst nehmen, zeigt sich an der Tatsache, dass die Investitionen in diesen Bereich seit dem Jahr 2000 um über 15 Prozent gestiegen sind.

KONTAKT

So erreichen Sie uns:

KOMMUNAL, Löwelstraße 6
1010 Wien
Web: www.kommunal.at

Mag. Sabine Brüggemann
Tel: 01/532 23 88 - 12
sabine.brueggemann@kommunal.at

Gerhard Klodner
Tel: 01/532 23 88 - 14
gerhard.klodner@kommunal.at

In dieser Ausgabe:

Fach- und Serviceinformationen für die öffentliche Hand

▶ APA-DeFacto Datenbank & Contentmanagement GmbH	60
▶ Bank Austria Creditanstalt AG	65
▶ Bundesministerium für Land und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	40
▶ DEHN + SÖHNE GmbH&CoKG	51
▶ Fachverband d. Stein- und keramischen Industrie	49
▶ Familie & Beruf Management GmbH	44
▶ Forum Mobilkommunikation	48
▶ Geo Info der NÖ Landesregierung	61
▶ Gesundheit Österreich GmbH Geschäftsbereich Fonds Gesundes Österreich	45
▶ ISK Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung	50
▶ JUNG PUMPEN HandelsgmbH	74
▶ Kasper Technologie Ltd.	53
▶ Kuhn Ladetechnik	66
▶ MAZDA Austria GmbH	63
▶ Österr. Blumenwerbung GmbH	64
▶ Österr. Vereinigung f. grabenloses Bauen	67
▶ PIPELIFE Austria GmbH. & Co Nfg KG	71
▶ PSK Österreichische Postsparkasse AG	62
▶ RKM Rasenpflege & Kommunal Maschinen Handels- und Dienstleistungs GmbH	59
▶ ROBOT Visual Systems GmbH	61
▶ Schörghuber-Infrapool	70
▶ Statistik Österreich	39
▶ Toplak GmbH	58
▶ WTE Wassertechnik GmbH Niederlassung Austria	52
▶ Würth Handelsges.m.b.H	61

Vorschau auf Ausgabe 12/08 (Dez.):

▶ **Die kommunalen Haushaltspläne 2009: Trotz Finanzkrise müssen die Gemeinden investieren**

Die Ergebnisse der Ertragsanteilsvorschlüsse 2008 gegenüber 2007 waren hervorragend. Sogar die etwas „schwächliche“ freie Finanzspitze schien sich erholen zu können. Aber jetzt lautet die große Frage, welche Auswirkungen die weltweite Finanzkrise auch auf die heimischen Gemeinden hat? Mancherorts wird die bange Frage gestellt: Wieviel bleibt von den **15 Milliarden Euro Investitionssumme** der Gemeinden?

KOMMUNAL zeigt in der Dezember-Ausgabe auf, dass den Gemeinden im Interesse der Allgemeinheit, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, gar nichts anderes übrig bleibt, als weiter zu investieren.

▶ **Der aktuelle Gemeindefinanzbericht**

Die vergangenen Jahre zeigte der Gemeindefinanzbericht stets auf, dass es um die Finanzen der Gemeinden ganz gut bestellt war. Einnahmen als auch Ausgaben entwickelten sich positiv dynamisch. KOMMUNAL sieht sich den aktuellen Gemeindefinanzbericht an.

Rentabilität, die Sie prüfen lassen können.



Fachhochschule Wr. Neustadt.


Mit dem
Immobilien-
Check!

 **IMMORENT**

Verfügen die Immobilien und Liegenschaften Ihrer Gemeinde über Optimierungspotenzial? Um das zu erfahren, machen Sie doch den Immobilien-Check. Die Spezialisten der IMMORENT helfen bei der Erhebung und best-möglichen Nutzung von etwaigen stillen Reserven und der Optimierung der wirtschaftlichen Gesamtstruktur, zum Beispiel durch Ausgliederung. Nutzen Sie jetzt das Know-how der IMMORENT im Bereich Finanzierung, Baudienstleistungen und Projektentwicklung zur Steigerung der Rentabilität Ihrer Gemeinde, denn:

IMMORENT rentiert sich immer.


Mehr unter Tel. 05 0100 - 27177, per E-Mail an office@immorent.at oder auf www.immorent.at/immobiliencheck



Claudia Wieser
Public Finance – Gesundheit

UNSERE EXPERTEN FÜR GESUNDHEITS-
PROJEKTE SIND RUND UM DIE UHR
IM EINSATZ.

DIE NR. 1 IN PUBLIC FINANCE.
www.kommunalkredit.at



Finanzierung des A.ö. Diakonissen-Krankenhauses Schladming (Foto: DKH Schladming)